

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



8. Mai 1982  
Jg. 3 Nr. 10

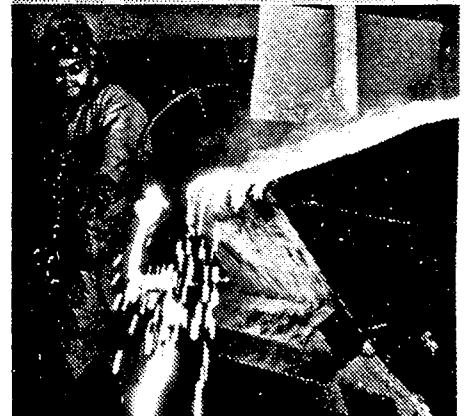
G 7756 D Preis:  
2,50



Rentnerin Anna G., 83, Köln; als Reichsbahn-, Straßenbahnschaffnerin, Zeitungsträgerin, Bäckergehilfin beschäftigt, bis zum 80. Lebensjahr als Putzfrau dazuverdient; für 4 Jahre Beschäftigung keine Rente, da Unterlagen im 2. Weltkrieg verbrannt. Rente: 644,- DM.



Asylrecht: Mit der Beseitigung des Asylrechts erprobt die Reaktion, was sie gegen die Arbeiterbewegung durchsetzen kann Seite 3



USA: Kapitalisten wollen Lohnzustände gegen die Stahlarbeiter durchsetzen Seite 29



Deutsche Geschichte: Preußisch-deutsche Ostexpansion und Polenunterdrückung Seite 36

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

**Asylrecht:** Mit der Beseitigung des Asylrechts erprobt die Reaktion, was sie gegen die Arbeiterbewegung durchsetzen kann ..... Seite 3

**Gesetz zur Einbürgerung junger Ausländer im Bundestag zur Beschlußfassung** ..... Seite 4

**Asylanten kämpfen gegen völlige Entrechtung** ..... Seite 5

**Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet** ..... Seite 6

**Lohnabschluß öffentlicher Dienst:** Erfolg bei Rücknahme des Gesetzes über 1%-Kürzung teuer bezahlt ..... Seite 7

**Frankreich:** Kapitalisten gewinnen politisch an Boden ..... Seite 8

**SPD:** Nach dem Parteitag: Neuer „Realismus“ bei den Sozialdemokraten ..... Seite 8

**Arbeitsschutz:** Kapitalisten lehnen Gesetzentwurf ab ... Seite 9

**1. Mai 1982:** Arbeit für alle – war nicht der Inhalt der Aktion ..... Seite 10

**Bankgewinne:** Banken melden „eines ihrer besten Jahre“ ..... Seite 11

**Demonstration 10.6.:** Kann die Reaktion Einfluß gewinnen? ..... Seite 12

**Mulwinen:** Britische Imperialisten international isoliert ..... Seite 12

**Rentenpolitik:** Der Dreh mit dem Jahre 2035: Arbeitgeber fordern Beseitigung der Bruttolohnbezogenheit .... Seite 13

**57er Rentenreform:** CDU-„Generationenvertrag“ legalisiert Versicherungsraub ..... Seite 14

**9. Bundesverbandstag des VdK:** Ablehnung der Pläne der Reaktion ..... Seite 16

**Niederlande:** Vergleichsweise hohe Renten und noch höhere Versicherungsbeiträge ..... Seite 17

**Nachrichten aus der Arbeiterbewegung** ..... Seite 18

**Hannover:** Marktvorteile auf dem Rücken der Beschäftigten in der Druckindustrie ..... Seite 19

**Baugewerbe:** Schlichtungsspruch angenommen ..... Seite 19

**Baden-Württemberg:** 30 Jahre Südweststaat: Reaktion feiert „Modell deutscher Möglichkeiten“ ..... Seite 20

**Giftgas Pfalz:** DGB legt Verfassungsbeschwerde ein .... Seite 21

**Wehrkundegesellschaft:** 450 demonstrierten gegen Luns-Besuch ..... Seite 21

**Bürgerschaftswahlen Hamburg:** SPD: wenig gegen die Reaktion, einige Zugeständnisse an die Gewerkschaften Seite 22

**Eingesetzter Ausländerbeirat kämpft für Politisches Mandat und kommunales Wahlrecht** ..... Seite 22

**Schlageter:** Demonstration gegen Faschistentreffen .... Seite 23

**Bauernverband:** Importstopp hilft den Bauern nicht ... Seite 23

**Atommülldeponie:** Zwang gegen die Stadt Mitterteich .. Seite 24

**NGG Niedersachsen:** Seit sechs Monaten kein neuer Lohntarifvertrag ..... Seite 24

**Militärelektronikausstellung I.D.E.E.:** „Ein Gegeneinander von IDEE-Gegnern in Hannover gibt es nicht“ Seite 25

**Vollständiges Verbot von Waffenexport!** ..... Seite 26

**Stichwort: IDEE** ..... Seite 27

**Internationale Nachrichten** ..... Seite 28

**USA:** Kapitalisten wollen Lohnzugeständnisse gegen die Stahlarbeiter durchsetzen ..... Seite 29

**Norwegen:** Transportarbeiter im Lohnstreik ..... Seite 29

**IWF:** 5 Mrd. \$ Kredite an die Dritte Welt gestrichen .... Seite 30

**Namibia:** Neue Offensive der SWAPO ..... Seite 30

**Iran/Irak:** Der Krieg kommt beide teuer zu stehen .... Seite 31

**Indien:** Textilarbeiterstreik dauert an ..... Seite 31

**Israel:** Der Kampf für die Befreiung Palästinas verschärft die Widersprüche im Inneren ..... Seite 32

**Wer finanziert das Siedlerunternehmen?** ..... Seite 33

**Aus Kultur und Wissenschaft** ..... Seite 34

**„Reds“:** Ein Hollywood-Film über John Reed – gedehntes Liebesdrama mit Revolutionskulisse ..... Seite 34

**„Die Schönen sind noch nicht geboren“** ..... Seite 34

**Kriminalroman über Uganda** ..... Seite 34

**Faschistische Propaganda im SF-Roman** ..... Seite 35

**Reagan-Memoiren:** Die „Wandlung“ des R. Reagan. Ein Denunziant als „Patriot“ ..... Seite 35

**Deutsche Geschichte:** Preußisch-deutsche Ostexpansion und Polenunterdrückung (I) ..... Seite 36

**Neue Deutsche Welle:** Die Deutschen kommen! ..... Seite 37

**SPD-Parteitag faßt traurige Beschlüsse** ..... Seite 38

**Beschlüsse des SPD-Bundesparteitags 82 zur Finanzpolitik** ..... Seite 38

## Mit der Beseitigung des Asylrechts erprobt die Reaktion, was sie gegen die Arbeiterbewegung durchsetzen kann

Nachdem der Rechtsausschuß des Bundestages das „Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens“ abschließend beraten hat und die Stellungnahme des Innenausschusses in Kürze zu erwarten ist, wird das Parlament womöglich schon in den nächsten Wochen weitere Maßnahmen zur schrittweisen Beseitigung des Asylrechts beschließen. Die CDU/CSU-Fraktion hatte Ende Januar in ihrem Antrag zur „Ausländerpolitik“ die Bundesregierung schon gedrängt, „endlich wirksame Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts zu treffen, damit der anhaltenden Flut von Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlingen Einhalt geboten wird“. Untätigkeit jedoch brauchen sich weder die Bundesregierung noch die drei Bundestagsfraktionen vorwerfen zu lassen.

Im Juni 1978 war das erste „Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren“ über die Bühne gegangen, die Herren Volksvertreter entschieden kurz und bündig, daß Asylbewerber, deren Anträge die Anerkennungsausschüsse des Bundesamtes abgelehnt hatten, keine Widerspruchsmöglichkeiten zustehen. Am 16.8.1980 folgte das zweite: Fortan konnten anstelle der Anerkennungsausschüsse einzelne Beamte (des gehobenen Dienstes) über das Schicksal des Asylsuchenden entscheiden, seine persönliche Anhörung ist ihnen dabei freigestellt; weiterhin erhielt der Asylsuchende zukünftig zusammen mit der Ablehnung seines Antrages zugleich die Aufforderung zur Ausreise zugestellt, seine Möglichkeit, dagegen mit aufschiebender Wirkung zu klagen, wurde eingeschränkt. Parallel dazu beschloß die Bundesregierung in einem „Sofortprogramm“ den Visazwang für Asylbewerber, die Verweigerung der Arbeitserlaubnis in den ersten zwölf Monaten (inzwischen auf zwei Jahre ausgedehnt), die Streichung von Kindergeldzahlungen während des Asylverfahrens und eine Empfehlung an die Bundesländer, die Sozialhilfe für Asylsuchende nunmehr als Sachleistung und nicht mehr bar auszuzahlen. Mit dem neuen Gesetz, das der Bundesrat auf Betreiben der unionsregierten Länder einstimmig eingebracht hatte, sollen u.a. die Ausländerbehörden das Recht erhalten, „unbeachtliche“ Anträge erst gar nicht mehr weiterzuleiten und stattdessen sofort die Ausweisung zu verfügen; zwar soll der Asylbewerber dagegen noch klagen

können, die Gerichtsentscheidung ist jedoch unanfechtbar.

Gegenwärtig leben – leben? vegetieren! – rund 200000 Asylbewerber in der BRD und Westberlin. Das ist gemessen an den 17 Millionen Flüchtlingen auf der Welt – nach UNO-Schätzungen – sehr wenig und gemessen an der Wohnbevölkerung von 61,6 Millionen auch nicht viel. Dennoch hat die Bourgeoispropaganda, seit einigen Jahren, mit viel Liebe das „Asylantenproblem“ aufgebaut. Die „Aufnahmefähigkeit ... der Deutschen“ sei durch die „Flüchtlingsströme“ überfordert, tönt vor allem die CDU/CSU, und, „daß der Mißbrauch unseres Sozialstaats, des Asylrechts, des Aufenthaltsrechts in weiten Bereichen unerträglich geworden ist“.

Verurteilung, Tod – nachweisen können. Doch wer außer den hartnäckigen Reaktionären will bestreiten, daß die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die Beseitigung gewerkschaftlicher und politischer Rechte, die oft blutige Unterdrückung aller emanzipatorischen Bestrebungen der arbeitenden Klassen – etwa in der Türkei – die Ursache für massenhafte Emigration sind?

„Mißbrauch des Asylrechts“? Nein, die westdeutschen Imperialisten suchen den Anlaß zur Beseitigung des Asylrechts, das sie nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Anti-Hitler-Koalition erstmals in der Verfassung zugestehen mußten. Sie tragen, gerade in der Türkei (aber auch in anderen Ländern), maßgebliche Verantwortung

brandstichter Hitler houdt de galg gereed.



„Vorwärts für das Asylrecht für alle anti-faschistischen Emigranten“ – mit ihrem Einsatz für Asylrecht leistete die niederländische Arbeiterbewegung einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus

„Mißbrauch des Asylrechts“? Demagogisch führt die CDU/CSU zum „Beweis“ an, daß z.B. 1980, als die Zahl einwandernder Asylbewerber mit knapp 108000 einen Höhepunkt erreichte, über die Hälfte aus der Türkei stammte und den „Wirtschaftsflüchtlingen“ und „Scheinasylanten“ zuzurechnen sei. Gewiß trifft zu, daß viele, die in der BRD um Asyl suchen, ihr Land auch aus wirtschaftlicher Not verlassen haben. Es trifft auch zu, daß etliche nicht, wie für die Anerkennung als Asylanten verlangt, die persönliche, individuelle politische Verfolgung – etwa drohende Verhaftung, Folterung,

für die Verhältnisse, in denen Emigration oft der einzige Ausweg zum Überleben ist. Und gerade weil sie Verantwortung tragen, die türkische Junta für die Zerschlagung der Gewerkschaften, die physische Vernichtung der Revolutionäre, für die Schaffung eines Ausbeuterparadieses unter dem Titel „Türkeihilfe“ direkt bezahlen, wollen sie nicht zuletzt den türkischen Emigranten das Recht auf Asyl unter allen Umständen verweigern. Denn jeder türkische Asylant ist ein lebender Zeuge für die imperialistischen Verbrechen an den türkischen Arbeitern und Bauern. So führte die Bundesregierung den

## Gesetz zur Einbürgerung junger Ausländer im Bundestag zur Beschlußfassung

Am 15.4. hat Bundeskanzler Schmidt den Entwurf eines Vierten Gesetzes „zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit“ an den Bundestag überwiesen. Schon am 12.2.82 hatte der Bundesrat den Gesetzentwurf abgelehnt.

Der neue Gesetzentwurf sieht vor, daß ausländische Jugendliche, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung besitzen, wenn sie seit acht Jahren einen dauernden Aufenthalt in der BRD haben, ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben und das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ausnahme soll sein, wenn der Jugendliche zu Freiheitsstrafe oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt ist. Die Einbürgerung soll gebührenfrei sein.

Der Bundesrat hatte den Gesetzentwurf mit dem Argument abgelehnt, daß die bisherigen Ausländergesetze bezüglich der Einbürgerung ausreichend seien und daß von daher keine Notwendigkeit bestehe, ein neues Gesetz zu verabschieden. Die Bundesregierung hält ein neues Gesetz für nötig, weil nach dem Einbürgerungsgesetz die Einbürgerung von Ausländern im Ermessen der Einbürgerungsbehörde liegt.

Auf den ersten Blick erscheint der Gesetzentwurf der Bundesregierung liberaler als die bisherigen Regelungen. Die Einbürgerungsrichtlinien sehen vor, daß ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung eines Ausländers bestehen muß. Dieses öffentliche Interesse an der Einbürgerung ist dann gegeben, wenn der Ausländer eine „freiwillige und dauerhafte Hinwendung zu Deutschland“ vorweist und wenn er sich zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ bekennt. Keine ausreichende Hinwendung zum „deutschen Kulturkreis“ besteht dann, wenn er z.B. einer politischen Emigrantenorganisation angehört oder eine „innere Abhängigkeit zu totalitären Ideologien“ besteht.

Nach den bisherigen Richtlinien muß der Ausländer zehn Jahre lang in der Bundesrepublik gelebt haben. Dabei ist ein Aufenthalt in Ausländerwohnstätten in der Regel nicht anzurechnen, aber deutscher Wehrdienst im 2. Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft im Ausland, aber natürlich mit „Deutschen erlitten“, ist auf die zehn Jahre anzurechnen. Erfüllt der Ausländer alle diese Tatbe-

stände, dann muß die Einbürgerungsbehörde noch Feststellungen über den Lebensweg und das Persönlichkeitsbild des Antragstellers treffen. Und zu guter Letzt muß der Einbürgerungswillige noch 75% des monatlichen Bruttolohns für die ganze Prozedur bezahlen.

Tatsächlich aber verfolgt die Bundesregierung mit dem neuen Gesetzentwurf keine Liberalisierung des Ausländerrechts. Einmal würde die Einbürgerung ca. 90000 Ausländerjugendlicher, die im Moment das neue Gesetz in Anspruch nehmen könnten, es ermöglichen, daß diese Jugendlichen in die Bundeswehr gezogen werden können. Zum anderen ist darauf abgezielt, die in der BRD ausgebildete Ware Arbeitskraft auch den bundesdeutschen Kapitalisten anzubieten. Und so zu verhindern, daß gezahlt wurde, ohne die Ware Arbeitskraft auch ausbeuten zu können, wenn zum Beispiel die Familie zurück in die Türkei möchte. Außerdem geht die Bundesregierung davon aus, daß „genügend Bindung an die deutsche Bevölkerung“ geschaffen worden ist. So ermöglicht die erleichterte Einbürgerung nur der Jugendlichen eine Abspaltung von der jeweiligen Kultur. Mit der Eindeutschung wird gewährleistet, daß der junge Türke, Spanier oder Jugoslawe noch nicht einmal die Rechte einer nationalen Minderheit in Anspruch nehmen darf, z.B. daß seine Kinder später einmal die türkische Sprache als Muttersprache lernen dürfen.

Das Rechtsprinzip, das den westdeutschen Staatsangehörigkeitsgesetzen zu Grunde liegt, ist das Abstammungsprinzip (es gibt auch das Gebietsprinzip nach internationalem Recht). Nur wer von „deutschen“ Eltern abstammt, hat die deutsche Staatsangehörigkeit, oder er muß sich eindeutschen lassen.

Nach den bestehenden Einbürgerungsregelungen muß der Einbürgerungswillige mit seiner Kultur, seinen politischen Anschauungen unter Umständen brechen. Eine erleichterte Einbürgerung für die Jugendlichen, besser Germanisierung der Jugendlichen, kann eine erhebliche Spaltung unter den Ausländern in der BRD hervorrufen. Vor allem in „integrationswillige“ und „nichtintegrationswillige“ Ausländer.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit, Drucksache 9/1574; Wilfried Röhrich, Vom Gastarbeiter zum Bürger, Berlin (West), 1982

Visazwang für türkische Asylbewerber nur wenige Tage nach dem Putsch der Junta ein – diese brauchte die Polizei nur vor den westdeutschen Konsulaten zu postieren, um auswanderungswilliger Gegner habhaft zu werden. Seit dem Putsch ist die Zahl türkischer Asylbewerber in der BRD und Westberlin um 89% gesunken.



Abschiebehaft in Westberlin

„Mißbrauch des Asylrechts“? Daß verhältnismäßig viele Emigranten heute überhaupt nur noch als Asylbewerber in die BRD einreisen können, ist bewußt kalkultiertes Ergebnis der westdeutschen Ausländerpolitik. Seit die Bundesregierung 1973 den Anwerbestopp für ausländische Arbeiter verhängte, stieg die Zahl der jährlich einreisenden Asylbewerber von 5600 (1973) auf 107800 (1980). Die Bourgeoispolitiker leugnen den Zusammenhang nicht, gleichwohl leugnen sie die verfolgte Absicht.

Mit dem massenhaften Ankauf ausländischer Arbeitskraft vor allem in den 60er Jahren hatten die westdeutschen Imperialisten die Bedingungen dafür erschwert, daß die Arbeiterbewegung den angespannten Arbeitsmarkt zu deutlicher Hebung des allgemeinen Lohn- und Lebensstandards, insbesondere zur Beseitigung der unteren Lohngruppen nutzen konnte. Umgekehrt gelang ihnen aber nicht, deutliche Einbrüche in den Lohn- und Lebensstandard zu erzielen und z.B. das Tarifvertragswesen auszuhöhlen. Sie konnten die ausländischen Lohnabhängigen besonderer Unterdrückung unterwerfen, aber es gelang ihnen nicht, die gewerkschaftliche Organisation und Tätigkeit der ausländischen Arbeiter zu unterdrücken und damit die Gewerkschaftsbewegung entscheidend zu schwächen. Daß sie mit dem Anwerbestopp Hunderttausende ausländischer Arbeiter zwangen, als Asylsuchende einzureisen, und daß sie diesen „Asylantenstrom“ zu einschneidenden Ent-

richtungen benutzen konnten, stellt allerdings für die westdeutsche Arbeiterbewegung eine große Belastung dar.

Mit dem Verbot, die Arbeitskraft frei zu verkaufen, hat die Reaktion die Asylbewerber in unerträgliche Abhängigkeit von staatlicher Sozialhilfe gebracht, mit der Umwandlung von Geld- in Sachleistungen die direkte, die einfachsten Lebensäußerungen erwerbende Abhängigkeit noch verstärkt, mit der Zwangsverpflichtung zu „gemeinnütziger“ Arbeit schließlich den Sklavenstatus wiedereingeführt. Obwohl in die öffentliche Meinung nur die Zwangsverpflichtung in Westberlin eingedrungen ist, ist diese bei weitem kein Einzelfall: In Wilhelmshaven z.B. sind Asylbewerber zu Deicharbeiten zwangsverpflichtet, in vielen Orten wurden sie etwa zum Schneeräumen gezwungen, in Offenbach unter dem Motto: „Arbeit als Beitrag zur Integration“! Wie lange wird es noch dauern, bis der zynische Spruch über dem Eingang zum KZ Auschwitz – „Arbeit macht frei“ – über den Internierungslagern angebracht wird, in denen zahllose Asylanter zusammengepfercht

werden? Praktisch gefangengehalten werden, denn mit dem Asylverfahrensgesetz von 1980 wurde der Ausländerbehörde ausdrücklich die Befugnis zuerkannt, Asylbewerber die Auflage zu erteilen, sich an einem bestimmten Ort bzw. in einer bestimmten Gemeinde aufzuhalten und diese nicht zu verlassen.

Wie gesagt, die tatsächliche Zahl der Asylbewerber in der BRD und Westberlin ist gering. Doch setzt die Unterdrückung, die die Bourgeoisie hier durchsetzen kann, neue Maßstäbe für die Unterdrückung der arbeitenden Klassen überhaupt. Schon erwägen, z.T. schon starten zahlreiche Städte und Gemeinden Aktionen größeren Umfangs zur Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger. Ihr „Lohn“ beträgt, wie auch im Fall der Asylbewerber, ein paar lausige Pfennige. Kann die Bourgeoisie dies allgemein durchsetzen (gesetzlich ist die Möglichkeit längst geschaffen), dann wird sich der Druck auf den Lohnstandard und die allgemeinen Arbeitsbedingungen, zunächst vor allem im öffentlichen Dienst, ungeheuer verstärken. Kann sie die Polizei

ungestört Razzien auf „Ausländer-schwerpunkte“ durchführen lassen, um die „Illegalen“ an Ort und Stelle festzunehmen – und wieviele Asylsuchende wurden durch die Gesetzesmaßnahmen der letzten Jahre in die Illegalität gezwungen! –, dann wird ungezügelter Polizeiterror sehr bald zur alltäglichen Erfahrung der ganzen Arbeiterbevölkerung werden.

Man könnte die Reihe noch lange fortsetzen. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist jedoch noch hervorzuheben. Auch bei der Beseitigung des Asylrechts betreibt die westdeutsche Bourgeoisie die „Harmonisierung“ in Westeuropa. In anderen Ländern werden z.T. ähnliche Maßnahmen ergriffen. Im Falle verschärfter Unterdrückung, womöglich der neuerlichen Errichtung einer faschistischen Terrorherrschaft, wäre für die Unterdrückten die politische Emigration äußerst erschwert.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion der CDU/CSU zur Ausländerpolitik, Drucksache 9/1288; Deutscher Bundestag, 83. Sitzung, Protokoll v. 4.2.82; Kommunalpolitische Blätter 6/81; Herbert Spaich (Hrsg.), Asyl bei den Deutschen, rororo, Reinbek bei Hamburg, 1982; Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR), Heft 4 v. 10.2.1982

## Asylanten kämpfen gegen völlige Entrechtung

Kämpfe von Asylanten, die in der BRD in Lagern gehalten werden, haben zugenommen. Sie richten sich gegen die Verwandlung von besonders entrechteten Ausländern in Zwangsarbeiter.

In Harpe, Landkreis Lüchow Danneberg, verließen 42 Asylbewerber aus der VR Polen und Afghanistan das zum Sammellager umgebaute ehemalige Gestüt „Jana“, weil sie die ständig zunehmenden Tierhaltungsmethoden der privaten Besitzerin nicht mehr hinnehmen. Im Februar bereits hatten sie mit einem Hungerstreik durchgesetzt, daß wenigstens zweimal die Woche unter Bewachung ein Familienmitglied in einem Supermarkt einkaufen kann. Im übrigen sind sie gezwungen, im Lager einzukaufen. An zehn Stunden des Tages wird der Strom abgeschaltet. Sie schrieben einen Brief an die Landesregierung, ohne Ergebnis. Kurz vor Ostern zogen sie zu einer Beratung mit Einwohnern aus der Umgebung ins Gemeindehaus. Die Versammelten beschlossen sofortigen Auszug.

Bis Ende April gelang es Familien aus dem ganzen Landkreis, alle Asylanten woanders unterzubringen und für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Sie erklärten ihre Entschlossenheit durchzusetzen, daß niemand ins Lager zurückkehren mußte. Die Behör-

den reagierten mit Streichung der Sozialhilfe. Bisher haben sie nicht gewagt, die angedrohte Strafverfolgung zu beginnen, weil die Unterstützung nicht nachgelassen hat.

Über Ostern traten Asylbewerber aus Sri Lanka und Bangla Desh in Rieden, Bayern, zum zweitenmal wegen der schlechten Gemeinschaftsverpflegung in den Hungerstreik. Sie bekamen für vier Tage Konserven hingestellt, weil die Firma, die sonst das Essen liefert, geschlossen hatte. Die Hungerstreiks richten sich auch gegen den Zwang zur Gemeinschaftsverpflegung, die durch Einbehaltung des größten Teils der monatlichen Sozialhilfe, rund 330 DM im Monat, bezahlt werden soll. Auf dieser Grundlage hoffen die bayerischen Behörden nach dem Muster Baden-Württembergs Zwangsar-

beit durchzusetzen. In Günzburg haben Asylanten bereits die Möglichkeit, „gemeinnützige Arbeiten“ bei Straßenreinigung, Gartenpflege und in Altersheimen zu verrichten. Mit der „Anerkennung“ von 50 DM für zehn Tage Arbeit zu je vier Stunden können sie versuchen, sich eigene Verpflegung zu verschaffen.

Im Lager Neuburg protestierten Ende April etwa 100 Asylbewerber gegen den Plan, die Gemeinschaftsverpflegung einzuführen, und versammelten sich vor dem Verwaltungsgebäude. Die Aktion war jedoch gespalten, weil die Inder und Pakistani, die die meisten Ablehnungen von Anträgen befürchten müssen, sich nicht beteiligten.

Quellenhinweis: Donaukurier vom 14., 17., 18.4.82; Die Tageszeitung vom 15., 19., 26.4.82



Warten bei der Ausländerpolizei in Hamburg

## Regierung sucht Auskommen mit CDU/CSU

Ohne neue Regierungserklärung hat Bundeskanzler Schmidt das Bundeskabinett bei vier Ministerien umgebildet — der Zweck und die Folgen der Regierungsumbildung können nur an den neuen Ministern festgemacht werden. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier bemerkte im Rundfunk, daß der neue Arbeitsminister Westphal mehr Finanz als Sozialpolitiker sei, und kritisierte dessen Berufung und die Absetzung Ehrenbergs, der bekanntlich aus der IG Bau, Steine, Erden kam. Neben Ehrenberg wurde Finanzminister Matthöfer, der früher im Hauptvorstand der IG Metall war, ins Postministerium umgesetzt und der Nichtparlamentarier und Beamte Lahnstein zum Finanzminister ernannt. Mit diesem Schritt hat Bundeskanzler Schmidt das Arbeits- und Finanzminister-

ium mit Ministern besetzt; die die beschlossenen Zwangseinsparungen hemmungslos durchsetzen werden und bereits an der Erstellung des Haushalts 1983 arbeiten.

Bundeskanzler Schmidt gibt der FDP mit der Regierungsumbildung weiteren politischen Spielraum. Genscher spricht mittlerweile von der „politischen Führungsaufgabe aus liberaler Verantwortung“. Bekannt geworden ist auch eine Abstimmung in der Bundestagsfraktion der FDP darüber, ob die Abgeordneten grundsätzliche Einwände gegen eine Koalition mit der CDU hätten. Es soll sich keiner gemeldet haben. Aus all diesen Tatsachen zu schließen, daß im Sommer die Koalition platzt, wäre zu einfach. Den reaktionären und konservativen Kräften geht es vor allem um eine stabile Veränderung. Solange die SPD in

ihren politischen Entscheidungen zu beeinflussen ist, wird sie einem Konflikt aus dem Wege gehen, der bei einer CDU/CSU/FDP-Koalition entstehen kann und den der DGB-Vorsitzende Vetter in einem Interview vor dem 1. Mai angesprochen hat.

Der SPD-Parteitag hat aber keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die Sozialdemokraten in solch einer Situation den reaktionären Zielen der CDU/CSU entgegenzutreten können. Ganz im Gegenteil. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die FDP sich bemüht, eine „Konkretisierung der Steuerreform“ von 1984 herbeizuführen. Dies soll nach Angaben des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Mischnik der „Schlüssel“ für die Zustimmung der unionsregierten Länder zum Beschäftigungsprogramm sein; sprich: Steuererleichterung für die höheren Einkommen. Mit den Stimmen der SPD?

## Sechster Strafverteidigertag

Auf seiner Abschlussveranstaltung am 25.4.82 hat der 6. Strafverteidigertag in Hamburg, an dem ca. 400 Anwälte und andere Juristen teilnahmen, fast einstimmig entschiedenen Widerstand gegen geplante Änderungen im Strafverfahrensrecht angekündigt. Wie erst auf dem Strafverteidigertag bekannt wurde, hat die Länderjustizministerkonferenz bereits im Oktober 81 die Erarbeitung neuer Vorschläge zur „Entlastung der Strafgerichtsbarkeit“ beschlossen. Auf einer Referentenbesprechung beim Bundesjustizminister im Februar 82 wurde u.a. vorgeschlagen: Abschaffung des Beweisantragsrechts bei den Amtsgerichten, bei den höheren Gerichten Fristsetzung für die Beweisantragstellung, danach Ablehnungsmöglichkeit mangels „Erforderlichkeit für die Wahrheitsfindung“; Revision gegen Urteile des Landgerichts nur noch nach deren Zulassung, Abschaffung der Revision gegen Amtsgerichtsurteile; Recht des Vorsitzenden zur Entziehung des Wortes bei der Begründung von Anträgen, Erklärungen und Befragungen, wenn „kein sachlicher Zusammenhang zum Verfahren besteht“ oder es „zu einer sachlich nicht gebotenen Verzögerung der

Hauptverhandlung führt“; Befangenheitsanträge sollen nur noch außerhalb der Hauptverhandlung gestellt werden können; Kostenauflegung bei „schuldhafter“ Verursachung der Unterbrechung einer Hauptverhandlung durch den Verteidiger; Verlängerung der Haftprüfungsfristen bei Untersuchungshaft, Einschränkung der Beschwerdemöglichkeit gegen Haftentscheidungen etc. Ein Sprecher des Bundesvorstandes der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV wies daraufhin, daß es vergleichbare Regelungen nur zwischen 1939 und 1944 gegeben habe. Die ÖTV-Richter/Staatsanwälte haben entschieden Kampf gegen diese Pläne beschlossen. Im Juni soll ein Referentenentwurf vorgelegt werden. Außerdem hat der Strafverteidigertag eine Protestresolution gegen die Prozesse in der Türkei verabschiedet.

## Verfassungsschutz immer dabei

Am 28. Mai vergangenen Jahres wurde der Homosexuelle Johannes Bügner in der Nähe von Hamburg Viehisch ermordet. Die Mörder gehörten, wie auch ihr Opfer, der faschistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) an. Ei-

ne Woche vorher hatte das ANS-Oberhaupt Michael Kühnen per Brief dazu aufgefordert, die ANS von „Schwulen, Perversen und Verrätern“ zu säubern, und dabei ausdrücklich Bügner genannt. Kühnen schickte diesen Brief aus dem Gefängnis. Ob er die Umtriebe seiner Bande von den Behörden unkontrolliert oder kontrolliert aus dem Gefängnis heraus leiten kann, sei dahingestellt. — Am 27. Mai, einen Tag vor dem Mord, erschien ein Verfassungsschützer bei Michael Frühauf, der mit der „Säuberung“ maßgeblich gefaßt und an dem Mord direkt beteiligt war, und heuerte ihn für 500 DM an. So jedenfalls die Aussage von Regierungsdirektor Dr. Kreischner, der im gegenwärtig stattfindenden Mord-Prozeß als Zeuge auftritt. Bekannt wurde dabei allerdings auch, daß Frühauf schon vorher mehrmals Kontakt mit dem Verfassungsschutz hatte. Ob er also schon länger oder erst seit dem 27. Mai für den Verfassungsschutz arbeitete, sei wiederum dahingestellt. Am Tage des Mordes jedenfalls stand er in dessen Sold; bald darauf ging er zur Polizei und meldete. Im Prozeß ist auch er angeklagt. Bekanntlich aber strebt der Verfassungsschutz an, seine agents provocateurs zukünftig besser vor Strafverfolgung zu schützen.

## Keine Verfolgung faschistischer Entführer

Am 21.4. wurde in Heilbronn Frau Hölzel für mehrere Stunden entführt, von ihren faschistischen Bedrohern „verhört“ und brutal mißhandelt. Frau Hölzel ist Landesleitungsmitglied der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Bedroht wird sie wegen ihrer Tätigkeit in der bundesweiten Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit; ein Arbeitskreis besteht in Heilbronn. Seit Ostern hatte sie mit Hakenkreuz unterzeichnete Drohbriefe erhalten mit der Forderung, dafür zu sorgen, daß die Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit sofort eingestellt werden. Am 3. und 4. Mai trafen erneut Drohbriefe, mit „Sieg Heil“ unterzeichnet, ein, in denen ihr und ihrem Sohn weitere Mißhandlung angekündigt wird, falls eine für Donnerstag (6. Mai) geplante Veranstaltung durchgeführt werde.

Am 19.4. hatte Frau Hölzel die faschistische Bedrohung zum erstenmal der Polizei angezeigt. Nach ihrer Freilassung durch die Entführer war sie am 21.4. erneut bei der Polizei und am nächsten Tag sieben Stunden vom Staatsschutz hauptsächlich über die Volksfront verhört worden. Eine öffentliche Fahndung unterblieb, Phantomzeichnungen der Entführer waren nicht angefertigt worden. Die Polizei spricht davon, daß eine Entführung stattgefunden haben „soll“.

Die bürgerliche Presse, aufgrund der Untätigkeit der Polizei von der Volksfront informiert und zum 30.4. eingeladen, erschien erst gar nicht, dafür z.B. eine Meldung, überschrieben mit „Ominöser Entführungsfall“ (ominös = verdächtig). Frau Hölzel wagt es derzeit nicht, ihre Kinder in die Schule zu schicken — Personenschutz hatte die Polizei verweigert.

Seit etwa einem Jahr treten im Raum Heilbronn verstärkt deutsche und türkische faschistische Organisationen auf, was auch der Polizei und dem Staatsschutz nicht verborgen geblieben sein kann. Aus anderen Vorfällen ist bekannt, daß sich in diesen Organisationen häufig Staatsschutzspitzel herumtreiben. Wer weiß, vielleicht hat es die Polizei in Heilbronn deshalb gar nicht nötig, eine öffentliche Fahndung durchzuführen — Ergebnisse ihrer „Ermittlungen“ gibt es bisher keine.

## Lohnabschluß öffentlicher Dienst

# Erfolg bei Rücknahme des Gesetzes über 1%-Kürzung teuer bezahlt

Mit 103 gegen sechs Stimmen übernahm die Große Tarifkommission der ÖTV den Vorschlag der Schlichter: zwei Monate nichts, Einmalzahlung von 40 DM, ab 1. Mai 3,6% für zehn Monate, ein Tag Urlaub und Rücknahme der 1%-Kürzung per Haushaltsstrukturgesetz. Nach dem 4,2%-Abschluß für die etwa 3,8 Mio. Beschäftigten in der Metallindustrie ist es in keinem anderen Industriebereich gelungen, in Verhandlungen dieses Ergebnis zu übertreffen, zum Streik ist es bislang in keinem Bereich gekommen.

Mit Bau, Stahl und dem öffentlichen Dienst liegen etwa 5,2 Mio. Beschäftigte unter dem Metallabschluß. Für etwa 10,5 Mio. sind die diesjährigen Lohnsätze abgeschlossen. Von den großen Industriegewerkschaften stehen lediglich noch aus Chemie, Textil und Bergbau.

Bundesinnenminister Baum gab sich bei der Verkündung des Abschlusses für den öffentlichen Dienst am 29.4. im Fernsehen abstoßend gelöst. Sicherlich hatte er sich schon längst ausrechnen lassen, wieviel Mrd. DM mehr dadurch in den Staatskassen – wie von der CDU/CSU gefordert – aus dem „konsumtiven“ in den „investiven“ Sektor übertragen werden können. Bei einer Größenordnung von etwa 170 Mrd. DM dürfte die Lohnsumme für 12 Monate für die rd. 4 Mio. Beschäftigten im öffentlichen Dienst liegen. Mit dieser Annahme hätte ein Abschluß wie bei Metall die öffentlichen Dienstherren 7,14 Mrd. DM gekostet. Die geplante 1%-Kürzung, veranschlagt mit 0,7% Wirkung, hätte mit 3,5% immer noch 5,95 Mrd. DM ausgemacht. Auf 5,26 Mrd. DM kommt der 3,6%-Abschluß plus einmal 40 DM bei unserer Rechnung. Bezogen auf den Metallabschluß fehlen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst knapp 2 Mrd. DM. Bezogen auf einen 3,5%-Abschluß (4,2 minus 0,7) verbleiben knapp 700 Mio. DM über die geplante Kürzung hinaus in den Haushaltskassen. Immer gerechnet, daß der Abschluß ungeschmälert auf die etwa 1,8 Mio. Beamten übertragen wird.

Das bedeutet, materiell haben die Gewerkschaften schlechter abgeschlossen als mit der vom Parlament schon beschlossen gewesenen Kürzung, bezogen auf 4,2%. Allerdings hat die ÖTV seit 1975 öfter zwischen 0,3 und 0,6% weniger erreicht als Metall (1976 zwar 1% mehr, 1977 aber über 1% weniger). Der jetzige Abschluß liegt 1,1% unter dem Metallabschluß. Trotzdem ist die

Rücknahme der Gesetzesbestimmungen aus dem Haushaltsstrukturgesetz ein wichtiger Erfolg und von großer prinzipieller Bedeutung für die Sicherung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst. Längerfristig ist diese Rücknahme aber auch materiell von Bedeutung, denn die Gesetzesbestimmungen hätten unbefristet gelten sollen. Dabei hätte sich der Ortszuschlag bei jährlicher 1%-Kürzung bezogen auf 1981 ständig verringert und wären die Zulagen, auf die die Kürzung angerechnet werden sollte und die nicht mit der Lohnerhöhung steigen, allmählich vollständig abgebaut worden.

Auch muß man berücksichtigen, daß es im Verlauf der letzten Jahre mehrere erfolgreiche Versuche der Dienstherren gegeben hat, Arbeitsbe-

schluß auf alle Beschäftigten übertragen worden sind.

Es ist nun auch nicht zu erwarten, daß die Dienstherren eingeschüchtert durch den prinzipiellen Erfolg der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst derartige Vorhaben ein für allemal aufgeben werden. Schon im September 81 hat die Bundesregierung beschlossen, die Besoldungserhöhung um drei Monate zu verschieben. Nach Veröffentlichung des Schlichtungsergebnisses hat sie dies bekräftigt. Die CDU/CSU-Opposition hat schon im Februar 82 gefordert – nachdem das Scheitern des 1%-Kürzungsgesetzes abzusehen war – in Zukunft zunächst per Gesetz über die Beamtenbesoldung im Parlament zu beschließen und dann die Gewerkschaften in Tarifverhandlungen mit dem Gesetz zu konfrontieren. Auch im Baum-Ministerium zeigte man sich aufgeschlossen für diesen Vorschlag. Auch auf diese Weise kann man das Tarifrecht der Arbeiter und Angestellten in öffentlichen Diensten zur Farce machen.

Auf Grundlage der Rücknahme des Kürzungsgesetzes könnte man sich daher gut eine Initiative der Beschäftigten



Protestaktion der Beamten gegen das Auftreten Baums auf dem DGB-Beamten-tag im Dezember 1981

dingungen und Lohn entweder über Gesetz zu verordnen oder Erfolge in Tarifverhandlungen nicht auf Beamte zu übertragen. Als jüngste Beispiele: Verbesserungen der Schichtdienstregelung, erreicht im Postbeschäftigtenstreik Ende 1980, wurden erst über ein Jahr später auf Beamte übertragen. Die im Haushaltsstrukturgesetz 82 von der CDU/CSU über den Bundesrat überhaupt erst aufgebrachte drastische Kürzung der Beamtenanwärterbezüge ist Gesetz geworden und geblieben. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, daß durch Haushaltsstrukturgesetz 1976 Verschlechterungen im Ortszuschlag schon einmal per Parlaments-

im öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaften vorstellen, die umgekehrt sich darauf richtet, daß Tarifvertragsbestimmungen auf Beamte übertragen werden *müssen*. Also eventuell ein Gesetz, das eine solche Bindung festschreibt, als ein Schritt hin zur Verwirklichung der Tarif- und Koalitionsrechte für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst und aktuell als gemeinsame Initiative von Arbeitern, Angestellten und Beamten mit Briefen an die Regierung usw. gegen einen noch schlechteren Abschluß im Beamtenbereich. So könnte der teuer erkaufte Erfolg gegen das reaktionäre Beamtenrecht abgesichert werden.

## Frankreich

### Kapitalisten gewinnen politisch an Boden

Die Versicherung, die der französische Ministerpräsident Mauroy am 18. April gegenüber dem Kapitalistenverband CNPF abgab, Reduzierung der Gewerbesteuer um 10% auf zwei Jahre, Einfrieren der Sozialversicherungsbeiträge bis zum 1.7.83, keine weitere Regierungsverordnung zur Senkung der Arbeitszeit bis Ende 1983, hat in der bürgerlichen Presse Beachtung gefunden. Einige Kommentare vermuten eine Wende in der Wirtschaftspolitik. Die zweite Vorsitzende der Sozialistischen Partei (PS) Poperen erklärte dazu in einem Interview: „Wir gelangen an einen entscheidenden Punkt, wo der Aufschwung mittels Investitionen den Aufschwung mittels Konsum ablösen muß. Die ergriffenen Maßnahmen sind also logisch, unter der Bedingung, daß investiert wird.“

Tatsächlich stehen die Beschlüsse keineswegs in *diametralem* Gegensatz zur bisherigen Wirtschaftspolitik der Linkregierung, deren Hauptelemente in der Erhöhung der Massenkaukraft über die Anhebung von Löhnen und Renten sowie dem Versuch zur Produktivitätssteigerung in der Industrie, v.a. mit Hilfe der Nationalisierung, bestanden. Subventionen, besonders für die kleinen und mittleren Unternehmen, waren auch bisher in erheblichem Umfang versprochen worden.

Daß die Regierung jedoch jetzt ohne vorherige Konsultation der Gewerkschaften eine *allgemeine* Gewerbesteuer senkung und die Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge der Kapitalisten bei steigenden Ausgaben beschloß, ist direkter Ausdruck einer Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses. Die massive Kampagne der Kapitalisten und der politischen Reaktion mit dem Ziel, die negative Außenhandelsbilanz, die geringen Investitionen, die Inflationsrate von weiterhin 14% den erkämpften Lohnerhöhungen und der Arbeitszeitverkürzung anzulasten, konnte v.a. deshalb Wirkung erzielen, weil keine der Richtungsgewerkschaften die Konzeption der Stärkung der nationalen Wirtschaft in der imperialistischen Konkurrenz ideologisch nachdrücklich bekämpft.

Da zudem CGT und CFDT bis heute weder zur Einheit darüber gefunden haben, ob und wie weit der Spreizung der Lohngruppen mit einer Taktik zugunsten der Schlechtestbezahlten begegnet werden muß, noch wie Lohnsenkung und Intensivierung bei weiterer Arbeitszeitverkürzung vermieden werden kann, ist die Durchschlagskraft der Ar-

beiterbewegung geschwächt: Getrennte gewerkschaftliche Maidemonstrationen zeigten dies überdeutlich.

„Seit Anfang April ist es unerträglich geworden. Mit einer Hand gewährt man uns die 39 Stundenwoche, mit der anderen nimmt man vier Tage des betrieblich gewährten Urlaubs und zwingt uns, immer mehr zu arbeiten. Vor einigen Monaten mußte ich 170 Teile am Tag schweißen, jetzt soll ich auf 230 kommen, aber ich schaffe es nicht. Also verringert man mir die Akkordprämie.“ Der marrokanische Schweißer von Renault-Flins, der dies sagt, hat am 9.4. zusammen mit zunächst ca. 1000 anderen OS (angelernte Arbeiter) die Brocken hingeschmis-

sen. Wenige Tage später streikte die übergroße Mehrheit der ca. 10000 OS. Sie fordern eine höhere Lohngruppe (statt 4400 nun 4530 FF) und die Senkung des Akkords. Mit fast identischen Forderungen stellten am 23.4. 3000 Arbeiter von Citroen Aulnay die Bänder ab.

Beide Kämpfe hielten trotz Drohbriefen und Einsatz von Schlägertrupps der Kapitalisten bei Abfassung des Artikels an und werden auf Grundlage einer gewerkschaftlichen Aktions-einheit geführt. Zumindest ein Teilerfolg zeichnet sich nach den letzten Angeboten der Geschäftsleitungen ab.

Quellenhinweis: L'Humanité, Le Monde, Syndicalisme, verschiedene Ausgaben; Le point, 2.5.82

## SPD

### Nach dem Parteitag: Neuer „Realismus“ bei den Sozialdemokraten

Der Münchner SPD-Parteitag vom 19. – 23. April 1982 stand unter dem Motto: „Arbeit schaffen – Frieden sichern – Freiheit bewahren“. Ablauf und Ergebnisse des Parteitages bestätigen die Vermutung: Dem Vorstand der SPD ist es gelungen, die Delegierten auf Solidarität mit der Regierungstätigkeit Kanzler Schmidts einzuschwören und auf dieser Basis Beschlüsse zu fassen und eine Ausrichtung der SPD vorzunehmen, die es ermöglichen soll, auch in den 80er Jahren regierungsfähig zu bleiben und durch Näherrücken an die Politik der Unionsparteien deren Angriffe zu parieren. Franz J. Strauß hat z.B. das Vorhaben der SPD, das Arbeitsbeschaffungsprogramm durch eine „Ergänzungsabgabe“ zu finanzieren, in einem Interview mit der Bild-Zeitung so beantwortet: „Wer das verlangt, hat seinen Verstand an der Garderobe abgegeben.“ Die SPD antwortet auf diese Frechheit damit, daß sie darüber den Nachweis

führt, daß FJS im Jahre 1967 in der Großen Koalition die Einführung der Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer hat beschließen lassen. Sie findet also keine Kritik an dieser Politik, sondern nur daran, daß FJS das angeblich vergessen hat.

Wie dieses Einschwören auf die Regierungspolitik im Laufe der Debatte vorankam, darüber gibt die Erörterung des Antrages zur „Friedens- und Sicherheitspolitik“ Auskunft. Lafontaine, Gegner des NATO-Doppelbeschlusses: „Ich habe es ernst genommen, wenn Helmut Schmidt gesagt hat: Die SS 20 bedrohen unser Land; ich möchte nicht erpreßt werden. Gegenthese: wir können alle SS 20 abräumen, alle, Genossinnen und Genossen; an der Bedrohung unseres Landes ändert sich kaum etwas ... Wenn nämlich alle diese Raketen abgeräumt sind, Genossinnen und Genossen, dann stehen im Warschauer Pakt noch 1300 Kurzstreckenraketen, die schneller hier



sind und die präziser sind, weil die Gesetze der Naturwissenschaften so sind." Lafontaine gibt hier einen gefährlichen Wink in Richtung: solange die Sowjetunion nicht ganz ohne Waffen ist, muß ein Deutscher sich bedroht fühlen.

Henning Scherf kritisierte am Leitartikel: „Wir möchten bewirken, daß es ein eindeutiges Votum dieses Parteitages zu einem atomwaffenfreien Europa gibt ... Wir wollen nicht der atomare Gefechtsplatz der Großmächte sein ... Wir wollen diese Waffen denen zurückgeben, die meinen, damit die Menschheit segnen zu können. Laßt sie uns den Sowjets hinter den Ural zurückgeben und laßt sie uns den Amerikanern hinter den Atlantik zurückgeben! Laßt uns Europa davon freikämpfen." Auf diesen radikalen „Antihegemonismus", der bis zum „Ural" kämpfen will, antwortet etwas ungläubig Wilfried Penner: „Mit dem Ziel eines atomwaffenfreien Europa, lieber Henning, ... hat das überhaupt nichts zu tun. Ganz im Gegenteil: Durch diesen Antrag wird Europa in atomwaffenfreie und atomwaffenbesitzende Länder eingeteilt." Und daß die BRD auf jeden Fall zur politischen Erpressung der SU und des Warschauer Paktes Atomwaffen besitzen muß, machte Kanzler Schmidt durch folgende Klarstellung deutlich: „Wir haben einen besonders starken Schlüssel; denn es handelt sich zu einem wesentlichen Teil um deutsches Territorium, das der Bundestag und die Bundesregierung und, so Gott will, die SPD zu einem entscheidenden Teil zu bestimmen haben werden, wenn der Zeitpunkt einmal herangekommen sein wird. Dies gibt uns auch Gewicht gegenüber all unseren westlichen Bündnispartnern."

Mit dieser Klarstellung des Kanzlers konnten dann auch die prominenten „Nachrüstungsgegner" in die Solidarität mit dem Kanzler gedrängt werden.

Dieter Lattmann blieb mit seiner Position Außenseiter: „Verhandlungen haben noch nie zu umfassender Abrüstung geführt. Abgerüstet wurden allenfalls veraltete Waffensysteme; oder ein Sieger zwang dem Besiegten die Abrüstung auf ... Wer Abrüstung will, muß abrüsten ... Wir brauchen die Neudefinition der deutsch-deutschen Interessen im europäischen Zusammenhang und ohne neuen Nationalismus". Wenn damit der Verzicht auf großdeutschen Nationalismus und die Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen gemeint war, wäre dies ein Lichtblick. Doch Kanzler Schmidt ließ keinen Zweifel darüber aufkommen was „realistisch" deutsch ist: „Wir brauchen als ganze Partei heute und dieses Jahr eine große Kraftanstrengung zum Realismus gegenüber zwei Herausforderungen der heutigen Welt ... Unsere Handlungsfähigkeit

zu stärken, ist unsere Pflicht gegenüber dem Vaterland, gegenüber unseren Wählern und gegenüber den Millionen Deutscher, die uns nicht wählen dürfen, die aber um so mehr ihre Hoffnungen auf die Friedenspolitik der Sozialdemokratie setzen ...". Kanzler Schmidt ist zuzutrauen, daß er wie die Unionspolitiker mit „Millionen Deutscher" nicht nur die Bürger der DDR meint, die nicht unter der Herrschaft der westdeutschen Kapitalisten leben wollen, sondern auch die in ganz Europa verstreut lebenden „deutschen Minderheiten", die schon von Hitler dazu benutzt wurden, um seine „Heim-ins-Reich"-Strategie zu verwirklichen.

Ein zweiter Bestandteil des neuen sozialdemokratischen „Realismus für die 80er Jahre" besteht in einem Konzept zur Förderung des Expansionismus des westdeutschen Finanzkapitals mit Hilfe einschneidender Maßnahmen gegenüber den arbeitenden Klassen. Deutliche Verwandtschaft dieses Konzeptes mit der Unionsideologie zur „Neuen sozialen Frage" sind erkennbar: „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert auch Opfer von denjenigen, die Arbeit und Einkommen haben. Wir brauchen die Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen; Solidarität der älteren mit den Jüngeren. Wo solche Solidarität verweigert wird, droht dem sozialen Frieden Gefahr". An wen die SPD-Führung bei dieser Solidarität vor allem denkt, bringt das neue Vorstandsmitglied W. Roth so zum Ausdruck: „Es ist meine Meinung, daß wir den älteren Mitbürgern sagen sollten, daß bisherige Rentenberechnungsformeln aufgrund der niedrigen Wachstumsraten des Sozialproduktes ... nicht aufrecht erhalten werden können". Demgegenüber findet Roth ein „offenes Wort" für die „Erneuerung des Produktivkapitals unserer Volkswirtschaft": „Wir wollen die aktiven Unternehmer stärken und nicht den Rentier subventionieren, der sein Geld durch Nichtstun verdient." In diesem Sinne verabschiedete der Parteitag im Antrag „Arbeit für alle" unter dem Punkt Tarifpolitik: „Wir begrüßen und unterstützen das Angebot von H.O. Vetter, die Lohnforderungen der Gewerkschaften mit der Bereitschaft der Betriebe zur Schaffung von Arbeitsplätzen ... abzustimmen." Kanzler Schmidt gab auch hier die passende Regierungsfärbung: „Es ist richtig: Nicht jede Investition schafft neue Arbeitsplätze. Aber ohne Investitionen können neue Arbeitsplätze kaum irgendwo geschaffen werden ...". Die westdeutschen Imperialisten halten sich an diese Devise, investieren profitbringend in Niedriglohnländern und versuchen das Lohnniveau in der BRD in gleiche Richtung zu drücken.

Quellenhinweis: Antragsmaterial und Beschlußübersicht des SPD-Parteitages, Vorwärts, 29.4.82



Möglich, aber den Kapitalisten zu teuer: Aufbau der Geräte am Arbeitsplatz, abgestimmt auf Körpergröße und -kräfte des Lehrlings

## Arbeitsschutz Kapitalisten lehnen Gesetzentwurf ab

In einer Stellungnahme zum Hearing des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung am 20.4.82 haben sich die Kapitalistenverbände BDA und BDI gegen den Referentenentwurf eines Arbeitsschutzgesetzes gewendet, das am 1.1.85 in Kraft treten soll. Der Hauptpunkt, den die Kapitalisten zu Fall bringen wollen, sind vorgesehene Einschränkungen der wöchentlichen Höchstarbeitszeit und der Verteilung der Arbeitszeit nach ihrer Willkür (s. Politische Berichte 2/82, S. 9). Der zweite Punkt sind Verpflichtungen, die ihnen Kosten verursachen würden. Sie sind entschlossen, nichts zuzulassen, was über den erkämpften Stand der Haftbarmachung der Kapitalisten und ihrer Heranziehung zur Zahlung für Beschädigung der Arbeitskraft hinausgeht. U.a. lehnen sie Mehrkosten für Sicherheitsbeleuchtung, Ausgleich für Überbeanspruchung, ergonomisch gestaltete Arbeits- und Betriebseinrichtungen ab.

Über andere Änderungen, mit denen sie ihren Interessen Rechnung getragen sehen, verlieren sie kein Wort. Dies betrifft die Einschränkung von Beschäftigungsverboten für Frauen. Beschäftigung auf Baustellen soll zugelassen werden. Die Arbeitsbelastung soll lediglich eingeschränkt werden durch Aufrechterhaltung des Verbots, Lasten über 15 kg ohne Hilfsmittel zu heben. Eine teilweise Aufhebung des Beschäftigungsverbots soll auch im Bergbau stattfinden. Bisher ist die Arbeit unter Tage für Frauen gänzlich verboten. Eine Ausnahme soll eingeführt werden

für Praktiken während der Ausbildung. Von dem Beschäftigungsverbot über Tage, soweit es Förderung, Transport und Verladung betrifft, ist keine Rede mehr. Nicht nur werden Schranken in der Vernutzung der Arbeitskraft der Frauen eingerissen, sondern die Kapitalisten bekämen insgesamt die Verbilligung von Nacht- und Schichtarbeit geschenkt, weil die Möglichkeiten, weibliche Arbeitskraft jederzeit zu vernutzen, wachsen. §45 des Entwurfs sieht ein Nachtarbeitsverbot für Frauen von 22 bis 6 Uhr vor gegenüber der gültigen Regelung nach der Arbeitszeitordnung von 20 bis 6 Uhr, vor Sonn- und Feiertagen ab 17 Uhr. In mehrschichtigen Betrieben ist bisher die Beschäftigung bis 23 Uhr zulässig. Die Frühschicht kann um 5 Uhr beginnen, wenn die Spätschicht entsprechend früher aufhört. Jetzt soll gelten, daß bei mehrschichtigen Betrieben Frauen zwischen 23 und 5 Uhr nicht beschäftigt werden dürfen. Hinzukommt, daß die Ausnahmen erweitert worden sind auf das Post- und Fernmeldewesen, das Zeitungswesen und die Gebäudereinigung. Kranken- und Heilanstalten sind aufgenommen, weil die entsprechenden Paragraphen aus der Gewerbeordnung herausgenommen werden sollen.

Bereits im Grundsatzprogramm des DGB von 1963 wurde die einheitliche und übersichtliche Gestaltung des Arbeitsschutzrechts gefordert. Um den Lohnabhängigen Einfluß auf die Handhabung zu verschaffen, wurde gefordert: „Alle für den Arbeitsschutz zuständigen Stellen sind unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften zusammenzufassen.“ Zwar würde der erste Punkt durch die Zusammenfassung verschiedener Gesetze und die Einbeziehung hauptsächlich des öffentlichen Dienstes und der Landwirtschaft weitgehend erfüllt, aber die Kontrolle des Arbeitsschutzes wurde nicht in den Händen der Gewerkschaften und Betriebsräte zusammengefaßt, sondern läge bei Landesbehörden und Beiräten. Im Grundsatzprogramm des DGB von 1981 wird ein „sozialfortschrittliches Arbeitsgesetzbuch“ gefordert: „Die geltenden gesetzlichen Arbeitszeitregelungen sind zu vereinheitlichen, zu verbessern und den tatsächlichen Verhältnissen, insbesondere den verkürzten Arbeitszeiten anzupassen.“ Unter dem Punkt „Humanisierung der Arbeit“ wird die Ausschaltung von Unfallgefahren und Gesundheitsschäden gefordert. Um die hauptsächlichsten Ursachen zu bekämpfen, werden Forderungen gegen Nacht- und Schichtarbeit, Feiertagsarbeit und Überstunden erhoben. Die Kapitalisten kämpfen verbissen um die Nichtanerkennung dieses Zusammenhangs.

Quellenhinweis: Handelsblatt vom 20.4.82; DGB-Grundsatzprogramme 1963 und 1981

1. Mai 1982

## Arbeit für alle – war nicht der Inhalt der Aktion

Die Maiaktion dieses Jahres wurde, wie im Vorjahr auch, von vielen zehntausend Teilnehmern getragen. Nach den Berichten, die uns aus vielen Orten vorliegen, ist ein allgemeiner Anstieg der Teilnehmerzahlen nicht eingetreten, allerdings auch kein allgemeiner Rückgang feststellbar. Die Vermutung, daß gerade nach dem bitteren Ende der Lohnbewegungen die DGB-offizielle Losung „Arbeit für alle“ nur als Angebot der Gewerkschaften, zu jedem Lohn und allen möglichen Bedingungen zu arbeiten, von vielen verstanden werden mußte, wird so schiefliegen. Wenn aber die Absicht der SPD gewesen ist, die Arbeiterbewegung als Arbeitsplätzebetzler vorzuführen, so ist dieses nicht gelungen. Viel eher zeigen die mitgeführten Transparente, die verteilten Flugblätter, ja auch die von Gewerkschaftsfunktionären gehaltenen Reden, daß weithin das Bestreben wächst, sich über Ursachen und Zusammenhänge zu verständigen.

Forderungen und Äußerungen, die die gesteigerte Ausbeutung in den Betrieben und die gnadenlose Rationalisierung als Ursache der Arbeitslosigkeit bloßstellen, waren weit verbreitet. Auch solche, die auf den Zusammenhang von steigender Steuer- und Versicherungslast und Rüstungsausgaben deuten. Bemerkenswert scheint uns auch die Tendenz, die Methoden der politischen Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung wieder verstärkt anzuprangern, sie beruht wahrscheinlich auf der richtigen Vermutung, daß auch darin Gründe für die stattgefundenen Niederlagen der Arbeiterbewegung im wirtschaftlichen wie im politischen Kampf zu suchen sind.

Besonders hervorzuheben ist: In der Ausländerfrage bezieht die Gewerkschaftsbewegung immer eindeutiger Stellung. Jeder wird uns zustimmen, daß Äußerungen, die gegen die Diskriminierung, gegen die Entrechtung und gegen die Unterdrückung der Arbeiter ausländischer Nationalität gerichtet waren, ein bestimmendes Moment der Maiaktion gewesen sind. Unserem Eindruck nach besteht ein wesentlicher Fortschritt gerade darin, daß man von der allgemeinen Propaganda gegen die überall anzutreffende Ausländerfeindlichkeit zur Kritik jener gesetzlich abgesegneten, streng rechtsstaatlich verankerten und deswegen besonders widerlichen Ausländerfeindlichkeit übergeht, die sich in den Ausländergesetzen niederschlägt und den gesetzlichen Boden für die faschistische Propaganda abgibt.

Bedauerlich, daß so viele, die sich der Friedensbewegung zurechnen und oft als deren Personifizierung auftreten, sich auf diesen Maiaktionen nicht blicken ließen. Anhaltspunkte hätte es hinreichend gegeben. Fast überall wurde Kritik gegen die Unterstützung vorgebracht, die die BRD vermittelt über das NATO-Bündnis der Militärjunta in der Türkei angedeihen läßt.

Wieso eigentlich scheuen die Führer dieser Friedensbewegung so sehr zurück vor der Verpflichtung, den Machenschaften der eigenen Regierung gerade dort, wo sie unverkennbar sind, entgegenzutreten? Die SPD-Parteiredner, die von Schmidt bis Brandt in Ost-West-Frieden machten, fanden jedenfalls für diese Ausreden keine sonderliche Resonanz.



Lörrach: knapp 400 nehmen an der Demonstration teil



130 demonstrieren in Preetz



Hamburg: Block der ÖTV



Hamburg: Unter den 20000 auch Soldaten, die im Block der IGM marschieren



Hannover: 10000 auf der Kundgebung



Mannheim: Saalveranstaltung des DGB



München: Transparent der ÖTV

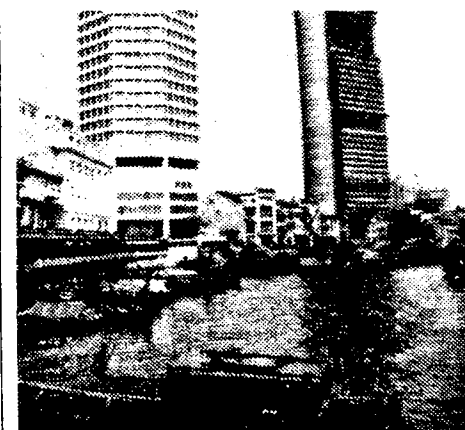


Augsburg: knapp 2500 Teilnehmer

## Bankgewinne Banken melden „eines ihrer besten Jahre“

„Die deutschen Kreditinstitute (haben) eines ihrer besten Jahre hinter sich und eine ganz gutes Jahr vor sich“, meldete Ende April frohlockend die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. „Diesmal traf sich alles gut.“

„Gut“ traf sich zum Beispiel, „daß im vergangenen Jahr vor allem jene Kreditinstitute profitiert haben, auf deren Einlagenseite Spareinlagen einen großen Anteil hatten; der Spareinlagenzins, insbesondere jener für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, ist nämlich dem allgemeinen Zinsniveau nicht gefolgt.“ Was eine unnachahmlich dezente Umschreibung dafür ist, daß die Bankkapitalisten die Notlage vieler Lohnabhängiger, die diesen Sparkonten mit längerer Kündigungsfrist versperre, zu schamloser Plünderung nutzten. Das ganze Jahr 1981 über zahlten sie für solche Sparkonten nur 5% Zins, verlangten aber für Überziehungskredite an die gleichen Lohnabhängigen 14 bis 16% Zins. Auch die anderen „Geschäfte“ der Bankkapitalisten liefen prächtig. So stieg die öffentliche Verschuldung – Bund, Länder und Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften zusammen – 1981 um 80 Mrd. DM auf 545 Mrd. DM. Die Banken liehen bereitwillig – nicht ohne dabei den durchschnittlichen Zins für öffentliche Schulden von 8,5% (1980) auf 10,4% zu erhöhen. Auch ausländische Kapitalisten und Regierungen mußten abführen: Der Zins für ihre Anleihen bei BRD-Banken stieg von 9,0 auf 10,8%. Dennoch nahmen die ausländischen DM-Anleihen bei BRD-Banken um 5,74 Mrd. DM zu, weil der Zins für Pfund- oder Dollarleihen noch höher lag.



Für 1,885 Mrd. DM gründeten westdeutsche Banken 1981 neue Niederlassungen im Ausland oder bauten bestehende Niederlassungen aus. Bild: Bankenviertel in Singapur

Das nötige Geld für derlei Geschäfte erhielten die Banken zum größten Teil von den Kapitalisten, die einen wachsenden Teil ihrer Gewinne bei den Banken hinterlegten. So wuchsen die Termineinlagen mit mehr als vier Jahren Frist um 14 auf 186 Mrd. DM. Die Spar- und Sichteinlagen – wozu alle Spar- und Lohnkonten der Lohnabhängigen gehören – gingen dagegen um über 5 Mrd. DM zurück.

Das Ergebnis: allein die Deutsche Bank meldete für 1981 einen Zins- und Provisionsüberschuß von fast 4,3 Mrd. DM, die Dresdner Bank von 2,3 Mrd. DM, die Commerzbank von 1,5 Mrd. DM. Zusätzlich zu beträchtlichen Rücklagen schütteten diese drei Banken allein 320 Mio. DM Dividenden an ihre Aktionäre aus – zwecks weiteren Gedeihens des Reichtums der Kapitalisten in der BRD.

Quellenhinweis: FAZ vom 22.4.82; Handelsblatt v. 15.4.82; Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik April 1982

## Demonstration 10.6. Kann die Reaktion Einfluß gewinnen?

Etwa 600 Gruppen und Organisationen rufen bisher unter dem Aufruf „Aufstehn! – Für den Frieden!“ zu einer Demonstration am 10. Juni nach Bonn auf. Die Veranstalter erklären, an die Erfolge der Demonstration vom 10. Oktober anzuknüpfen. Wer erinnert sich nicht an die national gehaltene Rede von Eppler? Eine Fortsetzung dieser Gedankengänge findet sich im neuen Aufruf. Die Friedensbewegung in der BRD ist europäisch geworden: „In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selber wahrzunehmen.“

Nachdem die Grünen erst erklärten, den Aufruf nicht unterschreiben zu wollen, unterstützen sie jetzt den Aufruf mit einer eigenen Präambel mit offenen reaktionären Äußerungen. Sie treten „Für eine gesamteuropäische, internationale Friedensbewegung“ ein und kommen der reaktionären Hetze der CDU/CSU gegen die osteuropäischen Länder weit entgegen. Nicht mehr der Kampf gegen die eigene Regierung und gegen die NATO stehen im Mittelpunkt, sondern irgendwelche Solidaritätsstimmungen: „Wenn wir die Friedensveranstaltung in Bonn am 10.6. sowohl als Solidaritätsveranstaltung mit der amerikanischen, als auch mit der osteuropäischen Friedens- und Emanzipationsbewegung verstehen“, sei die notwendige Perspektive der Friedensbewegung vorhanden. Die „Friedensbewegung“ in der DDR wird anders als in der BRD direkt durch die Kirchen getragen. Aber auch sonst ist

der Einfluß der Kirchen nicht gering.

Es sprechen auf der Kundgebung der amerikanischen Bischof Hundhausen, die Sprecherin der Menschenrechtskommission für Guatemala Julia Esquivel, General a.D. Gert Bastian, die Theologin und Schriftstellerin Dorothee Sölle und eine „Persönlichkeit aus den bundesdeutschen Gewerkschaften“.

Die Autonomen Friedensinitiativen kämpften eine geraume Zeit gegen diese Entwicklung. Sie hatten bei der Diskussion um den Aufruf einen eigenen vorgelegt, der den „Austritt der BRD aus der NATO“ forderte. Am 25. April beschlossen diese Gruppen jetzt doch, den Demonstrationsaufruf zu unterstützen. Ihre grundsätzliche Kritik am Aufruf nehmen sie zurück und bemängeln, daß der ursprüngliche Anlaß, der NATO-Gipfel, keine zentrale Bedeutung mehr hat.

Die Marxistische Gruppe hat mittlerweile einen eigenen Aufruf veröffentlicht, in dem sie die westdeutschen Kriegsziele angreift, aber wiederum keine Forderungen aufstellt. Gut ist, daß sie auch am 10. Juni in Bonn demonstriert. Sicher wird man versuchen, die Marxistische Gruppe als Spalter der „Friedensbewegung“ zu bezeichnen, weil sie offen und ehrlich deren Opportunismus bloßlegt und chauvinistische Positionen bekämpft: „Man muß kein Liebhaber russischer Verhältnisse sein, um zwischen den souveränen Urhebern der Kriegs-„Gefahr“ und dem Adressaten der aktuellen Weltkriegsdrohungen zu unterscheiden und öffentlich Protest einzulegen – gegen Ronald Reagan ... – gegen Schmidt, Genscher, Kohl und Strauß ...“

## Malwinen Britische Imperialisten international isoliert

Auf zunehmende internationale Empörung und Ablehnung stößt die Aggression des britischen Imperialisten gegen Argentinien. Nach der Versenkung des Kreuzers „General Belgrano“ durch ein britisches U-Boot – mehrere hundert argentinische Soldaten kamen um – verlangte die irische Regierung in Dublin die sofortige Aufhebung der EG-Sanktionen gegen Argentinien. Großbritannien sei der Aggressor. Die spanische Regierung erklärte, die Regierung Thatcher begehe einen „historischen Fehler“.

Die meisten lateinamerikanischen Länder haben Argentinien ihre Unterstützung zugesagt. Venezuela liefert dringend benötigte Ersatzteile für argentinische Kampfflugzeuge. In Peru begannen Flughafen- und Hafenarbei-

ter einen Boykott britischer Flugzeuge und Schiffe, ebenso die Fluglotsen in Venezuela.

Treu an der Seite der Aggression stehen die USA und Westdeutschland. Die USA liefern Daten über die argentinische Flotte via Spionagesatellit. Die Bundesregierung äußert „Verständnis“ für Thatcher. Die britische Luftwaffe erwägt den Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen, gemeinsam mit Westdeutschland entwickelt, gegen die Malwinen. Die Ascension-Insel im Atlantik, Stützpunkt der britischen Flot-



Demonstration in London gegen den Einsatz der britischen Flotte

te, wird gemeinsam mit der NASA und der Deutschen Welle benutzt.

Daß sich die britische Söldnertruppe erstmals blutige Nasen geholt hat, als ihr zweitmodernstes Schiff, der Zerstörer Sheffield, in Brand geschossen und versenkt wurde, beschleunigt den Klärungsprozeß in Großbritannien. Die Labour-Party ist jetzt offen gespalten: Verteidigungssprecher Healey begrüßte die Bombardierung der Malwinen, Tony Benn vom linken Parteiflügel und die Parteivorsitzende Hart fordern die sofortige Einstellung der britischen Kampfhandlungen. Der parlamentarische Vorsitzende Foot lehnte die Teilnahme an einer Allparteien-Krisensitzung mit Thatcher ab.

Nach Stand der Nachrichten vor Redaktionsschluß versucht Großbritannien weiterhin, die Militärjunta mit Bombenangriffen auf die Inseln und mit Angriffen auf argentinische Schiffe zum Abzug zu bewegen. Dabei schert sich Thatcher nicht ums Völkerrecht, der Kreuzer „General Belgrano“ wurde torpediert, ohne daß Großbritannien Argentinien den Krieg erklärt hatte und obwohl er außerhalb der erklärten 200-Meilen-Blockadezone war. Außerdem läßt die Regierung große Mengen Nachschub für eine eventuelle Invasion der Malwinen heranschaffen, die „lang und blutig“ würde, so der Kommandeur der Einsatztruppe.

Quellenhinweis: BBC-Nachrichtensendungen



Die jüngsten Kapitalistenpläne sind eine Herausforderung für-Gewerkschaften und Rentnervverbände. Stand der Grauen Panther in Westberlin.

## Rentenpolitik

# Der Dreh mit dem Jahre 2035: Arbeitgeberverbände fordern Beseitigung der Bruttolohnbezogenheit

Ein beinahe sensationell anmutender Vorgang spielt sich gegenwärtig in der Diskussion über die zukünftige Rentenpolitik ab. Leute, von denen man weiß, daß sie es ausgezeichnet verstehen, in jeder Lage ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, machen sich Sorgen um die Renten der heranwachsenden und besonders der in den letzten 10 Jahren geborenen künftigen Arbeitergeneration. Gemeint ist die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA). In im März veröffentlichten „Leitlinien für die Soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen“ behaupten die Arbeitgeberverbände folgende Zwangslage für das Jahr 2035 n.Chr.:

„Die zu erwartenden Änderungen der Altersstruktur der Bevölkerung lassen einen steigenden Finanzbedarf für die Altersrenten erwarten ... Unter der Annahme, daß den Rentnern auch im Jahre 2035 das gegenwärtige Bruttorentenniveau von fast 44 v.H. erhalten werden und die Finanzierung der zusätzlichen Alterslast allein durch die Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten erfolgen soll, müßte der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung bis auf knapp 35 v.H. ( von jetzt 18% d.Verf.) angehoben werden.

– Unter der Annahme, daß der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung über alle Jahre hinweg konstant bleibt und die zusätzliche Alterslast allein durch eine Minderung der Rentenleistungen erfolgen soll, müßte das Bruttorentenniveau von gegenwärtig

43,6 v.H. auf deutlich unter 25 v.H. reduziert werden.“

Diese Alternative soll erdrückend wirken, und Auswege, so behaupten die Arbeitgeberverbände, ließen sich ausschließlich zwischen diesen „Extremen“ finden. Selbst angenommen, diese Gesellschaftsordnung übersteht die nächsten 53 Jahre, halten wir den Standpunkt für *konstruiert* und *interessiert*. Interessiert daran, eine saftige Kürzung der Renten bereits in den kommenden Jahren, eher heute als morgen, gegen die Lohnabhängigen durchzusetzen.

Schon eine der wesentlichen Voraussetzungen dieser von den Arbeitgeberverbänden seit Jahren geführten, nunmehr aber zugespitzten Diskussion entspricht eindeutig nicht den Tatsachen: Die Darstellung der Situation der Rentner heute. Unter Berufung auf ein Gutachten der Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirats erklären die Kapitalistenverbände, daß „wegen des verteilungspolitischen Erfolgs des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung das Verhältnis der Alterseinkommen zu den Aktiveneinkommen nicht mehr undifferenziert als zugunsten der Rentner veränderungsbedürftig angesehen wird.“

Nimmt man als Maßstab für die Beurteilung nun den Sozialhilfebedarf eines alleinstehenden Rentners ohne Sonderzuschläge, der gerade auf ca. 720 DM (dabei 300 DM für Wohnung eingeschlossen) gekürzt wurde, so ergibt sich nach dem Stand der Rentenzahlung von Januar 1982: 17,1% oder

639 Tsd. an Männer in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zusammen gezahlten Renten liegen unterhalb dieses Sozialhilfebedarfs; bei den Versichertenrenten an Frauen sind es 3,112 Mio. oder 71,8% der Renten und bei den Witwenrenten 1,918 Mio. bzw. 51,9%. Das heißt, von diesen 11,8 Mio. Renten liegen 5,7 Mio. oder fast jede zweite unterhalb des Sozialhilfebedarfs. Selbst bei Beachtung des Zusammentreffens von Rentenansprüchen spricht nicht bloß der Augenschein der verbreiteten Existenznot in den Rentnerhaushalten gegen die Behauptung des „verteilungspolitischen Erfolgs“, sondern auch die Tatsache, daß ein gutes Drittel der Sozialhilfeempfänger eben Rentner sind.

Von der Lage der Sozialrentner ausgehend ergibt sich also als wirklich aktuelles und dringliches Problem die Sicherung einer ausreichenden Mindestrente. Und genau dagegen machen die Kapitalistenverbände grundsätzlich Front: „Auch eine Fortführung der 1972 eingeführten Rente nach Mindesteinkommen, die eine Aufwertung geringer Entgelte für die Zeit bis zum 31.Dezember 1972 beinhaltet, ist mit dem Versicherungsprinzip nicht vereinbar.“ Und gleichzeitig erklären die Arbeitgeberverbände grundsätzlich „eine Absage an jede Nivellierung in Form von beitragsunabhängigen Grund- oder Mindestrenten.“

Da somit die Existenznot von einigen Millionen Rentnerhaushalten aus der sozialen Welt der Arbeitgeberverbände per „verteilungspolitischen Er-

## 57er Rentenreform: CDU-„Generationenvertrag“ legalisiert Versicherungsraub

In der Polemik gegen die Rentenkürzungen seitens der SPD/FDP-Koalition stellen die CDU/CSU-Reaktionäre die 57er Rentenreform erfolgreich als „sozial vorbildlich“ heraus: „Die CDU hat ... 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, die international als Beispiel einer vorbildlichen Alterssicherung gilt. Die bruttolohnbezogene dynamische Rente ist der Kern der bedeutendsten Sozialreform der Nachkriegszeit; sie schützt vor Willkür in der Rentenfestsetzung und Rentenanpassung, ist ein klarer Maßstab, eindeutig in Mark und Pfennig berechenbar“ (CDU: Programm für ältere Menschen). Hauptinhalt der 1957 – mit den Stimmen der SPD, gegen die Stimmen der FDP – beschlossenen Rentenreform war a) die Ablösung des Versicherungsprinzips durch den „Generationenvertrag“, die Zahlung der Renten aus den eingehenden Beiträgen der gerade lohnabhängig Beschäftigten statt aus den früher angesparten und verzinsten Beiträgen der jetzt Verrenteten, b) die regelmäßige Anpassung der Renten an die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttoarbeitsverdienste der letzten drei Jahre.

Die Debatte der fünfziger Jahre zeigt, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie mit der 57er Reform planmäßig den Versicherungscharakter der Rentenkassen zerstört und die Grundlagen für das gegenwärtige „Rentenproblem“ und ständig steigende Sozialabzüge geschaffen hat:

In seiner Regierungserklärung vom 20.10.53, nach gewonnener Bundestagswahl, kündigte CDU-Kanzler Adenauer die Rentenreform an: „Es

wird das besondere Anliegen der Bundesregierung sein müssen, die Arbeitslosen einzugliedern und dem Bundestag Maßnahmen vorzuschlagen, durch die die wirtschaftliche Lage der Rentner, Invaliden, Waisen und Hinterbliebenen weiter verbessert wird.“ Das Problem war dringlich: Mit der Währungsreform 1948 hatte die Bourgeoisie die Vermögenstitel der Rentenversicherungen (1940: 10 Mrd. RM) im Verhältnis 10:1 abgewertet (Vermögenstitel der Kapitalisten wurden 1:1 bewertet) und damit kundgetan, daß sie die von ihr geraubten und für die Kriegsfinanzierung verwendeten Beitragsgelder von Millionen Versicherten nicht zurückzahlen gedachte. Die Altersrenten lagen auf einem Elendsniveau; 1956 bezog ein Rentempfänger gerade 20% des vorher erzielten Arbeitslohns; während die Gewerkschaften reale Erhöhungen der Effektivverdienste



Oswald v. Nell-Breuning, Promoter der katholischen Soziallehre und mitbeteiligt an der Rentenreform 57

durchsetzten, sank die Kaufkraft der Renten durch die Inflation. Wie das IFO-Institut 1956 feststellte, reichte das Beitragsaufkommen „noch nicht einmal ganz für die laufenden Rentenansprüche aus; praktisch arbeitet die soziale Rentenversicherung derzeit also mit einem Umlageverfahren.“ Staatszuschüsse waren nötig, um die Rentenzahlungen zu sichern und Rücklagen zu ermöglichen. Das Vermögen der Rentenversicherung betrug 1950 ganze 388 Mio. DM, es hätte – bei Zugrundelegung des Versicherungsprinzips nach RVO und ohne Währungsreform – ein Vielfaches betragen müssen. Die laufenden Staatszuschüsse gefährdeten außerdem das Rüstungsprogramm der Adenauer-Regierung.

Eine Rentenreform mußte her, die die faktisch vollzogene Zerstörung des Versicherungscharakters der Rentenkassen auch gesetzlich fixierte, Steuermittel für die Zwecke der Monopolbourgeoisie freisetzte und zudem als sozialer Fortschritt verkauft werden konnte.

Den Dreh fand der eng mit CDU verbundene Bundesverband katholischer Unternehmer, dem u.a. der Konzernchef Peter Wehrhahn vorsah und in dem der heutige Kölner Kirchenfürst Höffner mitarbeitete. Der Bundesverband veröffentlichte 1955 einen Vorschlag zur Rentenreform, der die Diskussion bestimmte. Die Hauptpunkte:

Abkehr vom Versicherungsprinzip zum reinen Umlageverfahren und Finanzierung der Renten aus dem Beitragsaufkommen des letzten Jahres; in Zeiten von Konjunkturschwäche, des Rückgangs der Beschäftigtenzahlen und damit der Beitragszahlungen oder auch bei Verschlechterung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentempfängern Kürzung der Renten und/oder Anhebung der Altersgrenze;

folg“ beseitigt ist und da an der Verteilung der Renten grundsätzlich sowieso nichts geändert werden dürfte, soll sich die Aufmerksamkeit der Rentenpolitik also ganz in den Bann der Frühwirkungen des Jahres 2035 schlagen lassen.

Betrachten wir also zunächst die angeblichen Zwangsläufigkeiten der Entwicklung von Beiträgen (Einnahmen) und Renten (Ausgaben), wie sie mit den oben zitierten Extremen behauptet wird. Die Arbeitgeberverbände berufen sich zu Unrecht auf die wissenschaftliche Autorität der Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirats. Letztere läßt es nämlich an Einschränkungen und Vorbehalten gegen solche „Zwangsläufigkeiten“ keineswegs fehlen. Als Beispiel soll hier bloß folgende Bemerkung wiedergegeben werden:

„Diese Entwicklung (wie oben angegeben zu einem notwendigen Beitragssatz von 35%, der Verf.) mag nach dem in allerjüngster Zeit zu beobachtenden Geburtenanstieg als recht pessimistisch angesehen werden. Selbst eine sofortige Rückkehr zu den Heirats- und Geburtenhäufigkeiten von 1970, die auf lange Sicht eine Reproduktion der Bevölkerung zu 95 v.H. sichern würden, machte vorübergehend noch eine Beitragserhöhung auf über 26 v.H. notwendig.“

Die Geburtenrate 1977, von der das Grundmodell der Wissenschaftler ausgeht lag bei 45,5 je Tsd. Frauen, 1970 betrug diese Rate 67,2. Im Ergebnis der Alternativrechnung immerhin ein Unterschied von 9 Prozentpunkten des „Zukunftsbeitrags“. Es stellt sich somit heraus, daß unter anderem die wei-

tere Durchsetzung der Lohnsenkungs politik, die Abwehr der DGB-Forderung nach einem „Kindergeld orientiert ... an den tatsächlichen Mindestkosten für die Betreuung und Erziehung eines Kindes“ (Sozialpolitisches Programm) und die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Schwierigkeiten, ein Kind bei Lohnarbeit unterzubringen, zu den stillschweigenden Bedingungen und Voraussetzungen der Forderungen der Kapitalisten zur Rentenpolitik gehört.

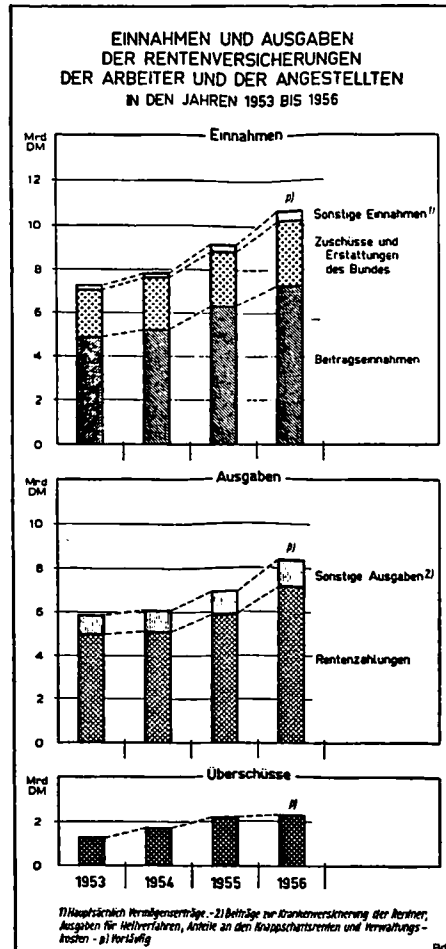
Ebenso, wie die Kapitalistenverbände dies alles beiseite schieben, ist auch selbstverständlich, daß die „Belastung durch Abgaben“ nicht weiter erhöht werden darf. Somit bleibt übrig die nackte Forderung der Arbeitgeberverbände, die Leistungsansprüche an die Rentenversicherung zu kappen: „Die

Streichung aller Staatszuschüsse; Erhöhung der Renten durch Anhebung der Beiträge, die ausschließlich von den Versicherten aufzubringen sind; Rentenbemessung nach den individuellen Beitragszahlungen und jährliche Anpassung nach dem durchschnittlichen Arbeitseinkommen des letzten Jahres – die „dynamische“ Rente.

Der „Generationenvertrag“ war geboren: „Unser Vorschlag kann als ‚Solidar-Vertrag‘ zwischen jeweils zwei Generationen bezeichnet werden. Die jeweils Arbeitstätigen sorgen dafür, daß die jeweils Alten ihr Renteneinkommen haben und erwerben damit das Anrecht, in ihrem Alter von den dann Arbeitstätigen mitversorgt zu werden ... Das Renteneinkommen der Alten eines ganzen Volkes kann tatsächlich immer nur als dem laufenden Sozialprodukt entnommen werden ... Der einzelne kann Vermögen anhäufen, um es im Alter zu verzehren – die Gesamtheit des Volkes kann es nicht.“ Zur Begründung wird auch noch angeführt, in Deutschland hätten die Rentenkassen wegen der Katastrophen zweier Kriege, deren Folgen das ganze Volk zu tragen habe, nie richtig funktioniert.

In der folgenden Rentendiskussion brachten die Bourgeois und ihre Versicherungswissenschaftler handfestere Argumente gegen das Versicherungsprinzip bei den Rentenkassen vor. Die Professoren Rohrbeck, Roehrbein und Meyrich gutachteten, das Versicherungsprinzip sei unzweckmäßig wegen der Ansammlung eines Riesenkapitals, das unerwünschten Einfluß auf die Marktwirtschaft ausüben könne und jederzeit dem Zugriff staatlicher Machthaber ausgesetzt sei (die Professoren, die den Versicherungsraub unter dem Hitler-Faschismus nicht beklagten, dachten wohl eher an eine Links-Regierung). Der wissenschaftliche Bei-

rat beim Bundeswirtschaftsministerium (Vorgänger der „fünf Weisen“) warnte, daß bei einer Kapitaldeckung der Rentenversicherung Reserven im Fall von Mittelknappheit aufgelöst werden müßten mit negativen Folgen für Kreditmarkt und Investitionen. Die Monopolbourgeois fürchteten also



Bis 1957 reichten die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung nicht aus, um die laufenden Zahlungen zu decken. Rücklagen waren durch Krieg und Währungsreform vernichtet.

wirtschaftliche und politische Machtstellung der nach dem Versicherungsprinzip aufgebauten Sozialversicherung, eine gewaltige Kapitalzusammenballung außerhalb der direkten Kontrolle der Monopolbourgeoisie.

Die SPD und die Gewerkschaften schlossen sich den Argumenten an: „Es ist so, daß jede arbeitende Generation selbst für ihre Alten ... aufkommen muß.“ (SPD-MdB Preller in der ÖTV-Zeitschrift „Der Funktionär“, Mai 1956) Die Vernichtung der Versicherungskapitale in zwei Kriegen zeige die Vergeblichkeit des erneuten Aufbaus einer Versicherung. Außerdem warnten sie vor „herumliegenden Geldern“, an denen der Finanzminister wegen des Aufbaus der Bundeswehr interessiert sei.

Künftige erhebliche Anhebungen der Beitragssätze und spätere Liquiditätsschwierigkeiten bei Einführung des Umlageverfahrens waren von der CDU/CSU und den Monopolbourgeois einkalkuliert. Wirtschaftsminister Erhard stellte fest, in Anbetracht der hohen Kriegsfolgelasten sei es durchaus gerechtfertigt, die Finanzierung der in den nächsten Jahren anwachsenden Alterslast zumindest teilweise auch den nachfolgenden Beitragssatznehmern zu überlassen. Die Kölner Gesellschaft für Versicherungswissenschaft warnte, daß die Dynamisierung der Renten später zu einer untragbaren Steigerung der Beiträge führen müsse und daß das Verhältnis von Rentnern zu Versicherten nicht 1980 (wie in der Regierungsvorlage ausgeführt) seinen Höchststand erreiche, sondern sich später noch weiter verschlechtern werde.

Quellenhinweis: Bank deutscher Länder, div. Monatsberichte; Zeitschrift „Der Arbeitgeber“, Jg. 55–57; Bund katholischer Unternehmer (Hrsg.), Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft (Verf. Dr. Wilfried Schreiber), Köln 1955

Arbeitgeber plädieren deshalb für eine Nettolohnorientierung der Renten, die sicherstellt, daß sich die verfügbaren Einkommen von Aktiven und Rentnern gleichmäßig fortentwickeln.“

Das Interesse, auf diesem Wege die gegenwärtigen Rentenansprüche brutal zu kappen und gleichzeitig mit der tatsächlichen Erhöhung der Lohnabzüge die Renten automatisch weiter drücken zu können (also das direkte Gegenteil der jetzigen „Dynamisierung“), ist der Kern der ganzen Konstruktion von Zwangsläufigkeiten.

Angeblich soll auf diese Weise die „Solidarität der Generationen“ erhalten bleiben! Schöne „Solidarität“: die Gewerkschaften werden sich in Zukunft mit höheren Abgabelasten einverstanden erklären, weil ja auch die Rentner dadurch weniger Rente erhal-

ten, und umgekehrt? – Wenn nun, wie ja nicht wenig versprochen, die Abgabenbelastung auf den Lohn nicht weiter gesteigert wird, dann ließe die „Nettoorientierung“ auf eine einmalige, für die Rentner immer noch teure, Absenkung des Rentenniveaus hinaus. Was ist dann mit den „Zwangsläufigkeiten 2035“?

Dies sind einige Widersprüche, auf die auch die Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirats aufmerksam macht. Freilich lassen die Kapitalisten solche Einwände kalt, denn sie wissen, was sie von den Versprechungen und Plänen ihrer Politiker zu halten haben. Es spricht also umgekehrt alles dafür, seitens der Gewerkschaften die Forderung der Arbeitgeberverbände nach Nettoanpassung der Renten auch als Ankündigung einer weiteren und steti-

gen Steigerung der Abgabenlast auf den Lohn zu betrachten und somit im Kampf dagegen die „Solidarität“ mit den Rentnern herzustellen.

Grundsätzlich steht gegen die Nettoanpassung folgendes: Unabhängig von der Berechnung im einzelnen würde auf die gegenwärtigen Rentenzahlbeiträge ein Abschlag erhoben, der dem Anteil von Sozialversicherungsbeiträgen plus Steuern (1981 31% des Bruttolohnes durchschnittlich) entsprechen soll. Da nun die Rentenzahlbeiträge dieses Jahres z.B. gesetzlich auch aus den Einnahmen bestritten werden sollen, bedeutet dies, daß die Lohnsumme der Arbeiterbevölkerung in diesem Teil doppelt mit Abgaben belegt wird. Denn der Lohnabhängige zahlt ja bereits für den gesamten Lohn die Sozialversicherungsabzüge. Von dem Teil

## 9. Bundesverbandstag des VdK: Ablehnung der Pläne der Reaktion

Der „Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Sozialrentner und Behinderten“ (VdK) hat vom 22. bis 24.4. in Dortmund seinen 9. Verbandstag durchgeführt. Mit 1,2 Mio. Mitgliedern ist der VdK neben den Gewerkschaften die bedeutendste Organisation der Rentner und Behinderten in der BRD. Obwohl die bürgerlichen Parteien, insbesondere die CDU/CSU, großen Einfluß auf den Verband haben, sind die Beschlüsse des VdK-Kongresses eine schroffe Ablehnung der Angriffe der Reaktion auf die Versicherungsansprüche der Lohnabhängigen. Im folgenden haben wir deshalb einige Beschlüsse des VdK-Verbandstages dokumentiert.

### *Haushaltsstrukturgesetz:*

„Die vorgenommenen Kürzungen und Streichungen von Leistungen für Behinderte im 2. Haushaltsstrukturgesetz sind umgehend wieder aufzuheben ... Begründung: ... ist zu befürchten, daß der Personenkreis der Behinderten, die auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind, der Verelendung zugeführt wird.“ (Antrag 333)

### *Krankenversicherung der Rentner:*

„Die geplante Erhebung eines zusätzlichen eigenständigen Beitrages ab 1983 führt nicht nur zu weiteren Belastungen der Sozialrentner, sondern auch zu einer Aushöhlung der Bruttorente. Die Eigenbeteiligung der Rentner an der Krankenversicherung muß also mit allen gebotenen Mitteln abgewehrt werden.“ (Antrag 146) „Die Rezeptgebühren für Rentner sind umgehend wieder zu beseitigen.“ (Antrag 147) „Die einschränkenden Bestimmungen im 2. Haushaltsstrukturgesetz und im Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz bezüglich

der Durchführung von Kuren sind umgehend zu beseitigen.“ (Antrag 139)

### *Bruttolohnbezogene Rente:*

„Das Recht der gesetzlichen Rentenversicherung muß auch in Zukunft gewährleisten, daß der Versicherte beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und im Fall des Todes seine Hinterbliebenen den bis dahin erreichten Lebensstandard aufrechterhalten können. Das erfordert die Beibehaltung der Bindung an die Bruttolohnentwicklung bei Erstfeststellung der Rente. Die Leistungen der Sozialversicherung sind in jährlichem Abstand an die Veränderungen der durchschnittlichen Bruttolöhne anzupassen ... Eine Besteuerung der Sozialrenten über den Ertragsanteil (gelten des Recht) hinaus muß abgelehnt werden.“ (Antrag 184)

### *Witwenrente, '84er Rentenreform:*

„Im Rahmen der Neuregelung der Renten zwischen Mann und Frau soll die Rente mindestens 70% der Rente des Verstorbenen betragen (gegenwärtig 60%, d. Red.). Sie darf jedoch nicht geringer sein als die selbst erworbenen Rentenansprüche.“ (Antrag 223) „... ist es geboten, diesem Rentenanspruch alle von dem Verstorbenen vor und während der Ehe erworbenen Rentenansprüche zugrunde zu legen.“ (Antrag 217)

### *Erziehungszeiten für Kinder:*

„Zeiten der Kindererziehung sind bei der Rentenberechnung als Beschäftigungszeiten zu berücksichtigen, und zwar für jedes nichtbehinderte Kind bis zu dessen vollendeten dritten Lebensjahr ...“ (Antrag 227)

Quellenhinweis: „Die Fackel“, Monatszeitschrift des VdK, Bonn - Bad Godesberg, Nr. 4/82; Sozialpolitische Anträge an den 9.o. Verbandstag des VdK Deutschlands, Hrsg.: Vorstand des VdK, Bonn, 1982



1981 führte der VdK 15000 Protest- und Informationsveranstaltungen über die Probleme der Behinderten in der BRD durch

der Lohnsumme, der auf diesem Wege über die Rentenkassen wieder verausgabt wird, sollen dann noch einmal Abgaben geleistet werden. Dies hat mit Gerechtigkeit u. dergl. nichts zu tun, sondern es geht schlicht und einfach um eine Methode, die Steigerung von Lohnabzügen auch auf die Senkung des Rentenniveaus durchschlagen zu lassen.

In der Rechtfertigung eines Steuerabzugs für die Renten wird die ganze Scheinheiligkeit der Sorgen der Arbeitgeberverbände durchsichtig: durch die Vorsorgepauschale im Lohnsteuerrecht sind die Abgaben an die Sozialversicherung zum größten Teil der Besteuerung entzogen. Würde man diese Freibeträge bloß als aufgeschobene Besteuerung betrachten, müßten mit der direkten Besteuerung der Sozialrente auch die Rückflüsse aus den Lebensversicherungen und dergl. Kapitalanlagen anders besteuert werden. Würde man umgekehrt die jetzige Besteuerung solcher Einkünfte über einen „Ertragsanteil“ durch eine Änderung der Höhe seiner bisherigen Festlegung ermöglichen, kommt das in Konflikt mit dem „Generationenvertrag“, denn im Unterschied zu den Lebensversicherungen soll ja die Sozialrente mit den eigenen Beiträgen nichts zu tun haben. Um dennoch eine Rechtfertigung für die Besteuerung der Sozialrenten zu finden, versucht sich die Wissenschaftlergruppe in der Konstruktion eines „fiktiven Tilgungsbetrages“ für eigene Rentenleistungen und kommt zu dem Schluß: „Auch wenn in der Wissenschaftlergruppe keine Einigkeit über die Art der Begründung für eine modifizierte Ertragsanteilsbesteuerung der Renten bestand, ist unter pragmatischen Gesichtspunkten ... die Einführung einer modifizierten Ertragsanteilsbesteuerung vertretbar ...“.

Nach dem Vorstehenden ist nicht verwunderlich, daß sich die Arbeitgeberverbände von solchen Problemen nicht weiter aufhalten lassen. Schließlich reflektieren sie auf den direkten Eingriff in die Rentenformel: „Eine Senkung der Steigerungssätze ... könnte eine je nach Veränderung mehr oder weniger deutliche Ausgabenminderung der Versicherungsträger bewirken.“ Der Steigerungssatz stellt etwas vereinfacht den Gewichtsanteil dar, mit dem jedes anrechenbare Versicherungsjahr in die Rentenformel eingeht. Dieser Satz beträgt gegenwärtig 1,5% so daß jemand, der 40 Jahre im Durchschnitt verdient hat, eine Rente von 60% der Bemessungsgrundlage erhält. Wird dieser Satz auf 1% gekürzt, wie bereits „in dieser Diskussion gebracht“, würde damit die Rente auf 40% der Bemessungsgrundlage gekürzt. Somit würde auf diesem Wege ebenfalls eine Rentensenkung um ein Drittel gefordert.

Es steht außer Frage, daß die Gewerkschaftsorganisationen und betroffenen Rentnervverbände diesen Forderungen nach Änderung der Rentenanpassung und -formel, der Rentensenkung, keinen Deut nachgeben dürfen. Aber da die Kapitalisten mit praktischen Konsequenzen ihrer Forderungen nicht warten werden, durch die aktuell weiter zu erwartenden „Finanzlücken“ auch Anlässe bekommen, werden auch weitergehende Schritte im Kampf um die soziale Rentenversicherung aktuell:

1. Die fortwährenden und zunehmenden Eingriffe in das Beitrags- und Leistungsrecht ebenso wie die jetzt von den Kapitalisten verlangten Kürzungen setzen die Forderung nach vollständiger Selbstverwaltung der Rentenversicherung durch die Versicherten entschieden auf die Tagesordnung.

2. Die Wissenschaftlergruppe hat festgestellt, daß bei immer gleichbleibender Bevölkerung, gleicher Lebenserwartung und gleichem Erwerbsverhalten ein Beitragssatz von 22% erforderlich wäre, um die Rentenausgaben zu finanzieren. Bloß durch die aufgrund von Kriegsfolgen dezimierten Rentnerjahrgänge konnten die erheblich niedrigeren Beiträge der letzten 25 Jahre im Umlageverfahren ausreichend erscheinen. Damit besteht ein begründeter Ansatzpunkt, die Kritik an dem „Generationenvertrag“ praktisch werden zu lassen: Durch eine entsprechende Anhebung des Beitragssatzes könnte in der Rentenversicherung Kapital angesammelt und angelegt werden, z.B. im Bau von Altenwohnheimen. Die Anhebung darf *nicht* zu größeren Abzügen führen, sondern muß durch eine entsprechende, dauer-

haft durch Indexierung gesicherte, *Senkung des Lohnsteuersatzes* aufgebracht werden.

3. Schließlich stellt sich das Problem der Mindestabsicherung der Sozialrenten: u.a. von der Alternativen Liste Westberlin, dem BWK, der DKP und den Grauen Panther wird eine Entsprechung zur Beamtenversorgung verlangt bzw. ein Mindestbetrag von 1200 bis 1250 DM. Es ist zu prüfen, inwieweit diese Forderung durch eine Wiederanhebung des ständig sinkenden Bundeszuschusses (31,4% der Rentenausgaben 1957, 16,9% in 1981) auf das Niveau von 1957 finanziert werden kann.

Quellenhinweis: Soziale Sicherung in der Zukunft, BDA, März 1982; Gutachten des Sozialrates über langfristige Probleme der Alterssicherung in der BRD, Bundestags-Drucksache 9.632; Sozialpolitische Programme von DGB, CDU, DKP, FDP und SPD

## Niederlande: Vergleichsweise hohe Renten und noch höhere Versicherungsbeiträge

Gegenüber den Renten in der BRD, die für einen Großteil der Lohnabhängigen unter dem Sozialhilfesatz liegen, erscheint das Rentenniveau in den Niederlanden verhältnismäßig hoch. Deshalb ist die nähere Betrachtung des niederländischen Rentensystems, auf das sich ja auch die Organisation Graue Panther mit ihren Forderungen bezieht, durchaus lohnenswert. Aber auch wegen der Tücken, die erst auf den zweiten Blick erkennbar werden.

Anders als in der BRD sind alle in den Niederlanden ansässigen Personen, gleich ob Lohnabhängige, Schüler, Studenten, Hausfrauen, Kleinproduzenten oder Kapitalisten, vom 15. bis zum 65. Lebensjahr rentenpflichtversichert. Auch ist ihre spätere Rente nicht von der Höhe des Lohns bzw. Einkommens abhängig, sondern ausschließlich von der Zahl der Beitragsjahre.

Wer 50 Jahre Beitrag gezahlt hat, erhält die volle, für alle einheitliche Höchstrente. Diese betrug Ende 1980 – jüngere Daten liegen uns leider nicht vor – für Verheiratete 1449,75 Gulden, das entsprach knapp 1340 DM, für Alleinstehende 1009,65 Gulden (ca. 930 DM) – pro Beitragsjahr weniger, etwa aufgrund von Auslandsaufenthalt, verringert sich die Rente um 2%. Hinzu kamen noch monatlich 103,74 bzw. 72,62 Gulden „Ferienbeihilfe“. Alle halbe Jahr werden die Renten entsprechend der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes erhöht und sind auf diese Weise auch an die Entwicklung des Bruttolohnstandards gekoppelt. Zu

Recht kann man sagen, daß die niederländische Arbeiterbewegung gegen die äußerste Verelendung der alten Lohnarbeiter, wie sie hierzulande bekannt ist, eine gewisse Schranke hat errichten können.

Doch dies ist teuer erkaufte. Anders als in der BRD und auch in den anderen EG-Ländern (mit Ausnahme Dänemarks, dessen Rentensystem dem niederländischen in etwa vergleichbar ist) sind die Kapitalisten von jeglicher Beitragspflicht für die Rentenversicherung der Lohnabhängigen befreit. Dies ist insofern konsequent, als die Rente nicht an die Lohnarbeit oder allgemein an Arbeit, sondern an den Wohnsitz gebunden ist. Doch damit sind die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Jahrzehntelang müssen die Lohnabhängigen ihre Haut zu Markte tragen, ihre Arbeits- und Lebenskraft für den Profit der Ausbeuter verausgaben, oh-

ne daß diese in irgendeiner Weise für die Altersversorgung der von ihnen Ausgebeuteten und Verschlissenen aufkommen müssen. Um so höher ist der Beitrag der Lohnabhängigen: 10,25% vom Bruttolohn für die Altersversicherung, weitere 1,35% für die Hinterbliebenenversicherung und schließlich 7,05% für die Invalidenversicherung, zusammen also 18,65% gegenüber 9%, die die Arbeiter und Angestellten in der BRD in die Rentenversicherung einzahlen müssen (Stand: 1.7.1980).

Außerdem hat die verheiratete Frau, obwohl sie als Lohnabhängige ihr Lebtag Beitrag zahlen mußte, keinen eigenen Anspruch auf Rente, sie erhält, ist sie älter als ihr Ehemann, nichts, bis dieser mit 65 seinen Anspruch auf Verheiratetenrente geltend machen kann.

Quellenhinweis: De kleine gids voor de nederlandse sociale zekerheid, 1980; EG-Kommission, Vergleichende Darstellung der Systeme der sozialen Sicherheit, Stand 1.7.1980



November 1970: Rentner demonstrieren für Rentenerhöhung

## Werksbesetzung verhindert Entlassungen

Die Arbeiter von Rockwell-Golde, Frankfurt, begannen am 16.4. den Streik und besetzten fünf Tage lang unter der Parole „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze“ den Betrieb und blockierten die Auslieferung. Nach diesen fünf Tagen mußten die Kapitalisten die geplante Entlassung von 115 Arbeitern zurücknehmen und die Bezahlung der Streikschriften zusichern. Am Tag, als die Arbeiter von Rockwell-Golde die Besetzung beendeten, führten die Arbeiter von Mannesmann-Demag eine Protestversammlung gegen die geplante Entlassung von 150 Arbeitern durch, sie halten das Werkstor seit dem 28.4. besetzt.

## Bauern demonstrieren gegen Kernkraftwerk

**Augsburg.** Mit 134 Traktoren demonstrierten am 24.4. Bauern aus dem Donauried gegen das geplante Kernkraftwerk in Pfaffenhofen zur Abschlußkundgebung nach Augsburg. Von den 300 landwirtschaftlichen Betrieben in den Dörfern um Pfaffenhofen werden etwa 100 durch das Kernkraftwerk unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Transparente an den

Westberlin. Einstellung des DISK-Prozesses gegen 52 türkische Gewerkschaftsfunktionäre forderten 600 Veranstaltungsteilnehmer. Celalettin Uayar, Vizevorsitzender der türkischen Textilgewerkschaft, führte den Putsch auf die Lohnsenkungswünsche des IWF, der Weltbank und der OECD zurück. Süleyman Üstüm, Metallgewerkschaft, berichtete: 200 DM Durchschnittslohn, 6 Mio. Arbeitslose, Folterungen, Morde. Der Vertrauensleutkörpervorsitzende von Solex griff die Kredite, Waffenlieferungen und Geschäfte der BRD an.

Traktoren lauteten: „Jauermann (CSU-Minister und schwäbischer CSU-Vorsitzender) in deinem Stimmkreis wird kein AKW gebaut“; „Die LEW (Lech-Elektrizitätswerke) will uns vernichten, darauf können wir verzichten.“ Der schwäbische Bauernverbandsvorsitzende E. Seitz, zugleich Landtagsabgeordneter der CSU, war von den Kreisobmännern des BBV gezwungen worden zu sprechen, was er zunächst abgelehnt hatte. Er wurde ausgepiffen, als er verteidigte, daß die Landesregierung mehr Kernkraftwerke bauen solle – nur nicht in Pfaffenhofen.



## Revisionsrücknahme im Böse-Prozeß

**Lörrach.** Der Krankenpfleger Reinhard Böse hat die Revision gegen das Urteil der Schwurgerichtskammer beim Landgericht Freiburg vom 8. Mai 1981 – das jetzt rechtskräftig wurde – zurückgezogen: R. Böse und seine Verteidiger legten in Erklärungen dar, daß sie die Revisionsrücknahme nicht mißverstanden wissen wollen. R. Böse erklärt: „... für ihn zähle nur die schmerzliche Gewißheit, für etwas verurteilt worden zu sein, was er nicht getan habe. Die scheinbar generöse Strafzumessung ... von ‚nur‘ 7 Jahren Haft sei in Wirklichkeit ein Fehlurteil.“ Die Verteidiger erhoben schwere Vorwürfe gegen die Lörracher Kriminalpolizei, gegen den BGH und gegen das BVG: „Fundamentale rechtsstaatliche Grundsätze seien in schlimmer Weise berührt worden. Dies müsse die Verteidigung mit Erschütterung, aber auch mit Hoffnungslosigkeit und Resignation feststellen.“

## Demonstration gegen NPD-Parteitag

**Witten.** Mindestens 22 Organisationen, Gewerkschaften und Initiativen riefen auf, den NPD-Landesparteitag NRW in Witten am 2. Mai zu verhindern. Der DGB hatte zu einer Protestkundgebung ab 9.30 Uhr aufgerufen. Die Redner warnten vor der zunehmenden Ausländerhetze, die vorrangig von den Faschisten in der NPD betrieben wird, und sie erinnerten daran, daß vor 49 Jahren, am 2. Mai 1933, die Gewerkschaftshäuser gestürmt

und die Gewerkschaften verboten wurden. Bis um 11 Uhr versammelten sich über 2000 Teilnehmer. Die NPD hat sich nach einem Verbot des Wittener Stadtrats zunächst vom Verwaltungsgericht Arnberg und dann vom Oberverwaltungsgericht Münster die Genehmigung, den Saalbau anzumieten, geholt und verfügte über den Schutz von drei Hundertschaften Polizei. Da sämtliche Zufahrtsstraßen von der Demonstration blockiert waren, bekamen die Faschisten nur Zutritt zum Saalbau, indem sie sich von Stoßtrupps der Polizei den Weg freiprügeln ließen. Auf einer abschließenden Demonstration durch die Innenstadt wurde vorm Polizeirevier die Freilassung der noch Verhafteten (insgesamt neun) erzwungen.

## Streik der Schornsteinfeger dauert an

**Bremen.** Da der Landesinnungsverband der Schornsteinfeger in Bremen den Forderungen nach 28 Urlaubstagen (bisher 23), mehr Kleider-, Urlaubs- und Weihnachtsgeld bisher nicht nachgekommen ist und die Kündigung der 79 Gesellen nicht zurückgenommen ist, streiken die Gesellen seit dem 26.3. unbefristet. Die Kapitalisten haben angeboten, die Forderungen ab 1983 zu akzeptieren. Der Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger will dies jedoch für 1982. Die VLK-Leitung Klöckner erklärte sich solidarisch. Im Regierungsbezirk Karlsruhe, wo nicht gestreikt wird, hat der Schornsteinfegermeisterverband jetzt als Druckmittel 91 Schornsteinfeger ausgesperrt.



Die Streikposten vor der Einrichtung des Gruppen-Gesundheitsverbandes in Washington D.C. wurden durch 300 Mitglieder von AFL-CIO-Gewerkschaften verstärkt. (Bild: Mitte April) Der AFL-CIO unterstützt die streikenden Krankenschwestern und Heimgymnasten, die durch eine nicht dem AFL-CIO angehörende Gewerkschaft vertreten werden. Die im Gesundheitsdienst Beschäftigten verlangen mehr Personal und höhere Löhne. Die 85 Krankenschwestern und Heimgymnasten gehören zu den schlechtest Bezahlten in den Gesundheitsdiensten im Bereich von Washington. Der AFL-CIO unterstützt den Streik auch, weil in vergleichbaren Bereichen, die dem Bund, den Einzelstaaten und den Gemeinden direkt unterstehen, die Beschäftigten kein Recht auf Tarifverhandlungen und kein Streikrecht haben. Sie können „nur organisiert bitten“, greift der AFL-CIO diese Entrechtung an. Der AFL-CIO fordert Streikrecht und Koalitionsfreiheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Hannover

## Marktvorteile auf dem Rücken der Beschäftigten in der Druckindustrie

Hannover. Gerade in den mittleren Betrieben (50 – 500 Beschäftigte) bereiten die Druckkapitalisten momentan umfassende Veränderungen vor. Bei bereits im letzten Jahr sinkenden realen Umsätzen (Gesamtbranche 1981 – 2,2%) spitzt sich der Konkurrenzkampf zu.

Am härtesten wird dieser schon seit einiger Zeit im Rollenoffsetmarkt geführt. Für die Fehling-Kapitalisten (300 Beschäftigte), die 1967 die vierte in der BRD aufgestellte Rollenoffset mit sechs Doppeldruckwerken angeschafft hatten, ist das Geschäft gelaun-



Heidelberger Speedmaster mit zentraler Farbsteuerung: Einrichtezeit werden gesenkt wie auch schnellere Farbkorrektur im Fortdruck erreicht.

fen. Das Zweigwerk wurde dicht gemacht, die Rollenoffsetmaschine ins Ausland verkauft. Demgegenüber verlagert die Schlüttersche Verlagsanstalt (400 Beschäftigte) ihre ganze Technik in neue Produktionsstätten. Dort wird eine neue Rollenoffset mit der doppelten Kapazität der bisherigen aufgestellt.

Die Fehling-Kapitalisten konzentrieren sich nun auf den Flachbeutelmarkt, wo es mit vergleichbarer Angebotspalette im ganzen Bundesgebiet nur wenige Konkurrenten gibt. Die „Betriebsvereinigung“ beinhaltet die Rückverlegung der Weiterverarbeitung (Maschinenkleberei) nach Hannover. Durch einen Umbau zog die Hälfte der Offsetmaschinen an andere Plätze um. Beide Abteilungen hängen jetzt zusammengedrängt, Maschine an Maschine, aneinander. Lärm, Wärmeentwicklung, schlechte Luft haben zugenommen. Die Fehling-Kapitalisten sparen allerdings dadurch 100000 DM jährlich an internen Fahrtkosten ein.

In der Weiterverarbeitung haben sie eine neue rechnergesteuerte Papierstanze angeschafft (400000 DM) und beschleunigten und rationalisierten damit die Weiterverarbeitung. In den letzten zwei Jahren hatten sie schon in der Druckvorbereitung und Weiterverarbeitung Modernisierungen vorgenommen. Die Kopie wurde mit einer rechnergesteuerten Kopiermaschine ausgerüstet, was die Montage von Vierfarbsätzen auf weniger als ein Drittel der bisherigen Zeit drückt. Die Maschinenkleberei war um eine weitere Beutelmachine ergänzt worden. Im Druckbereich geben sie sich momentan zufrieden damit, möglichst die beiden großen Vierfarbmaschinen (Roland 800/Ultra, Papierformat 100x140), so oft es auftragsmäßig geht, rund um die Uhr auszulasten. Meist setzen sie dann 12-Stundenschichten an Maschinen durch.

In den weiteren mittleren Betrieben, die sich hauptsächlich den Markt an Werbedrucksachen und Werkdruck (Bücher-Schroedel-Aufträge) teilen, stehen ebenfalls Änderungen an. Grütter hat es verstanden, mit der schnellen, mittelformatigen (siehe Bild) Heidelberger Speedmaster (71x102) viele Aufträge anderer Druckereien abzugeben. Gerade im Bereich von mittleren bis kleinen Vierfarb-Auflagen (unter 20000 Druck) wird in guter Qualität bei Geschwindigkeiten bis zu 10000 Drucke/Stunde rationeller als an Zweifarb- oder größerformatigen Vierfarbmaschinen gearbeitet. Außerdem konnten es in allen Betrieben die Kapitalisten durchsetzen, die nach Manteltarif-Anhang übliche Besetzung (zwei Farbwerke – ein Drucker) zu durchbrechen. Diese Maschinen sind in allen bahenverschen Betrieben nun mit einem Drucker und einer Hilfskraft besetzt. Der MTV-Anhang läßt das bis zu diesem Format durch betriebliche Regelungen zu. Die Betriebsräte bei Grütter und Hahn haben dafür Ausgleichszulagen für Drucker (3 DM/Stunde) und Helfer (1,50 DM/Stunde) vereinbart, was aber in keiner Weise die erhöhte Arbeitsbelastung ausgleichen kann.

Zum Vorreiter im direkten Angriff auf den Effektivlohn macht sich in Hannover die Druckerei Fehling. Noch bevor die Tarifierhöhung abgeschlossen war, wurde die Verrechnung mit übertariflichen Zulagen angekündigt. Vorausgegangen war dem, daß die ehemaligen Rollenoffsetdrucker an die Löhne vom Bogenoffset angeglichen wurden,

was mindestens 1,50 DM Verlust ausmacht. Die Maschinenkleberei war ohne Ausgleich von Prämienlohn auf Zeitlohn gedrückt worden. Zwischen 100 und 300 DM monatlich hat das allein ausgemacht. Gerade die niedrigverdienenden Frauen (LG 3, 10,45 DM), die zwei Drittel der Abteilung ausmachen, trifft es am härtesten. Macht bei ihnen der monatliche Prämienverlust 100 bis 150 DM aus, kommen nun weitere 76 DM Verlust aus verrechneter Zulage hinzu. Auf den niedriger verdienenden Helfern in den verschiedenen Abteilungen lastet auch der Hauptdruck der 20 Kündigungen und Änderungskündigungen. Teile sollen zu mobilen Austauscharbeitkräften in verschiedenen Abteilungen und zur Wechselschicht gedrückt werden.

Durch die Forderung der IG Druck zur neuen Lohnstruktur sehen die Kapitalisten den vermehrten Einsatz billigster Arbeitskraft bei sinkendem Anteil von Facharbeit, den sie mit dem Einsatz moderner Technik vorantreiben, gestört. Zum einen könnten solche abrupten Lohnsenkungen, wie bei Fehling, dann nicht mehr so einfach angepöbelt werden. Zum anderen können tatsächliche Lohnerhöhungen gerade bei den Niedriglöhnen erreicht werden, weil in vielen Fällen die geforderte Höhergruppierung den bisherigen Effektivlohn übersteigt.

### Baugewerbe Schlichtungsspruch angenommen

Am 30. April stimmten die Tarifkommission der IG Bau, Steine, Erden, sowie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes dem Schlichtungsspruch zu, der eine Erhöhung der Löhne ab 1. April von 3,5%, sowie eine weitere Anhebung am 1. Oktober auf 4,2% vorsah. Bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten ergibt dies eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 3,85%.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hatte in einer Presseveröffentlichung den Schlichtungsspruch als einen „ungedeckten Wechsel auf die Zukunft“ bezeichnet, „der nicht eingelöst werden kann.“ Die Tarifkommission der Gewerkschaft hatte vor der Schlichtung die Verhandlungskommission beauftragt, nicht unter 4% abzuschließen. Das Zögern der Kapitalisten, diesen Schlichtungsspruch erst am letzten Tag der Erklärungsfrist anzunehmen, hat genügend Druck auf die Zustimmung der Gewerkschaften ausgeübt. Von Seiten der Kapitalisten ist die unveränderte Beschäftigungsla-

ge im Baugewerbe angeführt worden, mit immer noch 150000 Arbeitslosen und über 50000 Kurzarbeitern. Die 1981 abgeschlossene Erhöhung des 13. Monatsgehalts von 78 auf 102 Stundenlöhne für 1982, was umgerechnet auf das Jahr 1,15% bedeutet, wurde von den Kapitalistenverbänden als zusätzliche Lohnerhöhung mitgerechnet, insgesamt sei sie über 5%.

Eine Sicherung der Reallöhne ist mit diesem Lohnabschluß nicht zu erreichen. Der Ecklohn des Spezialfacharbeiters steigt am 1.4. von 13,91 DM auf 14,40 DM und am 1.10. auf 14,49 DM. Netto ergibt das ab 1.4. eine Lohnerhöhung von 44,04 DM STK I/IV, 54,14 DM STK III/2 und am 1.10. von 8,74 DM STK I/IV, 10,84 DM STK III/2. Für den Fachwerker erhöht sich der Lohn von 11,93 DM auf 12,35 DM und am 1.10. auf 12,44 DM. Netto ergibt das eine Lohnerhöhung von 43,94 DM am 1.4. und 9,35

DM am 1.10. STK I/IV sowie 46,04 DM am 1.4. und 10,85 DM am 1.10. STK III/2.

Weiterhin besteht im Baugewerbe tarifloser Zustand, da die Kapitalistenverbände im Januar einen Schlichtungsspruch zum § 8 des Bundesrahmentarifvertrages (Urlaub) nicht zustimmten. In dem Schlichtungsspruch sollten für 1982 die drei Tage Winterurlaub, die nur in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März genommen werden konnten, zu frei verfügbarem Urlaub werden und 1983 ein Tag Urlaub hinzukommen, so daß dann für Beschäftigte bis 35 Jahren 22 Urlaubstage und über 35 Jahre 25 Urlaubstage festgelegt wären. Durch das Scheitern der Schlichtung gelten jetzt weiter bis 35 Jahre 18 Tage und über 35 Jahre 21 Tage Urlaub zuzüglich der drei Winterurlaubstage. Der gesamte Bundesrahmentarif hat noch eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 1983.

## Baden-Württemberg

# 30 Jahre Südweststaat: Reaktion feiert „Modell deutscher Möglichkeiten“

Den 30. Jahrestag der Bildung des Bundeslandes Baden-Württemberg im April nahm die CDU-Landesregierung zum Anlaß eines Staatsakts mit der Creme des Kapitals und der bürgerlichen Politik. Weshalb wurde da gefeiert? – Die Bildung des Landes Baden-Württemberg war bis in die Reihen der CDU hinein erbittert umstritten. Zunächst waren nach dem Krieg unter Beteiligung der Besatzungsmächte in der US-Zone im Norden das Land Württemberg-Baden und in der französischen Zone im Süden die Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern gebildet worden. Schon bald nach dem Krieg hatte die Finanzbourgeoisie Interesse an einem einheitlichen Südweststaat entwickelt. Baden war gegenüber Württemberg, auch infolge der Wirtschafts- und Rüstungspolitik des Hitlerfaschismus mit Produktionsverlagerungen ins Landesinnere, wirtschaftlich zurückgefallen. Es war verschuldet, eine Änderung der Lage war nicht abzusehen. Ein wirtschaftlich und finanziell schlagkräftiges Bundesland sollte im Südwesten entstehen, an der Grenze zu Frankreich und der Schweiz und mit guten Verbindungen in den südeuropäischen Raum. Das um so mehr, als die bald darauf mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge vollzogene Gründung der EG dieses Land zu einer Zentralstelle in Westeuropa machen sollte.

Zunächst scheiterten die Einigungs-verhandlungen der drei Länderregierungen. FDP und SPD waren für das

neue Land, die CDU nach Landeszugehörigkeit dafür oder dagegen, in Baden, besonders Südbaden, entschieden dagegen. Ihre Argumentation dort war badisch-nationalistisch: badische Heimat, Volkstum und Kultur kämen in einem badisch-württembergischen Land unter die Räder usw. Die KPD bekämpfte die Neugliederung als Teil des Wiederaufbaus eines imperialistischen Staatswesens. Nach einer ersten Abstimmung mit knapper Mehrheit für Ablehnung in Baden half der Bundestag 1951 mit einem Landesneugliederungsgesetz nach. Ein gesamtbadisches Votum war nicht vorgesehen. Die folgende Volksabstimmung ergab zwar

erneut in Baden 52,2% gegen, insgesamt aber eine Mehrheit von 69,7% für ein Land Baden-Württemberg. Zunächst die FDP mit einer Regierung unter Ausschluß der CDU, bald darauf die CDU mit einer Allparteienregierung übernahmen die Regierungsgeschäfte.

Die Wirtschaftsstruktur des neues Bundeslandes, starke Stellung des Maschinenbaus und insgesamt der verarbeitenden Industrie, war für den Konkurrenzkampf in Westeuropa günstig. Eine stark anwachsende Zahl von Lohnabhängigen, millionenfach verstärkt durch Flüchtlinge und ruinierte Bauern und Selbständige, wurde der Ausbeutung auf hohem Niveau unterworfen. Die Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums wurden die höchsten der BRD. Im Export folgt Baden-Württemberg gleich hinter Nordrhein-Westfalen. Schwerpunkt dieser Expansion sind zwar weiter andere imperialistische Länder, aber insbesondere die großen Konzerne des Maschinenbaus, der Fahrzeug- und der Elektroindustrie drängen mit Waren- und Kapitalexpert immer stärker in die Länder der Dritten Welt. Ganz praktisch hat dazu die Landesregierung das ganze Jubiläumsjahr unter das Motto „Solidarität mit der Dritten Welt“ gestellt. In diesen Wochen startet sie dazu Veranstaltungen in allen Kreisen des Landes.

Ganz unverblümt propagieren dort Vertreter der Landesregierung als „Entwicklungshilfe“ staatliche Expansionsförderung. So schwärmte z.B. der Sozialminister Schlee in Freiberg (Kreis Ludwigsburg) von der Ausbildungshilfe, die Baden-Württemberg in der Dritten Welt leiste: Der mit deutscher Hilfe ausgebildete Mediziner kaufe deutsche Instrumente und Medikamente, ein Ingenieur deutsche Maschinen. Alle drei Jahre solle man diese Leute herholen, damit sie auf dem neuesten Stand sind. Um aber bei all dem



Plakate zur Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung Baden-Württemberg im März 1952. Während konservative, liberale und faschistische Kräfte wieder nationale deutsche Größe propagierten, bekämpfte die KPD den Expansionismus: Erzwingt den Friedensvertrag.

nackten Geschäftsinteresse doch auch den Bogen zu den Kirchen schlagen zu können, wird angefügt: „Unser Wohlstand“ verpflichtete moralisch zur Hilfe für die Armen. So fügt sich alles bestens: Die Expansion fördert den Wandel in den Entwicklungsländern und stützt hierzulande die Konjunktur, die Regierung hilft dabei nach und verspricht damit noch gute Gewissen. Wen wundert, daß sich im Kielwasser dieser Kampagne die katholischen Arbeiterverbände breit machen?

Die ganze Kampagne ist rundum eine schroffe Herausforderung an die Gewerkschaftsbewegung. Der DGB hat erstmals in diesem Jahr Späth nicht als Redner zum 1. Mai eingeladen. Eine ausdrückliche Kritik der Expansionspropaganda und -politik muß folgen.

Quellenhinweis: Stuttgarter Zeitung 23.4.; B-W: 30 Jahre im Spiegel der Statistik; Broschüren der Landesregierung „Solidarität mit der 3. Welt“, Modell deutscher Möglichkeiten“

## Giftgas Pfalz DGB legt Verfassungsbeschwerde ein

In der BRD gibt es mindestens vier US-Kampfgas-Depots in Hanau, Mannheim, Maßweiler und Fischbach bei Pirmasens. In Fischbach allein sollen ca. 2000 Tonnen Nervengas lagern.

Die rheinland-pfälzische SPD wollte sich auf dem SPD-Parteitag für den Abtransport oder die Vernichtung des Giftgases einsetzen. Die CDU entzieht sich einer Stellungnahme und erklärt, „... daß ausschließlich die Bundesregierung über die Lagerung von Kampfstoffen unterrichtet sei ...“

Im April 1981 wurde durch die „Monitor“-Sendung bekannt, daß sich in Fischbach in der Pfalz ein Sondermunitionsdepot der US-Truppen befindet. Landrat Dupre erklärte damals: „Da dies militärische Anlagen sind, die selbstverständlich der militärischen Geheimhaltung unterliegen, weiß ich nicht, was bei uns im Kreis von den Amerikanern abgelagert wird.“

Am 29. August 1981 demonstrierten 5000 Menschen in Pirmasens gegen das Nervengaslager und forderten seine Beseitigung. Der DGB-Landesbezirk organisierte eine Unterschriftensammlung, die von über 5000 unterstützt wurde. Auf einer Veranstaltung des DGB am 28.11.81 mit 1500 Teilnehmern verlieh der DGB seiner Forderung nach sofortigem Abtransport Nachdruck.

Hauptredner war Julius Lehlbach, Vorsitzender des DGB in Rheinland-Pfalz. In seinem Beitrag entgegnete er Ministerpräsident Bernhard Vogel: Nicht die Diskussion über das Giftgas,

sondern seine tatsächliche Lagerung stelle eine Gefährdung für den Fremdenverkehr dar. Er griff an, daß sich die Landesregierung mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Bundesregierung aus der Verantwortung ziehe. Der DGB wirft Vogel in einem Brief weiter vor, daß er mit seiner Erklärung über Nichtlagerung von Giftgas „nur Nebel verbreite, um das neue Kampfgasprogramm der USA, das eine Nachrüstung mit binären Kampfgasen schon ab 83/84 möglich mache, abzudecken.“

Auch die IG Druck und Papier Rheinland-Pfalz hat in einem Brief an Ministerpräsident Vogel die Beseitigung des Lagers gefordert: Mit dem Giftgas in Fischbach, dem US-Militär in Kaiserslautern, den Atomraketen und Militärflugplätzen „ist Rheinland-Pfalz zu einem Gefahrenherd für seine Bevölkerung geworden.“ Mit der Antwort, „daß die Bevölkerung nach menschlichem Ermessen nicht gefährdet scheine“ gibt sich die IG Druck und Papier nicht zufrieden. Vogel soll erklären, falls er sich für die Forderungen nicht einsetze, „daß er dazu nicht willens bzw. nicht in der Lage sei“.

Der DGB Rheinland-Pfalz unternimmt jetzt einen weiteren Schritt im Kampf gegen das Giftgaslager. Durch eine Verfassungsbeschwerde soll erreicht werden, daß das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung verpflichtet, bei der US-Regierung gegen die Lagerung von Giftgas zu intervenieren. Hauptargument: Eine derartig schwerwiegende Maßnahme wie die Bereithaltung und der mögliche Einsatz von Giftgas bedürfe zumindest der Zustimmung des Bundestages. Lehlbach: „Wir sind keine Gladiatorentruppe unserer amerikanischen Verbündeten.“ So hält er jetzt auch dem Bundeskanzler „nicht genutzte Souveränitätsrechte“ gegenüber den USA vor.

Letztlich wird die Vernichtung solcher Lagerstätten nur im Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag erzwungen werden können.

## Wehrkundegesellschaft 450 demonstrierten gegen Luns-Besuch

**Bad Salzuflen.** Auf Einladung der „Gesellschaft für Wehrkunde“ (GfW), Sektion Herford, sprach der NATO-Generalsekretär Luns am 24.4. im Kurhaus von Bad Salzuflen. Diese reaktionäre Vereinigung, 1952 gegründet, 1969 von der Bundesregierung als gemeinnützig anerkannt, hat sich zum Ziel gesetzt, Friedenssicherung „in einer Wertordnung von Recht und Freiheit“ durch Propaganda „für die Not-

wendigkeit einer vorbereiteten Landesverteidigung“ und „für das Bekenntnis unseres Staates zur atlantischen Gemeinschaft“ zu betreiben.

Luns zeigte sich auf der Veranstaltung erfreut darüber, daß die SPD am NATO-Doppelbeschluß festgehalten hat. Friede werde von vielen als gegebene Größe betrachtet. „Es ist höchste Zeit, sie aus ihrer Selbstzufriedenheit aufzurütteln. Wir sollten keine Mühe scheuen, im öffentlichen Bewußtsein das unbestreitbare Faktum zu veran-



kern, daß die Segnungen des Friedens einen Preis haben.“

1000 Besucher sollen begeistert gewesen sein. Garniert war diese militärische Demonstration durch drei Militärbands. 450 Personen demonstrierten am Vormittag gegen diese Aktion, darunter viele Türken. Es war die größte Demonstration, die Bad Salzuflen je gesehen hatte. 21 Organisationen, Initiativen und Gruppen aus dem ostwestfälisch-lippischen Raum hatten dazu aufgerufen. Die Hauptforderungen waren: Keine neuen Atomraketen in Europa – Stoppt die NATO-Hochrüstung – Für ein atomwaffenfreies Europa – Keine Massenvernichtungswaffen in Ost und West; und die Mehrheit der Gruppen forderte darüberhinaus den Austritt der BRD aus der NATO.

Die Demonstration selbst war geprägt von Parolen wie „NATO zerschlagen – Yankees verjagen“, „Ob im Iran oder in der Türkei – bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei“ und „Atomraketen Stopp“. Auf der Abschlußkundgebung sprach u.a. ein verummunter Bundeswehrsoldat in Uniform, der die BRD innerhalb der NATO angriff und aufrief, die Luns-Veranstaltung zu besuchen. Die Reaktionen hatten allerdings dafür gesorgt, daß sie unter sich blieben: Neben einem massiven Polizeiaufgebot, 3 DM Eintritt in den Kurpark und 6 DM für die Veranstaltung. Luns wurde dennoch mit dem „Hitler-Gruß“ empfangen.

## Bürgerschaftswahlen Hamburg

# SPD: wenig gegen die Reaktion, einige Zugeständnisse an die Gewerkschaften

Hamburg. Kürzlich veröffentlichte die SPD in Hamburg ein „Arbeitsprogramm der SPD Hamburg für 1982 bis 1986“. Es soll der SPD dazu verhelfen, ihre Positionen im Bürgerschaftswahlkampf gegen die Liberalen und Konservativen zu halten. Ob ihr das gelingen wird, ist zumindest zweifelhaft. In der Erklärung zur Unterstützung der Liste der KPD haben BWK und KPD zur Einschätzung der SPD geschrieben: „Bei dem sozialdemokratischen Konzept der Krisenbewältigung, das auf blindem Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit der Kapitalistenwirtschaft beruht, haben sozialdemokratische bzw. mit sozialdemokratischer Beteiligung gebildete Regierungen und Verwaltungen des Bundes, der Länder und Gemeinden nur eins erreicht, daß heute infolge der enorm angewachsenen Staatsverschuldung ihre Abhängigkeit derart ist, daß über den Bestand dieser Regierungen in Wahrheit eine Handvoll Großbanker entscheidet. Für die Politik sozialdemokratischer Regierungen spielen gegenwärtig die Erlangung von Kreditwürdigkeit bei den Großbanken eine größere Rolle als

Nutzen und dadurch Glaubwürdigkeit bei den arbeitenden Klassen.“

Das SPD-Programm für Hamburg macht davon keine Ausnahme, wenn es auch einige Zugeständnisse an die Gewerkschaftsbewegung enthält. Die reaktionären Absichten der Kapitalistenklasse, welche die CDU als Kritik an der bisherigen Senatspolitik vorträgt, werden überhaupt nicht angegriffen, teilweise werden reaktionäre Positionen der CDU sogar unterstützt.

Die SPD spricht sich gegen die Privatisierung von Teilen des öffentlichen Dienstes aus. Das ist günstig, weil die CDU mit ihrem Programm der Privatisierung Angriffe auf das Lohnniveau im öffentlichen Dienst plant.

Die SPD fordert auf „längere Sicht“ das Verbot der Leiharbeit und fordert für den Augenblick verschärfte Kontrollbefugnisse. Das Verbot wird vom DGB seit langem gefordert.

Die SPD wendet sich gegen eine Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen und gegen die Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen und fordert den Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte

von Betriebsräten gegen Rationalisierungen.

Interessant sind einige Aspekte der Wirtschaftspolitik, die die SPD fordert. Unter der Rubrik „Staatliche Wirtschaftsförderung“ schreibt die SPD in ihrem Programm: „Unternehmer, die finanzielle Hilfe vom Staat in Anspruch nehmen wollen, müssen ... ihr Konzept für die künftige Entwicklung, insbesondere der Arbeits- und Ausbildungsplätze ... darlegen“. Die Vergabe staatlicher Mittel will die SPD mit Auflagen verbinden, deren Einhaltung durch regelmäßige Kontrollen überprüft werden soll. Dies ist als Reaktion auf Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften zu verstehen. Dort hat die Kritik an der Subventionspolitik des Hamburger Senats in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Vor allem verlangen viele Gewerkschafter, daß nicht bedingungslos den Kapitalisten das Geld in den Rachen geworfen wird. Die derart aufgenommene Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaft wird noch mehr Raum gewinnen, wenn gefordert wird, nicht nur den Kapitalisten Auflagen zu machen, wenn sie staatlich gefördert werden, sondern auch dann, wenn sie die Absicht verfolgen, Kapital, das sie hier durch die Ausbeutung der Arbeiter angesammelt haben, ins Ausland zu exportieren. Nur dann wird man auch die Manöver der Kapitalisten durchkreuzen können, die ja drohen, ins

## Eingesetzter Ausländerbeirat kämpft für Politisches Mandat und kommunales Wahlrecht

Hildesheim. Anfang März berief der Verwaltungsausschuß des Stadtrates neun ihm genehme („demokratisch gesinnte“) Ausländer in den vom Rat gegründeten „Ausländerbeirat“. Ihm gehören vier Türken, je ein Italiener, Spanier, Jugoslawe, Grieche, Portugiese und fünf ebenfalls stimmberechtigte Stadträte von CDU (zwei), SPD (zwei) und FDP (einer) an. Zum Vorsitzenden wählte der Verwaltungsausschuß (!) Kasper von der CDU. Sozialdezernent von Hinüber ist der Vertreter der Stadtverwaltung. Außerdem gehören dem Beirat verschiedene Betreuungsorganisationen an: Caritas, Diakonische Werke, Arbeiterwohlfahrt, usw.

Nachdem die völlig überfahrenen Ausländer auf der konstituierenden Sitzung überhaupt erst mitgeteilt bekamen, daß der „Beirat“ vom Stadtrat gegründet worden sei und sie als Vertreter der Ausländer Mitglied seien, legten sie auf der 1. ordentlichen Sitzung Ende März eine Resolution vor. Hauptinhalte: Kein Deutscher

als Vorsitzender, Ausschluß der „Betreuungsorganisationen“, finanzielle Mittel aus dem Stadthaushalt, um überhaupt arbeitsfähig werden zu können (Büro als Anlaufstelle), und schließlich als Voraussetzung freie, geheime und allgemeine Wahlen, in denen sämtliche volljährigen Ausländer Hildesheims ihre Vertreter für den Beirat selbst bestimmen können (derzeit leben in Hildesheim ca. 7200 Ausländer, acht Prozent der Bevölkerung).

CDU-Kasper: „Es kann nicht Aufgabe des Ausländerbeirats sein, den Ausländern die Mitwirkungsrechte einzuräumen, die nach den Bestimmungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung nur die stimmberechtigten deutschen Staatsangehörigen haben.“ Welche Funktion die Herren Stadträte dem „Ausländerbeirat“ zugestehen, blieb auf der Sitzung im Dunkeln, bis auf verschiedene „kulturelle Beteiligungen der Ausländer“. Die Sitzung wurde ergebnislos vertagt.

Die im Stadtrat vertretene GABL unterstützte die Initiative der Auslän-

der im Beirat. Sie sprach sich für kommunales Wahlrecht der Ausländer und für einen gewählten Ausländerbeirat aus. Fast parallel dazu gründete sich in Hildesheim ein Ausländerkomitee, das schon gegen Zwangsarbeit von „Hildesheimer“ Asylanten Flugblätter verteilte. Verbindungen zum Ausländerbeirat bestehen noch nicht.



Im Sommer 1981 starb in Hildesheim eine türkische Arbeiterin nach einer Abtreibung im Städtischen Krankenhaus. Aus diesem Anlaß fand eine Demonstration gegen die Zustände im Gesundheitswesen und gegen Ausländerfeindlichkeit statt.

Ausland zu gehen, wenn sie hier zu viel Auflagen erhalten.

Im Bereich der Sozialpolitik sind die Zugeständnisse der SPD an die Reaktion am deutlichsten. Die CDU fordert hier, den Rechtsanspruch auf Sozialleistungen zu liquidieren und durch Barmherzigkeit zu ersetzen. Sie schreibt in ihrem Programm: „... werden wir die Arbeit der Kirchen, der freien Wohlfahrtspflege und der vielen privaten Initiativen im Sozialbereich vorrangig fördern. Den Gemeinsinn und die Opferbereitschaft der Mitbürger zu unterstützen, ist besser, als den Staat alles ... machen zu lassen“. Statt diese Absichten anzugreifen, schreibt die SPD: „Wo sozialpolitisches Handeln des Staates dazu beiträgt, die Eigeninitiative und Aktivität der Bürger zu hemmen, verfehlt es sein Ziel. Wir werden deshalb die Bereitschaft zur Selbsthilfe und eigenorganisierten Problembewältigung fördern.“ Da fehlt nicht viel, und es besteht eine Allparteienkoalition gegen erkämpfte Ansprüche auf Sozialleistungen.

Der DGB Hamburg hat beschlossen, zu der diesjährigen Bürgerschaftswahl Prüfsteine herauszugeben. Es wäre nützlich, der DGB würde die Prüfsteine auch auf den Sozialbereich durch konkrete Forderungen ausdehnen. Am 1. Mai trugen Kollegen vom Arbeitsamt ein Transparent der ÖTV: „Solidarität gegen die Zumutbarkeitsklausel“. Auch ein Prüfstein.

## Schlageter Demonstration gegen Faschistentreffen

Anläßlich der alljährlichen „Schlageterfeier“ der Faschisten in Schönau hat die Kreistagsfraktion der CDU festgestellt: Ursache für Unruhe und Aufwertung der faschistischen Kräfte sind diejenigen, die gegen Aufwertung und Verbreitung der Faschisten auftreten. So heißt es dann in der Begründung des Kreistages – warum die „Schlageterfeier“ nicht verboten wird – die NPD ist eine Partei, deren Ziele sich mit dem Grundgesetz vereinbaren lassen. Daher steht ihr für ihre Aktivitäten auch aller, in staatlicher Macht stehende Schutz zu, egal, was es kostet.

Anstatt dem Umtrieb der faschistischen Kräfte Schranken zu setzen, werden durch Gesetze und Maßnahmen der Reaktion die Bedingungen für die faschistische Propaganda zunehmend günstiger. Deutlich wird dies z.B. an dem Kurs, den die bürgerlichen Parteien gegenüber den ausländischen Arbeitern eingeschlagen haben.

Unterstützt wird die Propaganda durch die zunehmende Arbeitslosig-



keit. Im Arbeitsamtbezirk Lörrach konnte das Arbeitsamt gerade 2323 Lehrstellen für 8000 Schulabgänger anbieten, 46,2% der Neuzugänge der Arbeitslosen sind im Kreis Lörrach Jugendliche.

„Ausländer raus, deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter. Nicht die Menschen in die Fabriken, sondern die Fabriken zu den Menschen. Schaffung von deutschen Arbeitsplätzen in den Heimatländern der Ausländer“. Propaganda für Kapitalexpert mit dem Ziel, sich diese Länder zu unterwerfen.

Alljährlich am Pfingstsonntag veranstalten die Faschisten am Grab A.L. Schlageters in Schönau eine Gedenkfeier. Schlageter war nach dem 1. Weltkrieg Söldner bei den Freicorps und als solcher u.a. am Kapp-Putsch beteiligt. Seine Laufbahn wurde von einem franz. Exekutionskommando im besetzten Rheinland beendet. Er hatte dort im Auftrag der deutschen Reichsregierung Sprengstoffanschläge und Attentate durchgeführt, um die Bewegung, die sich sowohl gegen franz. Besatzung als auch gegen die Parole „heim ins Reich“ entwickelt hatte, zu stören. Nach 1933 wurde Schlageter als „1. Soldat des 3. Reiches“ gefeiert. Sein Grab in Schönau trägt heute die Inschrift: „Deutschland soll leben, auch wenn wir sterben müssen“.

Seit Jahren veranstalten an diesem Grab die Faschisten Gedenkfeiern, verleihen Orden und Urkunden an Personen, „die sich um die nationale Sache verdient gemacht haben“, und verkünden ihre Propaganda von einem „Deutschland, das größer ist als die BRD.“

1978 hatte sich auf Aufruf von Gewerkschaftern das „Antifaschistische Aktionskomitee“ gegründet. Damals wurde erfolgreich ein „Fackelzug zur Feier der Reichsgründung“ in Grenzach verhindert. Die Verhinderung der „Schlageterfeiern“ ist seither das Ziel. Aufgrund der seither stattfindenden Gegendemonstrationen können die Faschisten ihren Umzug durch Schönau nicht mehr durchführen. Mit über

1000 Polizisten, Nato-Stacheldraht, Straßensperren und Hubschraubern läßt der Staatsapparat seither den Schönauer Friedhof sichern, damit die Nazis wenigstens die Feier selbst noch durchführen können.

Den Antrag auf Verbot der „Schlageter-Feiern“ beantwortete das Landratsamt Lörrach u.a. folgendermaßen: „... könnte jedenfalls gegenüber den Veranstaltern der Schlageter-Feier keine Verbotsverfügung ergehen. Die Maßnahmen ... dürfen nämlich nur gegen Störer gerichtet werden ... Dabei muß die Polizei notfalls Bereitschaftskräfte aus anderen Bundesländern, sogar den Bundesgrenzschutz ... heranziehen ... Der dafür erforderliche Aufwand und die entstehenden Unkosten müssen unberücksichtigt bleiben.“

Diesmal ist es dem Komitee gelungen, den DGB für eine gemeinsame Kundgebung am Pfingstsonntag in Schönau um 11 Uhr zu gewinnen.

In Freiburg hat die Jahreshauptversammlung der IG DruPa den DGB aufgefordert, auf diese Kundgebung zu mobilisieren. Desgleichen der Ausbildungspersonalrat der gewerblichen Schulen in Freiburg.

## Bauernverband Importstopp hilft den Bauern nicht

Kiel. Mitte März waren in der DDR und auf der dänischen Insel Fünen die ersten Fälle von Maul- und Klauenseuche (MKS) bekannt geworden. Die Seuche wird von einem Virus hervorgerufen und tritt bei allen Huftieren auf, also Rindern, Schafen, Schweinen. Zunächst bilden sich an Maul und Klauen Entzündungen und Blasen, später chronische Herzscheiden, eitrige Klauenentzündungen und unheilbare Eutererkrankungen. Deswegen werden erkrankte Tiere bei Auftreten der Seuche sofort gekeult. Übertragen wird die

Seuche über Milch, Speichel, Kot und Harn; aber auch über Menschen und Tiere, Milchfahrzeuge, Futtermittelsäcke oder Viehtransport-LKWs.

In der BRD werden, wie in vielen anderen Ländern, alle über vier Monate alten Rinder gegen MKS geimpft. Dabei werden die Tiere mit abgeschwächten Viren infiziert, so daß sie Abwehrstoffe bilden. Sie gelten dann aber nicht mehr als „MKS-frei“, worauf viele Abnehmerländer wie Japan und die USA Wert legen. Dänemark führt deshalb diese Impfungen nicht durch. Da Dänemark bei Fleisch einen Selbstversorgungsgrad von fast 300% hat, ist es auf Exporte angewiesen.

Da außer Irland alle anderen Länder der EG nicht als MKS-frei anerkannt sind, haben diese beiden Länder für die EG die Bedeutung einer „Exportschleuse“, wie es der dänische Landwirtschaftsminister nannte. Deshalb haben die anderen Imperialisten in der EG auch kein Interesse, daß die Dänen die MKS-Impfung einführen, dann würde das Fleisch den EG-Markt überschwemmen. Für die Zeit der Seuche haben nun die Hauptabnehmerländer ihre Grenzen für dänisches Fleisch dichtgemacht, worauf das dänische Fleisch in die EG, insbesondere die BRD, floß und die Preise zumindest für Schweinefleisch rapide sanken.

Der Bauernverband fordert Importstopp für Fleisch aus Dänemark und der DDR. 150 Bauern aus Schleswig-Holstein haben an der deutsch-dänischen Grenze demonstriert. Dabei ist es höchst zweifelhaft, ob diese Forderung gegen die Ausbreitung der Seuche überhaupt nützt. Der dänische Landwirtschaftsminister hat dem Bauernverband auf diese Forderung hin geantwortet: „Wenn es so weit kommt, daß wir unser Fleisch nicht an EG-Länder verkaufen können, müssen wir MKS-Schutzimpfungen in Erwägung ziehen,“ – mit all den beschriebenen Folgen und begleitender chauvinistischer Propaganda des Bauernverbandes.

## Atommülldeponie Zwang gegen die Stadt Mitterteich

**München.** Durch mehrere Demonstrationen bestärkt, zeigt sich der Stadtrat von Mitterteich nicht gewillt, der Errichtung einer zentralen Sammelstelle für radioaktive Abfälle zuzustimmen. Die bayerische Staatsregierung verschärft jetzt die Zwangsmaßnahmen gegen die Stadt Mitterteich. Nachdem der Stadtrat den Bauantrag einmütig ablehnte und im städtischen Flächennutzungsplan das vorgesehene Gebiet als „landwirtschaftliche Fläche“ aus-

gewiesen hatte, setzte die Bezirksregierung der Oberpfalz diesen Plan umgehend außer Kraft. Die Staatsregierung ihrerseits hat den Standort Mitterteich mittels Verordnung in das Landesentwicklungsprogramm aufgenommen und damit für rechtswirksam erklärt. Grundlage hierfür ist das Bayerische Landesplanungsgesetz, in dem es u.a. heißt: „Bis zur Verbindlichkeitserklärung von Regionalplänen können einzelne Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die Inhalt eines Regionalplans sein können, verbindlich festgesetzt werden, soweit wichtige Gründe dies erfordern.“ (Art. 26, Abs. 1) Und weiter: „Die Aufstellung einzelner Ziele der Raumordnung und Landesplanung obliegt der obersten Landesplanungsbehörde im Einvernehmen



mit den übrigen Staatsministerien.“ (Art. 26, Abs. 3)

Innenminister Tandler versuchte es mit Zuckerbrot: Er stellte den Verzicht auf „Gemeinnützigkeit“ der Landesammelstelle in Aussicht und damit Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt bei Betrieb der Anlage. Nachdem Tandler den Stadtrat nicht umstimmen konnte, hat er jetzt per ministerieller Anordnung den ablehnenden Beschluß des Stadtrats aufheben lassen, mit der Auflage, binnen vier Wochen einen neuen – anderen – Beschluß herzustellen. Gleichzeitig zwang er den Landrat von Tirschenreuth, der die Anlage ebenfalls ablehnt, die Baugenehmigung im Vorgriff zu erteilen. Gegen Mitglieder der „Bürgerinitiative gegen Atommüll im Grenzland“, die dem öffentlichen Dienst angehören, soll jetzt das Beamtenrecht voll zur Wirkung kommen: „Niemand kann Staatsdiener und Staatsgegner in Personalunion sein. Die betreffenden Herren sind, bei Licht besehen, Radikale im öffentlichen Dienst.“ (CSU-Fraktionsvorsitzender Lang im Landtag, Süddeutsche Zeitung, 15.4.)

## NGG Niedersachsen Seit sechs Monaten kein neuer Lohntarifvertrag

Gegenwärtig beträgt die Arbeitszeit nach dem Manteltarifvertrag des Hotel- und Gaststättengewerbes 40 Stunden, die aber auf 48 Stunden wöchentlich ausgedehnt werden kann. Schichtdienst und Arbeit an Sonn- und Feiertagen müssen inkaufgenommen werden. Keine Regelung gibt es für das Weihnachtsgeld, den Arbeitgeberzuschuß zur Vermögensbildung, die Schichtfreizeiten, die Bezahlung für Nacharbeit und die Freizeit für ältere Arbeiter und Angestellte. Dabei erhält ein Koch mit Familie bei einer 40-Stunden-Woche z.Z. 1680 DM brutto im Monat. Ein Zimmermädchen, das täglich 25 Zimmer putzt, hat einen Monatsverdienst von ganzen 1305 DM brutto im Monat. Das durchschnittliche Monatseinkommen in diesem Gewerbebezirk rangiert an vorletzter Stelle der Einkommenstabelle.

Zum 30.9.1981 wurde der Lohn- und Gehaltstarifvertrag von der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) fristgerecht gekündigt. Bei den ersten Verhandlungen am 7.9.1981 verlangte der Hotel- und Gaststättenverband erst einmal eine Lohnpause von zwei Monaten. Von der NGG konnte aber erreicht werden, daß allen Beschäftigten für die Monate Oktober und November eine Einmalzahlung von 150 DM und für Auszubildende 40 DM gezahlt werden sollte. Entgegen der Vereinbarung zogen die Unternehmer diesen Betrag von übertariflichen Zahlungen ab. Die NGG führt seitdem vor dem Arbeitsgericht einen Prozeß, der noch in der zweiten Instanz entschieden werden muß. Der alte Tarifvertrag blieb weiterhin in Kraft. Bei einem weiteren Verhandlungstermin im Januar 82 boten die Unternehmer dann nur 1% mehr Lohn.

Dieses „Angebot“ wurde von der NGG zurückgewiesen und die Verhandlungen bis zur Vorlage eines verhandlungswürdigen Angebots ausgesetzt. Für die 6567 Beschäftigten in Niedersachsen hat die NGG eine Forderung nach 7% mehr Lohn aufgestellt. Um die Unternehmer wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, wurden während der Hannover-Messe verschiedene Aktionen durchgeführt. An die Beschäftigten wurden Flugblätter verteilt; den Gästen überreichte man in und vor den Betrieben Informationsschriften und Rosen, um sie auf den schreienden Widerspruch zwischen der Behandlung und Bezahlung des Personals und den gepfefferten Rechnungen für Kost und Logis aufmerksam zu machen.

## „Ein Gegeneinander von IDEE-Gegnern in Hannover gibt es nicht“

Diese Kennzeichnung der Lage durch die DFG/VK, als einer der Unterzeichner des Bündnisses gegen die IDEE, drei Wochen vor der IDEE (International Defence Electronics Exposition), die am 18. bis 20. Mai 82 in Hannover stattfinden soll (s. auch Pol. Berichte Nr. 5/82) ist angesichts vor allem der Aktivitäten der Befürworter der Messe eine erfreuliche Entwicklung gegenüber Wiesbaden 1980, wo kurz vor der Durchführung der Messe, vor allem durch eine breite Pressekampagne, eine Spaltung der Bewegung gelungen war. Wie wirken die verschiedenen Kräfte am Ort?

**Die CDU:** Sie tritt offen für die Ausstellung ein und bekundete dies z.B. durch die Wirtschaftsministerin, Frau Breuel, auf einer Podiumsdiskussion am 30.3. vor 600 IDEE-Gegnern mit der Begründung, daß auf der IDEE

fen, die an den Oberbürgermeister (SPD) der Stadt gegangen und von diesem an die Polizei weitergegeben wurden, zu rechtfertigen: „Wenn offene Briefe an die Stadt gehen, ist es moralische Pflicht des Oberbürgermeisters, die Informationen an die Polizei und den Staatsschutz weiterzuleiten.“ Wie der RCDS diese Politik der CDU unterstützt, ist aus den abgedruckten Briefen zu entnehmen.

**Die Polizei:** Polizeipräsident Walzer vor Journalisten: „Ich würde ruhiger schlafen, wenn die Veranstaltung ausfällt.“ Er wies auf die breite Front jener hin, die sich gegen eine solche Ausstellung ausgesprochen haben, und sprach von einer Bewährungsprobe für die hannoversche Polizei. Die Messe AG bestätigte frühzeitig, nämlich Anfang April, daß man zum Schutz der Ausstellung gegen mögliche Übergriffe

wünschenswert zu erklären. Der Antrag wird von der CDU/FDP-Mehrheit abgelehnt. Der GABL-Ratsherr bezeichnet das Verhalten der SPD auf dieser Sitzung als „Zickzackkurs“, dies gibt ziemlich treffend das Dilemma der SPD wieder. Auf der einen Seite gibt es viele Ortsvereine, die Jusos, die SPD-Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die auf verschiedene Art und Weise sich gegen die Messe aussprechen, so die SPD-Frauen, indem sie zum Zimmer-Boykott für Besucher aufrufen. Mit Datum vom 21.4., also nach Ablehnung des SPD-Antrags im Rat, haben Vorstand und Beirat des SPD-Unterbezirks Hannover Stadt noch einmal ihre entschiedene Ablehnung bekräftigt, gleichzeitig aber den Mitgliedern empfohlen, sich nicht an der Großdemonstration am 15.5. zu beteiligen. Grund für die Ablehnung einer Teilnahme an der Demonstration ist, daß das Bündnis sich auch gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß wendet. Diese Tatsache und die Tatsache, daß der SPD-Unterbezirkvorsitzende Schmalstieg gleichzeitig Oberbürgermeister und Mitglied des Aufsichtsrates der Messe AG ist, die die IDEE auf ihrem Gelände durchführt, machen die Rolle der SPD in diesen Auseinandersetzungen problematisch.

**Die Gewerkschaften:** Zum einen sind viele Mitglieder in dem Bündnis gegen die IDEE vertreten. Offiziell hat der Kreisjugendausschuß des DGB sowie der Ortsverein der IG Druck Anträge gegen die IDEE eingebracht und die Beteiligung an Aktionen gefordert. Der DGB-Vorsitzende Theilmann hat versichert, da man die Ausstellung dieses Jahr wohl nicht verhindern könne, daß der DGB alles tun werde, daß eine solche Schau nicht noch einmal in Hannover stattfindet.

**Das Bündnis:** Als einen durchaus ernstzunehmenden Erfolg bezeichnete es die Pressegruppe des bundesweiten IDEE-Treffens am 3./4.4., daß ein *gemeinsamer Aufruf* zustande gekommen war. Mehrstündige Diskussionen mit ca. 300 Teilnehmern aus 47 vorwiegend norddeutschen Städten gingen dem von der Mehrheit unterstützten Beschluß, eine Großdemonstration am 15.5. zum Messegelände durchzuführen, voraus. Da sich auf den beschlossenen Aufruf ein Teil der Anwesenden nicht stellen wollte, wurde dieser Aufruf ein paar Tage später erneut behandelt und als hannoverscher Aufruf, unter Auslassung von Passagen, die sich



modernste Elektronik vorgestellt werde, mit der auch Rüstungskontrolle und Abrüstung vorangetrieben werden könnten. Pfiffe und Mißfallensäußerungen waren die Antwort. CDU-Ratsherr Beckmann erklärte auf einer Ratsdebatte zur IDEE, die Rüstungsübergewichte der Sowjetunion könnten nicht länger hingenommen werden, wer Frieden wolle, muß verteidigen können, wenn die Bundeswehr dafür das beste Material erhalten solle, dann sei dafür auch eine leistungsfähige Rüstungsindustrie erforderlich. Rats Herr Dr. König (während der Kommunalwahlen 1981 Oberbürgermeisterkandidat der CDU) hatte keine Probleme, die Weitergabe von Protestbriefen,

„in Diskussion“ mit dem Innenministerium stehe, denn „in einer Demokratie müssen solche Veranstaltungen selbstverständlich geschützt werden“. Diesem Schutzauftrag folgt die Polizei bereits seit einiger Zeit, so bei einer Protestdemonstration gegen die Abgabe der Briefe an die Polizei durch Festnahmen und Personalfeststellungen, so bei einer Hausdurchsuchung bei der GABL-Ratsfraktion wegen eines angeblichen Aufrufs zur Gewalt, so bei erkennungsdienstlicher Behandlung und Festnahmen wegen Sprühaktionen.

**Die SPD:** Im Februar stellt die SPD im Rat den Antrag, die auf dem Messegelände geplante Ausstellung für nicht

mit der Rolle der Polizei und der Demonstranten befaßte, unter den Forderungen „Keine Waffenmesse in Hannover und auch nicht anderswo“, „Kein militärischer Teil auf der Luftfahrtschau“, „Keine Rüstungsexporte“, „Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen und Neutronenbomben“ verabschiedet. 78 Organisationen unterstützen bis heute den Aufruf.

Die Friedenswoche, ein Aktionsbündnis, das schon seit längerem besteht, ruft für den 14.5. zu einer Kund-

## Verhindert die I.D.E.E.

Keine Rüstungsexporte!



## GROSSDEMONSTRATION

zum Messegelände

15.5.1982 - 11.00 Uhr - Maschseesüdufer

Auf der Messe werden große Demonstrationen stattfinden, wie es auch bei anderen internationalen Ausstellungen der Fall ist. Diese Demonstrationen werden von der Messeleitung als Teil der Ausstellung betrachtet. Die Demonstranten sind aufgefordert, sich an die geltenden Regeln zu halten und nicht zu provozieren. Die Demonstranten sind aufgefordert, sich an die geltenden Regeln zu halten und nicht zu provozieren.

gebung auf. In dem Aufruf wird ausdrücklich betont, daß diese Kundgebung keinesfalls als Gegendemonstration zum 15.5. gedacht ist.

Wie empfindlich Aussteller und Messeleitung auf die bisherigen Proteste wie Demonstrationen, Sprühaktionen, Veranstaltungen, Straßentheater usw. reagieren, zeigt zum einen, daß die Presse offiziell keinen Zutritt zur Messe hat und lediglich einen Abend vorher ohne Fotoapparate oder Kameras die Ausstellung besichtigen kann. Zum anderen haben 40 Aussteller mit der Begründung, daß Proteste zu befürchten sind, ihre Teilnahme abgesagt und der Veranstalter nach Überlegungen angestellt, ob noch Möglichkeit besteht, die Veranstaltung in die Türkei zu verlegen.

Die geplanten Aktionen:

15. - 20.5. Antimilitaristisches Zeltlager

14. - 16.5. Rockfestival

17.5. Eröffnung der ILA (Internationale Luftfahrtschau) durch Bundeskanzler Schmidt in der Stadthalle

18.5. Eröffnung der IDEE, Zentraler Aktionstag am Messegelände mit massiven Behinderungen

20.5. Aktionstag gegen den militärischen Teil der ILA, Flughafengelände.

Diese Aktionen werden dazu beitragen, Hannover als Standort für die Messe 1983 unmöglich zu machen.

## Vollständiges Verbot von Waffenexport!

Bezogen auf die Welt-Rüstungsexporte der letzten zehn Jahre insgesamt liegen die westdeutschen Rüstungsexporte an sechster oder siebter Stelle. Gegenwärtig nimmt die BRD, wenn auch mit großem Abstand hinter den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich, Platz fünf der Weltrangliste ein. Dabei hat die BRD mit ca. 17 Prozent die höchste Wachstumsrate aller waffenexportierenden Länder.

Nach dem am 20.4.1961 vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates beschlossenen Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen – aufgrund des Ergebnisses von Verhandlungen über die Rüstungskontrolle der westeuropäischen Staaten vom 23.10.1954 – dürfen Waffen (offiziell) nur in NATO-Länder und in Länder außerhalb von Spannungsgebieten geliefert werden. Die Bundesregierung plant eine Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes. Danach sollen Waffenlieferungen überall dorthin möglich werden, wo „vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der BRD unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen dies erfordern“. Damit wäre der seit Jahren erhobenen Forderung der westdeutschen Rüstungsindustrie nach einer Lockerung der Gesetze für den Waffenexport nachgekommen.

Wie die Lieferung in sogenannte Spannungsgebiete auch in der Vergangenheit bereits gewährleistet wurde, zeigen die folgenden Beispiele von Kooperationsfirmen, mit denen die westdeutschen Rüstungskonzerne die Exportbeschränkungen umgehen konnten:

**Heckler & Koch:** Läßt in Lizenz das Sturmgewehr G 3 und die Maschinenpistole MP 5 in Argentinien, Boli-

vien, Chile, El Salvador nachbauen. Dort heißt das Gewehr dann SG 1. Geliefert hat Heckler & Koch auch an Kolumbien, Haiti, Angola, Uganda, Sambia und Iran (während des Schah-Regimes).

**Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH:** Gründet mit der französischen Firma Aerospatiale die Firma „Euromissile“, die die Raketen Hot und Milan im Ausland produziert und in alle Welt, z. B. nach Syrien, verkauft.

**Rheinmetall GmbH, Düsseldorf:** Läßt in Spanien die Kanonen Rh 202 produzieren, die nach Saudi-Arabien und Südafrika geliefert wurden. Gründet 1978 die Scheinfirma Rheinmetall International SA mit Sitz in Brüssel, über die die ausländischen Geschäfte laufen, die nicht offiziell von der Bundesregierung genehmigt sind.

Neben diesen Umgehungen der Rüstungskontrolle hat die westdeutsche Regierung in den letzten Jahren aus dem Bundeshaushalt z.B. im Rahmen der Türkei-Hilfe 1980/81 63 Flugabwehrpanzer und 480 Milan-Abwehraketen geliefert. Im Haushalt 1982 sind im Einzelplan 05 Auswärtiges Amt 180 Mio. DM u.a. an militärischer Hilfe für die Junta beschlossen. Geliefert werden sollen u.a. 77 Leopard-Panzer und neun Bergepanzer. Dieser Haushaltsansatz wurde von allen Fraktionen anstandslos bewilligt (nur Coppik, Hansen und Thüsing enthielten sich).

Mitte der 70er Jahre wurde mit Brasilien in einem „Jahrhundertgeschäft“ ein Atomvertrag geschlossen, mit dem den BRD-Imperialisten u.a. der Zugriff auf brasilianisches Uran gelang.

## Kriegswaffenempfangende Länder (Auszüge)

| Land         | Zeitraum  | Waffen/Waffensysteme                                                                                                                                        |
|--------------|-----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Griechenland | 1962 – 69 | 86 F-84 Düsenjäger, Torpedoboote, 4 U-Boote, 400 Panzerabwehrraketen, 30 Kampfpanzer, 40 Noratlas (Transportflugzeuge)                                      |
| Türkei       | 1964 – 70 | 82 Jagdbomber, 18 Düsenjäger, 13 Schulflugzeuge, 23 Verbindungsflugzeuge, 20 Transall, 11 Schnellboote, 4 U-Boote, 79 Kampfpanzer M 48, 69 Kampfpanzer M 47 |
| Portugal     | 1961 – 68 | 161 Transportflugzeuge, 84 Hubschrauber, 7 Bomber                                                                                                           |
| Israel       | bis 1965  | 50 Flugzeuge, 36 Haubitzen, 190 Kampfpanzer M 48, 296 Flakgeschütze, 6 Schnellboote                                                                         |
| Marokko      | bis 1972  | 24 Düsenflugzeuge, 2 Küstenschutzboote, 120 LKW's                                                                                                           |
| Äthiopien    | 1965 – 71 | Ausbildung der Polizei (Geheimschutzabkommen)                                                                                                               |
| Sudan        | bis 1972  | 6 Bataillone Grenztruppene Ausbildung, Bau einer Waffenfabrik                                                                                               |
| Nigeria      |           | Noratlas-Transporter, F-86 Düsenjäger, Ausbildung von 1100 Luftwaffenangehörigen                                                                            |

### Verhindert die IDEE

„Vom 18. bis 20. Mai soll in Hannover auf dem Messegelände die Militärelektronikmesse IDEE stattfinden. Gezeigt wird alles, was Militär- und Polizeichefs interessiert: Von der Wanze zur Bspitzelung bis zur Raketensteuerung von Massenvernichtungsmitteln. Parallel dazu finden ILA (Luftfahrtschau, 18. bis 23. Mai, Flughafen Langenhagen) mit dem Schwerpunkt ‚Verteidigung‘ (über 58% Rüstungsanteil) und das ‚Bückeburger Hubschrauberforum‘ (eine internationale Fachtagung von Luftwaffenspezialisten) statt. Damit soll Hannover zu einem der größten Schauplätze des Geschäfts mit dem Massenmord und der Unterdrückung gemacht werden. Dies ist – nach dem NATO-Doppelbeschluß – ein weiterer Schritt, die BRD noch weiter in die Kriegspläne der NATO einzubinden.“

Die auf der IDEE gezeigte Elektronik dient zur Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt, zur Perfektionierung der Vernichtung der Bevölkerung. Die multinationalen Konzerne wollen ihren Gewinn absichern – und damit auch das Elend der dortigen Bevölkerung. Stabile Militär- und Folterregime ermöglichen den billigen Bezug von Rohstoffen und die rücksichtslose Ausbeutung von Arbeitskräften. Während Unmengen von Arbeit, Energie und Rohstoffen für die Rüstung verschleudert werden, verhungern in der 3. Welt weiterhin Millionen von Menschen.

Aber auch wir sind vom Ausbau der Militärtechnik betroffen: Die noch verbliebenen demokratischen Rechte werden durch Überwachungssysteme und Aufrüstung von Geheimdiensten, Militär und Polizei weiter eingeschränkt. Während Sozialleistungen immer mehr abgebaut werden, steigen die Rüstungsausgaben ständig. Durch eine derartige ‚Verteidigungsshow‘ soll die offene Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben werden, die Bevölkerung kriegsbereit gemacht werden.

Wir werden nicht zulassen, daß sich die für die Geschäfte mit Krieg und Unterdrückung Verantwortlichen hier treffen.

Keine Waffenmesse in Hannover und auch nicht anderswo! Kein militärischer Teil auf der Luftfahrtschau! Keine Rüstungsexporte! Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen und Neutronenbomben!“

Unterzeichner: Alternative Wählergemeinschaft Hameln, Arbeitsgruppe „Schüler für den Frieden“ im SSR Hannover, Autonome Bewegung Hannover, ASiA Uni Hannover, ASiA PH, ASiA Tierärztliche Hochschule, ASiA Uni und Fachhochschule Osnabrück, BWK Bezirk Hannover, CISNU Hannover, Devrici Isci, Die Grünen, ESG Hannover, Frauen gegen Krieg und Militär, GABL, GIM, Initiative Demokratische Sozialisten Hannover, Initiative gegen IDEE an der IGS Linden, Iniziativa Lavovatori Italiani e.V., Internationalismus-Buchladen Hannover, Friedenswoche Sarstedt, Katholische Basisgruppe Hannover, KPD, Kommunikationszentrum Sumpfbäume e.V. Hameln, Lindener Unabhängige Initiative, „Ohne Rüstung leben“, SAG, Schüler gegen Militarismus, Sexwebun, SJD-Die Falken, Solidarität mit Solidarność Hannover, SV der BBS V, UJZ Glocksee, Uniliste „Es geht voran“ Hannover, Verband christlicher Pfadfinder/innen Bez. Hannover, Volksfront.

### Gewerkschaften

**DGB Hannover:** Für den 30.04. ruft der DGB Hannover zu einem Aktionstag auf, der unter dem Motto steht: „Gegen die Verletzung der Menschenrechte in Polen, gegen Krieg und Gewalt in aller Welt, für Frieden, Völkerverständigung und internationale Solidarität“. An den Informationsständen soll ein Flugblatt verteilt werden, in dem es u.a. heißt: „Während sie diese Zeilen lesen, werden in aller Welt Menschen wegen ihres Glau-

bens, ihrer Rasse, ihrer Hautfarbe, ihrer politischen Überzeugung verfolgt, unterdrückt, gefoltert, getötet. Es werden Kriege geführt, vorbereitet, dafür gerüstet und für immer schrecklichere Rüstungssysteme – wie demnächst mit der IDEE in Hannover – geworben ...“

**Mitgliederversammlung der IG DruPa, Ortsverein Hannover:** „Die Mitgliederversammlung fordert den Rat der Stadt Hannover auf, 1. dafür zu sorgen,

daß die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der Messe-AG den Vorstand zum Rücktritt vom Vertrag mit dem IDEE-Veranstalter veranlassen, 2. andernfalls die städtischen Kapitalvertreter zu beauftragen, die Einberufung einer Hauptversammlung zu verlangen und auf dieser dem Vorstand das Vertrauen wegen seiner Entscheidung für die IDEE zu entziehen ...“

### SPD-Ratsfraktion Hannover

„Der Rat möge beschließen: Der Rat der Landeshauptstadt Hannover hält die Durchführung der militärelektronischen Ausstellung IDEE (International Defense Electronics Exposition) nicht für wünschenswert. In einer Zeit, in der eine intensive Diskussion über die Sicherung des Friedens und über Rüstungsbeschränkungen stattfindet, hat der Rat kein Verständnis dafür, daß eine solche Messeveranstaltung in Hannover neu begründet wird. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover appelliert an den Vorstand der Messe-AG, mit dem Ausstellungsveranstalter in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, von der Durchführung der Ausstellung Abstand zu nehmen.“ Dieser Antrag wurde von der SPD zurückgezogen, ein neuer Antrag wurde im Rat eingebracht, in dem es u.a. heißt: „... setzt sich der Rat der Landeshauptstadt Hannover nachdrücklich dafür ein, daß von den Verantwortlichen (IDEE-Veranstaltern, d. Red.) eine ordnungsgemäße Durchführung gewährleistet wird.“ Der Antrag wurde abgelehnt.

### Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.

„... Das Kriegswaffenkontrollgesetz ... enthält Bestimmungen, die Kriegswaffenherstellung, -erwerb, -überlassung, sowie -einfuhr, -ausfuhr mit Genehmigungspflicht belegen. Darüberhinaus führt §7, Abs. 2 Außenwirtschaftsgesetz aus: ... können beschränkt werden 1. ... die Ausfuhr und Durchfuhr von b) Gegenständen, die bei der Entwicklung, Erzeugung oder dem Einsatz von Waffen, Munition oder Kriegsgerät nützlich sind ... 2. die Ausfuhr von Gegenständen, die zur Durchführung militärischer Aktionen bestimmt sind ... Es gibt somit ausreichende Möglichkeiten, ein Verbot zu erwirken ... Wir fordern den Rat der Stadt da-

her auf, ... durch die Messe- und Ausstellungs-AG keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.“

### Amnesty International

„... Der „Republik“ Südafrika wurden von Daimler Benz Unimogs geliefert ... in El Salvador ... sind 20 Radpanzerfahrzeuge UR 416 der Firma „Rheinstahl“ im Einsatz, die Bordelektronik für die französischen „Aluette“-Hubschrauber der südafrikanischen Streitkräfte wird von einer deutschen Firma produziert ... Amnesty International bittet Sie daher, uns in unseren Bemühungen, die IDEE zu verhindern, zu unterstützen ...“

### Die Grünen

„... Eine derart unfriedliche Ausstellung wie die IDEE darf nicht in der Bundesrepublik und schon gar nicht in Hannover stattfinden, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie geeignet ist, den inneren Frieden unserer Stadt zu stören.“

### Senat der Universität Hannover

„... Nach zwei Weltkriegen, deren verheerenden Folgen uns allen gegenwärtig sein dürften, und einer großen Zahl nationaler Kriege in der Dritten Welt, die die ohnehin harten Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen weiter verschlechtert haben, darf einer weiteren weltweiten Aufrüstung nicht stillschweigend zugesehen werden ... Der Senat der Universität Hannover ist der Ansicht, daß auch die Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen nicht die verheerenden Auswirkungen einer Ausstellung über Militärelektronik aufwiegen kann.“

### RCDS

„... Es handelt sich um eine Gewaltaktion und um einen Mißbrauch des Demonstrationsrechts, wenn eine ‚Demonstration‘ zum Messegelände geplant ist, um den Aufbau der IDEE zu verhindern“ ... Der RCDS verurteilt die angekündigten Aktionen ... als ein durchsichtiges Manöver, mit dem die Drahtzieher des Anti-IDEE-Bündnisses einen Polizeieinsatz provozieren wollen. Der RCDS spricht dem ASiA der Universität Hannover das Recht ab, sich an den Gewaltaktionen gegen die IDEE zu beteiligen, da die Mehrheit der Studenten ... keine gewaltsamen Provokationen gutheißt.“

## England: Krankenhausbeschäftigte für Streik

Die Mehrheit der 300000 Mitglieder der britischen Gewerkschaft NUPE im Gesundheitswesen stimmte in einer Urabstimmung letzte Woche für einen Streik gegen das 4%-Angebot der Regierung Thatcher. NUPE verhandelt gemeinsam mit elf weiteren Gewerkschaften, die jetzt über einen Streik entscheiden. Sie fordern Lohn erhöhungen von 12%, was in etwa der Inflationsrate entspricht. Die Regierung bot 4%, für die Krankenschwestern 6,4%. Aber in der letzten Woche mußte sie das erstmal nachgeben. Den 7000 Klempnern und Elektrikern in Krankenhäusern zahlt sie 8,5%, einschließlich einer Arbeitszeitsenkung von 40 auf 39 Stunden. Daß Krankenhausarbeiter und Krankenschwestern gemeinsam verhandeln, ist ein bedeutender Fortschritt, bisher verhandelten sie getrennt. — Die Lokführer drohen mit erneutem Streik, weil die Bahn immer noch an ihrem Plan, den 8-Stunden-Tag abzuschaffen, festhält. Die Gewerkschaft TGWU will einen Hafenarbeiterstreik ausrufen, wenn ein 1967 durchgesetztes Anstellungssystem (Zahlung auch,

## 10. Kongreß des FDGB

3000 Delegierte der 9,1 Millionen Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der DDR berieten auf dem 10. Kongreß des FDGB vom 21. bis 23. April in Berlin (DDR) die Ergebnisse der Arbeit in den letzten fünf Jahren. Der wiedergewählte Vorsitzende Harry Tisch (Bild) bezeichnete als Aufgabe des FDGB, „Schule des Sozialismus, Motor des sozialistischen Wettbewerbs und Vertreter der Werktätigen“ zu sein. In der Vorbereitung des Kongresses waren in über 400000 Wahlversammlungen die Aufgaben diskutiert



und neue Leitungen gewählt worden. Die Delegierten beschlossen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern und für Erfüllung der Planziele zu arbeiten. Daß zwischen den Zielen und der Durchfüh-

rung der Planwirtschaft in der DDR und den Interessen der Arbeiterklasse Gegensätze herrschen, wurde deutlich, als Tisch betonte, die Gewerkschaft müsse Kritik aus den Reihen der Arbeiterschaft mehr Aufmerksamkeit schenken. Die westdeutsche bürgerliche Presse fand zu ihrer offensichtlichen Enttäuschung aber keinen geeigneten Ansatzpunkt, an dem sie mit ihrer Propaganda für die Einverleibung der DDR in den Machtbereich der westdeutschen Imperialisten einhaken konnte. So giftete die FAZ gegen eine Delegierte, die forderte: „Frieden schaffen gegen NATO-Waffen.“

wenn keine Schiffe im Hafen) nicht überall eingeführt wird. Die Regierung ließ verlauten, sie wolle während der „Falkland-Krise“ innere Auseinandersetzungen vermeiden.

## Seerechtskonvention beschlossen

Mit 130 Stimmen gegen 4 Stimmen und 17 Enthaltungen ist der Text für ein neues internationales Seerecht beschlossen worden. Die Konvention tritt

in Kraft, wenn 61 Staaten sie ratifiziert haben. Die BRD enthielt sich der Stimme, die USA stimmten gegen den Vertrag, obwohl die Imperialisten durchsetzen konnten, daß ihnen im Tiefseebergbau ein „Pionier-Status“ zuerkannt wird, der ihnen sofortige Abbaurechte garantiert. Sie halten sich offen, untereinander eine eigene Regelung des Tiefseebergbaus zu treffen. Die BRD erklärte, über die Ratifizierung sei noch nicht entschieden.

## VR China: Verfassung ohne Streikrecht?

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der VR China hat jetzt den Entwurf einer neuen Verfassung veröffentlicht, die noch im Spätsommer — nach Diskussion im ganzen Land — verabschiedet werden soll. Der Entwurf ist eine totale Revision der Verfassung von 1978, die weitgehend von den Erfahrungen der Kulturrevolution geprägt war. In den allgemeinen Verfassungsprinzipien wird u.a. festgehalten, daß die VR China ein „sozialistischer Staat der demokratischen Diktatur des Volkes, geführt von der Arbeiterklasse und basierend auf dem Arbeiter-Bauern-Bündnis“ ist (bislang „Diktatur des Proletariats“); die Wirtschaft besteht aus dem Staats-, dem Kollektiv- und dem Privatsektor; privates Eigentum, Erbrecht und private Erwerbstätigkeit werden garantiert, ebenso ausländische Investitionen, die so Verfassungsrang bekommen. Der Abschnitt über die Staatsstruktur erweitert die Kompetenzen des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses gegenüber diesem Parlament und den Staatsorganen, enthält wieder die Funktion des Staatsoberhauptes und degradiert die Volkskommunen zu bloßen Wirtschaftseinheiten. Das noch verbliebene Recht auf kollektive Aktion, das Streikrecht, ist gestrichen. „Streiks schaden nicht nur dem Staat, sondern auch den Interessen der Arbeiter“, erklärte ein Mitglied des Verfassungsausschusses (Xinhua).

## Wahlfarce der Militärjunta in Indonesien

Das Ergebnis der „Wahlen“ zum indonesischen Parlament am 4. Mai lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor. Es steht sowieso schon fest: „Wahlsieger“ wird die von der Militärjunta kontrollierte „Golka“-Partei sein, während die 1975 gegründete islamische PPP (Vereinigte Entwicklungspartei) erneut die größte „Oppositions“-par-

tei bilden wird. Seit die Imperialisten 1966 das Militär gegen die antiimperialistische Regierung unter Sukarno putschen ließen, sind die Arbeiter und Bauern des Landes einem grausamen Gewaltregime unterworfen. Unmittelbar nach dem Putsch starteten die Imperialisten unter Führung des Deutsche-Bank-Chefs Abs eine „Umschuldungskonfe-

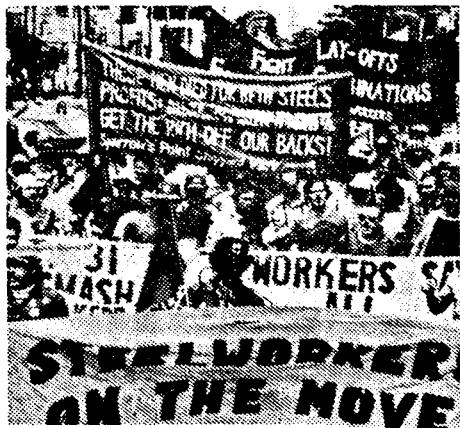
renz“ und erzwangen die „Öffnung“ des Landes für ihre Waren- und Kapitalexperte. Die Vernichtung der nach der Unabhängigkeit aufgebauten nationalen Wirtschaft und die grausame Verelendung der Arbeiter und Bauern war die Folge. Heute sind 90 der 140 Mio. Indonesier unterernährt oder hungern, ein Rikschafahrer, Kuli oder Handwerker verdient umgerechnet 50 DM im Monat, das Einkommen der Bauern und Landarbeiter liegt noch niedriger. Die Kommunistische Partei ist seit dem Militärputsch, in dessen Verlauf 500000 ihrer Mitglieder erschossen, erhängt oder zu Tode gefoltert wurden, verboten. Seit 1976 führt die Militärjunta einen Vernichtungskrieg gegen das Volk des illegal okkupierten Ost-Timor. Die Imperialisten aber sind zufrieden. Die BRD-Imperialisten, viertgrößter „Handelspartner“ des Landes, zeichneten '80 den indonesischen Planungsminister Habibie für seine Verdienste um die „deutsch-indonesische Freundschaft“ mit dem Großen Bundesverdienstkreuz aus.



USA

## Kapitalisten wollen Lohnzugeständnisse gegen die Stahlarbeiter durchsetzen

Die US-Stahlkapitalisten haben angekündigt, noch in diesem Monat die Stahlarbeitergewerkschaft Steelworkers Union zu Verhandlungen über Lohnzugeständnisse aufzufordern. Schon Anfang des Jahres hatten die Stahlkapitalisten ihren Plan veröffentlicht: Wenn es den Automobilkapitalisten gelingen würde, die Gewerkschaft UAW zum Verzicht auf Lohnerhöhungen, die vertraglich festgelegt waren, zu zwingen, dann würden sie nachsetzen. Die Ford- und GM-Kapitalisten haben aufgrund der hohen Arbeitslo-



1977: Vier Monate streikten 12000 Arbeiter amerikanischer Eisenerzgruben unter Führung der United Steelworkers Union. Sie forderten die Lohnangleichung an die Branche.

sigkeit und der Drohung mit weiteren Werkschließungen den Verzicht auf Lohnerhöhungen in den nächsten zwei Jahren, Zurückstellung der nächsten drei Inflationsanpassungen, die vierteljährlich erfolgen sollten, und Beseitigung von neun bezahlten freien Tagen durchgesetzt. Die Steelworkers Union hat Ende April eine Tagung durchgeführt und ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen erklärt, wenn dabei eine Sicherung der Arbeitsplätze herauskäme.

Die Kapitalisten haben die Arbeitslosenrate im Stahlbereich auf 23% hochgedrückt, insgesamt sind 88000 Arbeiter und 5000 Angestellte aus dem Stahlbereich arbeitslos gemeldet. Die Kapazitätsauslastung meldeten die Kapitalisten im Dezember 1981 mit 58,6%. Da die Kapitalisten nicht im selben Verhältnis die Arbeiter auf die Straße setzen können, wie sie die Produktion zurückfahren, greifen sie um so heftiger die Löhne an. Die Löhne der Stahlarbeiter sind deutlich höher als die in den anderen Produktionsbereichen. Der durchschnittliche Stun-

denlohn in der Stahlerzeugung beträgt mit 13,62 \$ das 1,65fache des durchschnittlichen Bruttostundenlohns in der Industrie. Nur in wenigen Branchen, wie Bau, Bergbau, Fahrzeugbau, Transport, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, liegt der Lohn ebenfalls deutlich höher. Gelingt den Stahlkapitalisten, hier einen Einbruch zu erzielen, werden die Kapitalisten in den übrigen Branchen mit höherem Lohnniveau sofort nachsetzen.

Den jetzt gültigen Branchentarif Stahl schlossen die Gewerkschaften 1980 ab. Er läuft zum 1.8.1983 aus. Der Vertrag sieht vor, daß die Löhne zum 1. August 1982 erneut angehoben werden, pro Stunde zwischen 15 und 47 Cents, und vierteljährlich ein Inflationsausgleich vorgenommen wird. Die Erhöhungsrate für den Inflationsausgleich beträgt: 1 Cents pro Stunde für jede 0,3 Punkterhöhung in dem Verbraucherpreis-Index.

Bei ihren bisherigen Angriffen auf die Löhne drängten die US-Kapitalisten insbesondere auf die Beseitigung der Inflationsklausel. 56% der Arbeiter, für die Tarifverträge mit über 1000 Lohnabhängigen gelten, haben diesen Inflationsausgleich. Eine Untersuchung von Verträgen, die 1982 auslaufen, ergab: Die durchschnittliche Gesamterhöhung der Löhne betrug während der Laufzeit ohne Inflationsausgleich nur 7,4% gegenüber 8,8% mit Inflationsklauseln. 1,4% mußten die Kapitalisten jährlich mehr zahlen.

Welche Forderungen die Stahlkapitalisten in den geplanten Verhandlungen durchsetzen wollen, beleuchten die Zugeständnisse, die sie bei zwei Firmen in diesem Jahr durchsetzen konnten. Bei McLouth Corp., in der Hauptsache Produktion von Walzblechen für die Autoindustrie, deren Absatz stark gesunken ist, drohten die Kapitalisten mit Schließung und setzten durch: Verzicht der Arbeiter auf die Lohnerhöhung im August, zwischen 15 und 47 Cents die Stunde, auf alle vierteljährlichen Inflationsanpassungen und auf eine Lohnerhöhung von 1,45 \$ die Stunde, die in den letzten fünf Monaten von 1981 in Kraft getreten wäre. Beseitigung von drei der elf bezahlten freien Tage und einer Woche Urlaub. Bei Wheeling-Pittsburgh Steel Corp., dem achtgrößten Stahlkonzern der USA, konnten die Kapitalisten ähnliche Zugeständnisse durchsetzen, dazu kürzten sie den Sonntagsüberstundenzuschlag von 50% auf 25%.

Womit die Stahlkapitalisten v.a. ihre Angriffe auf die Löhne begründen, ist: Die Wettbewerbsfähigkeit sei gefährdet, ohne Senkung der Löhne könnten sie die notwendige neue Maschinerie nicht zahlen. Bis 1985 wollen sie ihre Produktionsmittel umwälzen. Für Investitionen seien bis dahin 17 Mrd. \$ nötig. Bestimmte Stahlsorten haben die US-Kapitalisten bisher billiger aus dem Ausland importieren können, z.B. für Röhren zum Öltransport in arabischen Ländern. Jetzt sehen sie die Chance, über den Angriff auf die Löhne in diesen Bereichen der Produktion ihre Profite zu erhöhen.

„Überleben erfordert Wettbewerbsfähigkeit“, erklären die Stahlkapitalisten und fordern die Arbeiter und ihre Gewerkschaften auf, mit dem jeweiligen Kapitalisten gegen die in- und ausländische Konkurrenz in die Schlacht zu ziehen. So haben sie die Steelworkers Union dazu bewegt, mit dem US-Stahlkapitalistenverband zusammen eine Klage gegen sechs europäische Staaten und Brasilien wegen unlauteren Wettbewerbs vor den US-Handelsbeauftragten zu bringen.

Die Kapitalisten haben die Steelworkers Union dazu gebracht, die Konkurrenzschlacht gegen die äußere Konkurrenz an ihrer Seite zu führen. Diese Teilnahme an der Konkurrenz entwertet die Gewerkschaften, um die Angriffe der Kapitalisten auf den Lohn wirksam abzuwehren und die Konkurrenz, in die die Kapitalisten die einzelnen Belegschaften gegeneinander treiben wollen, zu verhindern.

Quellenhinweis: U.S. Department of Labor, Monthly Labor Review Dez. 1981, Jan., Febr., März 1982; U.S. Department of Commerce, Survey of current Business, Jan. 82; U.S. Department of Labor, Employment and Earnings, Febr. 82; AFL-CIO News, 17.4.82

### Norwegen

## Transportarbeiter im Lohnstreik

Seit dem 21. April dauert der Streik der 18000 Transportarbeiter in Norwegen an. Die Gewerkschaft der Transportarbeiter rief zum Streik auf, nachdem Kapitalisten und staatliche Unternehmen in seit Wochen andauernden Verhandlungen ein Angebot von 6,5% vorgelegt hatten. Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 18%.

Bisher ohne Ergebnis unterbrochen sind die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie sowie in verschiedenen anderen Branchen, die Gewerkschaften verlangen Lohnerhöhungen zwischen 12% und 20%. Für alle Branchen fordert der norwegische Gewerkschaftsbund die Einrichtung eines Sonderfonds für Niedriglohngruppen. Der

Fonds soll durch Beiträge von Kapitalisten und Staat finanziert werden und zum Ausgleich der Niedriglöhne an die Betriebe zahlen, in denen das Lohnniveau mehr als 90% unter den Durchschnittslöhnen in der Industrie liegt.

Die Lohntarife wurden bisher über zwei Jahre abgeschlossen, der norwegische Gewerkschaftsbund erklärt, die im Frühjahr 1980 abgeschlossenen Erhöhungen hätten gerade einen Ausgleich für die Verluste in den Jahren 1978 und 1979 erbracht. Für diese beiden Jahre hatte der Gewerkschaftsverband einem Gesetz der damaligen Regierung zugestimmt, das einen Lohn- und Preisstopp vorsah.

Im Jahr 1981 betrug die Inflationsrate 14%, und die konservative Regierung verlangte von den Gewerkschaften die Zusage für einen erneuten gesetzlichen Lohnstopp. Das lehnte der Gewerkschaftsbund ab und setzte sich zum Ziel, in den diesjährigen Lohnverhandlungen den Fonds für die Niedriglohngruppen durchzusetzen sowie die Reallöhne für Familien in den mittleren Einkommensschichten zu sichern.

Der Streik der Transportarbeiter ist für die Durchsetzung dieser Ziele entscheidend. Inzwischen ist die Kraftstoffversorgung im Land fast völlig zusammengebrochen und die Lieferung von Rohstoffen und Rohmaterial für die Industrie ins Stocken geraten. Ein Teil der Inlandsflüge mußte aus Kraftstoffmangel eingestellt werden und verschiedene Betriebe wollen kurzarbeiten lassen. Trotzdem gaben weder Kapitalisten noch Regierung bisher nach, sie versuchten die Kraftstoffversorgung durch Lieferungen aus Schweden sicherzustellen. Die schwedische Transportarbeitergewerkschaft hat daraufhin beschlossen, vom 3. Mai an alle Benzinlieferungen von Schweden nach Norwegen zu verhindern.

Quellenhinweis: Wall Street Journal v. 20.4.82; FAZ v. 29.4.82

## IWF

### 5 Mrd. \$ Kredite an die Dritte Welt gestrichen

Der Vorgang war der bürgerlichen Presse nur eine kurze Notiz wert. Am 20.4. meldete das „Handelsblatt“, daß „der internationale Währungsfonds (IWF) nach einem Bericht der US-Wirtschaftszeitung Wall Street Journal die noch offenstehenden Kreditlinien von 15 wirtschaftlich schwachen Staaten gestrichen“ hat. Begründung: „Weil diese Staaten die Sanierung ihrer Wirtschaft nicht in dem vom IWF vorgeschriebenen Maße vorangetrieben haben ...“

„Offenstehende Kreditlinien“ des IWF, das sind zugesagte, aber noch



Bau von Bewässerungsanlagen in Bangladesh. Seit Jahren muß das Land Lebensmittel importieren, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. 1981 schloß sich Bangladesh mit anderen Tee-exportierenden Staaten zusammen, um eine Erhöhung der Tee-Preise zu erreichen. Die Kreditsperre des IWF soll diesen Zusammenschluß zerschlagen helfen.

nicht ausgezahlte Kredite, die der IWF Mitgliedsländern einräumt, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Jeden Monat prüft der IWF, ob diese Staaten seine „Sanierungs“-auflagen einhalten, das heißt bei Staaten der Dritten Welt stets: ob die Löhne der Lohnabhängigen und die Erzeugerpreise der Bauern gesenkt, die Grenzen für Waren- und Kapitalexport der Imperialisten geöffnet und die Preise für Rohstoffexporte an die Imperialisten verringert worden sind. Ist das nicht geschehen, wird der Kredit gestrichen.

Die jetzige Streichung ist die bisher größte Kreditstreichung in der Geschichte des IWF. Seit Monaten hatten die imperialistischen Banken darauf gedrängt, um die Staaten der Dritten Welt zu weiteren Senkungen ihrer Rohstoffpreise und weiterer Öffnung ihrer Märkte für die Waren- und Kapitalexporte der Imperialisten zu zwingen. Ist das geschehen, gibt es „selbstverständlich“ auch wieder Kredit. Daß die wirtschaftliche Not der Arbeiter und Bauern in der Dritten Welt und die Abhängigkeit dieser Staaten von den Imperialisten durch solche „Sanierungen“ weiter zunehmen, ist einkalkuliert, weil schließlich der Zweck.

Tatsächlich sind schon allein die Folgen der jetzigen Kreditstreichung brutal. Die betroffenen Staaten – unter ihnen Rumänien mit 1,06 Mrd. \$ gestrichenen Krediten, Zaire mit 806,3 Mio. \$, Marokko mit 748,6 Mio. \$, Bangladesh mit 638 Mio. \$, Sambia und Grenada mit je 550 Mio. \$ – umfassen eine Bevölkerung von mehr als 220 Mio. Menschen. Von Rumänien und Marokko meldete die bürgerliche Presse wenige Tage später, sie hätten zugesagt, die IWF-Auflagen künftig zu erfüllen. Für Bangladesh sind alle weiteren Kredite storniert, eine „Internationale Gläubigerkonferenz“ erklärte, sie werde erst einmal die „weitere Wirtschaftspolitik“ abwarten. Die Regierung Guayanas dagegen, der der IWF Kredite von 108,3 Mio. \$, das

sind 21,8% des Bruttosozialprodukts des Landes, gestrichen hatte, mußte wenige Tage später den Staatsbankrott erklären und sämtliche Importe von Käse, Hülsenfrüchten und anderen Lebensmitteln auf unabsehbare Zeit einstellen.

Quellenhinweis: Handelsblatt vom 20. bis 28.4.82; Wall Street Journal vom 19.4.82; FAZ vom 20.4.82

## Namibia

### Neue Offensive der SWAPO

Trotz der anhaltenden und – auf den ersten Blick – erdrückenden militärischen Überlegenheit der südafrikanischen Kolonialtruppen in Namibia hat die namibische Befreiungsorganisation SWAPO in den letzten Wochen ihren bewaffneten Befreiungskampf intensiviert. Am 15. April griff eine Einheit der PLAN, der Befreiungsarmee der SWAPO, einen südafrikanischen Militärkonvoi im Zentrum Namibias an, zerstörte drei Lastwagen, erbeutete Waffen und militärische Dokumente. Wenige Tage später mußte die Kolonialarmee zugeben, daß in den letzten Wochen acht ihrer Soldaten gefallen seien. „Beträchtliche Landstriche“ im Norden und Nordosten des Landes – der ein Gebiet von ca. 100000 Quadratkilometern umfaßt – seien vermint. Insbesondere das Gebiet im Städtedreieck Otavi – Tsumeb – Grootfontein – Zentrum des Kupferbergbaus der Imperialisten und eines der Siedlungsgebiete der 30000 „deutschstämmigen“ Siedler – sei bedroht. Die weißen Siedler wurden „zur Wachsamkeit aufgerufen und davor gewarnt, selbständig gegen die schwerbewaffneten Guerilleros vorzugehen.“

Diese jüngsten Erfolge des bewaffneten Befreiungskampfes des namibischen Volkes sind ein schwerer Schlag gegen das Kolonialregime und seine

imperialistischen Hintermänner. Noch vor kurzem hatte die bürgerliche Presse „klare militärische Verhältnisse“ im Norden Namibias gemeldet – „klar“ zugunsten der Kolonialtruppen. Tatsächlich stehen den ungefähr 400000 Namibiern in diesem Teil des Landes – das sind 40% der Bevölkerung des Landes – fast sämtliche der 110000 Mann südafrikanischer Kolonialtruppen in Namibia gegenüber.

Mit dieser gewaltigen Militärmaschinerie haben die Kolonialherren seit August letzten Jahres den Terror gegen die namibischen Volksmassen intensiviert und ständig Überfälle auf den Süden Angolas verübt, angeblich, um das „Einsickern“ von SWAPO-Kämpfern von Angola nach Namibia zu verhindern und im ganzen Land die militärische Infrastruktur der SWAPO zu zerschlagen. Eine schwere Hungersnot, unter der die namibische Bevölkerung infolge der Verwüstungen durch diese Truppen und wegen einer anhaltenden Dürre leidet, sollte zudem die Nahrungsmittelversorgung für die Guerillas unmöglich machen.

Die jüngsten Erfolge der SWAPO zeigen, daß dieser Plan fehlgeschlagen ist. „Seit dem 10. April haben andauernde Feuergefechte zwischen Kämpfern der SWAPO und Rassistentruppen vor allem im mittleren Teil und im Nordosten Namibias stattgefunden“, erklärte die SWAPO Ende April.

Quellenhinweis: FAZ v. 20.4., UZ v. 20.4., El Moudjahid v. 20.4.82

## Iran/Irak Der Krieg kommt beide teuer zu stehen

Während die iranischen Streitkräfte nach 18 Monaten Kriegsdauer mehrere erfolgreiche Offensiven gegen die irakischen Truppen gestartet haben, erhöhten sowohl die Blockfreienbewegung als auch die Organisation der Islamischen Konferenz (ICO) erneut ihre Anstrengungen, um bei einer Beilegung des Konflikts zu vermitteln. Ihre Delegationen waren Ende April mehrfach in Teheran und Bagdad zu Verhandlungen.

Die iranische Regierung hält jedoch bisher an ihren Bedingungen fest: Verhandlungen kommen danach erst in Frage, wenn der Irak seine Truppen bedingungslos von iranischem Gebiet abgezogen hat; bereit ist, Entschädigungen für die Kriegsschäden zu leisten; und wenn ein Tribunal darüber entscheidet, wer den Krieg begonnen hat. Die irakische Regierung stimmt bisher nur dem letzten Punkt direkt zu. Sie erklärte, zu einem Abzug ihrer

Truppen aus den besetzten Gebieten bereit zu sein, sofern der Iran garantiert, nicht auf irakisches Territorium oder irakisches Gewässer überzugreifen. Der Irak hat mit dem Krieg nicht erreicht, die volle Souveränität über den Schatt-el-Arab wieder herzustellen, der seit 1975 aufgrund eines vom Schah erpreßten Abkommens zur Hälfte vom Iran kontrolliert wird.

Haben die USA durch Einmischung in diesen Konflikt auf Krieg hingearbeitet, so bieten sich ihnen durch den Krieg jetzt neue Möglichkeiten zur Einmischung und Ausplünderung. Aufgrund des Krieges ist der Irak mit rund 20 Mrd. Dollar zinslosen Krediten bei arabischen Nachbarländern verschuldet. Die Erdölförderung ging wegen der Kriegsschäden von früher täglich 2,8 Mio. Barrel auf ca. 700000 Barrel zurück. Die Schließung der syrischen Grenzen und der Erdölpipeline durch die syrische Regierung Mitte April bedeuten einschneidende Verluste. Irak war gezwungen, mit den USA, Frankreich, Japan und Großbritannien Lieferverträge zu gesunkenen Ölpreisen abzuschließen.

Aber auch der Iran ist durch den Krieg in neue Abhängigkeiten geraten. Wichtige Erdölanlagen wurden zerstört. Die iranische Reierung verkaufte jetzt zum ersten Mal seit Ende 1979 1,8 Mio. Barrel Öl an die USA: für 29,51 Dollar pro Barrel, das sind 4,50 Dollar



Iranische Truppen an der iranisch-irakischen Front im August 1981. Sie haben zwei irakische Bataillone mit Erfolg angegriffen.

unter dem OPEC-Richtpreis. Der iranische Zentralbankgouverneur Nurbakhsch bot auch dem VEBA-Konzern Öl zu Sonderpreisen an. Westdeutsche Konzerne erhalten Großaufträge (u.a. Krupp, Babcock, Ruhrkohle AG). Die KWU soll die Kernkraftwerke in Buscher am Golf doch fertigstellen. Der Warenexport der BRD in den Iran betrug 1981 3,7 Mrd. DM, demgegenüber führte Iran nur 1,5 Mio. t Rohöl in die BRD aus (1976: 19 Mio. t).

Quellenhinweis: Südde. Ztg., 23.3. bis 1. 2.5.82; Handelsblatt, 23. bis 29.4.82; Politische Berichte 1.80; archiv der gegenwart 46-81; Der Spiegel 5.82

## Indien Textilarbeiterstreik dauert an

Der Streik der Textilarbeiter von Bombay geht bereits in den vierten Monat. Über 250000 Textilarbeiter bestreiken seit dem 17. Januar 60 Baumwollspinnereien und Textilfabriken. Die Forderungen sind in erster Linie auf Anhebung der Löhne gerichtet (s.a. Politische Berichte 4/82).

In der letzten Woche haben die Industriearbeiter Bombays einen eintägigen Generalstreik zur Solidarität mit den Textilarbeitern durchgeführt. Dazu hatten besonders die zwei Gewerkschaften Girni Kamgar Union und die Lal Bavta Mill Mazdoor Union aufgerufen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Indiens und der Kommunistischen Partei Indiens/Marxisten stehen. Bisher hatten diese Organisationen dem Streik eher verhalten gegenüber gestanden, allerdings die Forderungen unterstützt. Bombay ist mit über 40% Anteil an der gesamten nationalen Produktion und ca. 60% des industriellen Exports Indiens das wichtigste Industriezentrum des Landes. Die Regierung reagierte schroff auf den Solidaritätsstreik und ließ über 2000 Streikende verhaften.

Die bestreikten Textilfabriken geraten zunehmend in Bedrängnis, da dringende internationale Lieferverträge fällig werden, insbesondere mit Brasilien, Pakistan und der VR China. Einige Textilfabriken mußten bereits Bankrott anmelden, und die Regierung hat auch 125 Zulieferbetrieben im Land unter die Arme greifen müssen, da diese sonst hätten schließen müssen. Dennoch bekundeten die Fabrikbesitzer bisher keine Verhandlungsbereitschaft. Im Gegenteil drohten sie am 26.4., Maschinen und Anlagen aus Bombay zu schaffen und mit neuen Arbeitskräften zu beginnen, wenn der Streik nicht beendet würde. Zur selben Zeit wurden der Textilpreis angehoben und die Lager völlig geräumt. In Bombay wurde ein Preisanstieg in der letzten Woche von 10% von den Händlern gemeldet.

Bisher hatten sich sowohl die Bundesregierung von Maharashtra als auch der Unternehmerverband auf den Standpunkt gestellt, daß der Streik, der von Dr. Samants Maharashtra Girni Kamgar Union geführt wird „illegal“ sei und sie nur die mit den anderen Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge anerkennen würden. Mit der aktiven Unterstützung der anderen Gewerkschaften für die Forderungen ist das hinfällig.

Quellenhinweis: Times of India, Bombay, versch. Ausgaben; Financial Times, 30.4.1982 und versch. Ausgaben

## Der Kampf für die Befreiung Palästinas verschärft die Widersprüche im Inneren

Für das Jahr 1981 gibt die israelische Regierung zum ersten Mal seit Bestehen des Siedlerregimes selbst an, daß mehr israelische Staatsbürger das Land verließen als zuwanderten. Der Entwicklung der Ein- und Auswanderung haben alle israelischen Regierungen große Aufmerksamkeit geschenkt, alle Regierungen betrieben die Anwerbung neuer Siedler. Der Raub palästinensischen Landes, die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und die Besiedlung des Landes mit jüdischen Einwanderern aus allen Ländern der Erde ist von Anbeginn ein Grundpfeiler der zionistischen Kolonialpolitik in Palästina gewesen. 1976 beklagte die „Jerusalem Post“: „Die Einwanderung aus dem Westen blieb aus ... – Die Juden hätten das Recht erworben, die West Bank sich anzueignen (wie sie sich Jerusalem angeeignet haben) durch die entscheidende und unbestreitbare Tatsache, daß sie die Araber an Zahl übertroffen hätten.“ Von den knapp vier Millionen Einwohnern Israels sind zwischen 1948 und 1981 1,8 Millionen aus Einwanderern rekrutiert. Die Entwicklung der Ein- und Auswanderung gibt einen Maßstab für das Vertrauen der öffentlichen Meinung in den imperialistischen Staaten in die Stabilität und die Zukunft der zionistischen Kolonie.

| Israel: | Einwanderung | Auswanderung |
|---------|--------------|--------------|
| 1965    | 30736        | 9264         |
| 1966    | 15730        | 12381        |
| 1967    | 14327        | 12962        |
| 1968    | 20544        | 6006         |
| 1969    | 37804        | 5372         |
| 1970    | 36750        | 4880         |
| 1971    | 41930        | 7227         |
| 1972    | 55888        | 5271         |
| 1973    | 54886        | 7178         |
| 1974    | 31979        | 21721        |
| 1975    | 20028        | 13977        |
| 1976    | 19754        | 16930        |
| 1977    | 21429        | 14009        |
| 1978    | 26394        | 15346        |
| 1979    | 37222        | 11990        |
| 1980    | 20428        | 14790        |
| 1981    | 12599        | 13000*       |

\* in den ersten neun Monaten

Die Wanderungsstatistik zeigt, je erfolgreicher der Kampf des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzung gerade in den seit 1967 besetzten Gebieten war, desto geringer wurde die personelle Unterstützung für das Siedlerunternehmen. Der anhaltende Kampf der Palästinenser in den vergangenen Jahren für das Selbstbestim-

mungsrecht der palästinensischen Nation läßt die Widersprüche im Inneren des Siedlerstaates immer schroffer werden.

Die PLO tritt ein für ein demokratisches, unabhängiges Palästina, in dem alle Juden, „die heute in Palästina leben und die mit uns (den Palästinensern d.Red.) gemeinsam auf dem palästinensischen Boden ohne Diskriminierung leben wollen“, mitarbeiten sollen. Auf dieser Grundlage ist es der PLO möglich, die Verschärfung der Widersprüche im Inneren der Siedlergesellschaft zu betreiben und zu nutzen für den Befreiungskampf.

Dabei stützt sie sich auf die Tatsache, daß die Arbeiter, die die harte und schlechtbezahlte Arbeit in den israelischen Fabriken tun, zum großen Teil Palästinenser oder orientalische Juden sind. Nachdem die PLO die arabischen Arbeiter aufforderte, sich in der zionistischen Histadrut zu organisieren, weil hier die Mehrheit der israelischen

das Staatsbudget um ein Kapitalgeschenk von 2,2 Mrd. \$, das ist ein Fünftel des Bruttosozialprodukts.) Die Hauptlasten des Krieges müssen dennoch die arbeitenden Klassen in Israel zahlen, und diese Lasten sind stetig gewachsen.

Die über Jahre gepriesene Wirtschaftskraft des Siedlerunternehmens hat sich spätestens seit der Währungsreform 1980 als Scheinblüte herausgestellt. Die Inflationsrate ist nach wie vor höher als 150%. Es blühte vor allem die zionistische Rüstungsindustrie. Die Ausgaben für die Armee betragen seit 1973 jährlich um die 30% des Bruttosozialprodukts, 1981 gab die Begin-Regierung 17151 Israelische Schekel (IS), das sind 1372 \$, pro Kopf der Bevölkerung aus zur Unterhaltung und Ausstattung des Militärs (der durchschnittliche Monatslohn betrug 5785 IS 1981). Die Gesamtausgaben des Staates verschlingen jährlich zwischen 35 und 39 Prozent des Bruttosozialprodukts, das ist weit höher als in allen anderen Industriestaaten (in der BRD z.B. ist der Anteil 19,8%).

Die Aufbringung dieser Gelder betreibt die israelische Regierung zum einen durch Ausbeutung eines erheblichen Teils der Lohnabhängigen in staatseigenen Betrieben und durch die



Palästinenser und orientalische Juden demonstrieren in Israel gemeinsam gegen die besondere Unterdrückung und Entrechtung, der sie ausgesetzt sind

Arbeiter Mitglied ist, stieg der Organisationsgrad unter den arabischen Arbeitern auf 70%.

Die seit Jahrzehnten andauernde Kriegsführung der Zionisten gegen die arabischen Völker kostet; von Anfang an wurde das Siedlerunternehmen finanziert durch Geldgeschenke und Kredite imperialistischer Mächte und internationaler zionistischer Organisationen. (1981 erhöhten allein die USA

Ausbeutung der arabischen Arbeiter zu Niedriglöhnen. Zum anderen verstärkt sie die Plünderung der Lohnabhängigen. Die Regierung betreibt eine Reform der Lohn- und Einkommensbesteuerung, die – so ihre eigene Darstellung – u.a. „größere Leistungsanreize zur Steigerung der Produktivität“ liefern soll. Die Mehrwertsteuer, 1976 eingeführt, beträgt derzeit 13%. Ein Ziel der Wirtschaftspolitik der Begin-

Regierung ist, „einen zu schnellen Anstieg des Lebensstandards zu verhindern“, weil so die Inflation gebremst werde. Zu diesem Zweck wurden mit dem Gewerkschaftsbund Histradut Abkommen über die Anbindung der Lohnerhöhung an die Inflationsrate der Lebensmittelpreise abgeschlossen, doch im vergangenen Jahr streikten und demonstrierten die Lohnabhängigen fast aller Branchen des Landes, um eine weitere Steigerung der Löhne durchzusetzen.

Mit dem Abschluß des Camp-David-Abkommens demonstrierten hunderttausende Israelis für Frieden in Israel, ohne zu bedenken, daß die palästinensische Nation im Abkommen mit Füßen getreten wird. Der hartnäckige Kampf der palästinensischen Arbeiter und Bauern für ihre Rechte in allen besetzten Gebieten bewirkte jetzt immerhin, daß an den Demonstrationen gegen die Annexion der Golan-Höhen und der anderen Gebiete über 10000 Israelis teilnahmen, darunter 31 der 120 Parlamentsabgeordneten. Es gibt eine israelische Bewegung, die für die Errichtung eines palästinensischen Teilstaates in den verbliebenen, 1967 besetzten Gebieten eintritt, auch wenn dies nicht die Forderung der PLO erfüllt, so ist doch damit von Israelis das Anrecht der Palästinenser auf Bildung eines eigenen Nationalstaates anerkannt.

Die Regierung Begin trifft Vorbereitungen, den Krieg gegen den Libanon erneut zu eröffnen. Der PLO droht Begin: „Israel könne eine Invasion in den Libanon erwägen, sollte sich die PLO nicht an die Waffenruhe vom Juli 1981 halten.“ Die Basis, die die Regierung dafür im Parlament hat, ist schmal, am 24.3. endete ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung mit einem Patt von 58 zu 58 Stimmen. Der Antrag wurde von den Oppositionsparteien gegen die Besatzungspolitik im Westjordangebiet gestellt, nachdem sich die palästinensische Bevölkerung seit Wochen in Streiks und Demonstrationen gegen die Annexion zur Wehr setzt. Den Rücktritt des wegen Korruption verurteilten Arbeitsministers will die Begin-Regierung nutzen, um in vorgezogenen Wahlen ihre parlamentarische Mehrheit zu verbreitern. Sie versucht die reaktionäre Mobilisierung der Zionisten, um die PLO ein für allemal zu vernichten. Dafür sind ihre Chancen nicht günstig, denn nicht zuletzt die Demonstrationen am „Tag des Bodens“ haben bewiesen, daß die PLO nicht nur in den 1967 besetzten Gebieten, sondern auch in Israel selbst Aktionen durchführen kann, an denen sich zehntausende Palästinenser beteiligen.

Quellenhinweis: Central Bureau of Statistics, Israel, Monthly Bulletin of Statistics, Ausgaben 12/81, 1/82, 2/82 und Supplement 2/82, Jerusalem; Informationsstelle Palästina, PALÄSTINA-BULLETIN, Nr. 13/82, 14/82, 15/82, Bonn 1982; FAZ v. 28.4.82

## Wer finanziert das Siedlerunternehmen?

Woher nimmt Israel das Geld für die Siedlungsprogramme, die Subventionen auf Mieten und Lebensmittel, um die Siedler bei der Stange zu halten, für den gewaltigen Militärapparat?

Es ist bekannt, daß Israel als das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Auslandsverschuldung der Welt gilt. Jedoch, genaue Angaben zu finden, ist schwer; selbst die Bundesstelle für Außenhandelsinformation gibt im selben Nachrichtendienst unterschiedliche Zahlen an: von 18,5 Mrd. Dollar bis 22,2 Mrd. Dollar, d.h. 4600 bis 5600 Dollar pro Einwohner. Schuldenbewirtschaftung und Militärausgaben machen 68% im Haushaltsplan Israels für 1981/82 aus (1980/81 knapp 50%), nach den ersten neun Monaten war der Ausgabenansatz für das gesamte Jahr bereits erschöpft.

Hauptgläubiger – besser: Finanzier – sind die USA. 2200 Mio. Dollar jährliche Wirtschaftshilfe, 1700 Mio. Dollar Kredite zum Kauf von US-Waffen für 1982; aus dem „Friedenspaket“ von Camp David stammen weitere 4,8 Mrd. Dollar. Daneben nehmen sich die 140 Mio. DM jährliche Wirtschaftshilfe von der Bundesregierung fast spärlich aus. Die BRD ist nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner für Israel. In der ersten Januarhälfte 1981 betrug die amerikanische Einfuhr nach Israel 797,1 Mio. Dollar, die westdeutsche 418,6 Mio. Dollar (+15% gegenüber 1980), die Ausfuhr in die USA 537,7 Mio. Dollar, in die BRD 226,3 Mio. Dollar (–26,79%). Enge Handelsbeziehungen hat Israel auch zu Großbritannien und zur Schweiz.

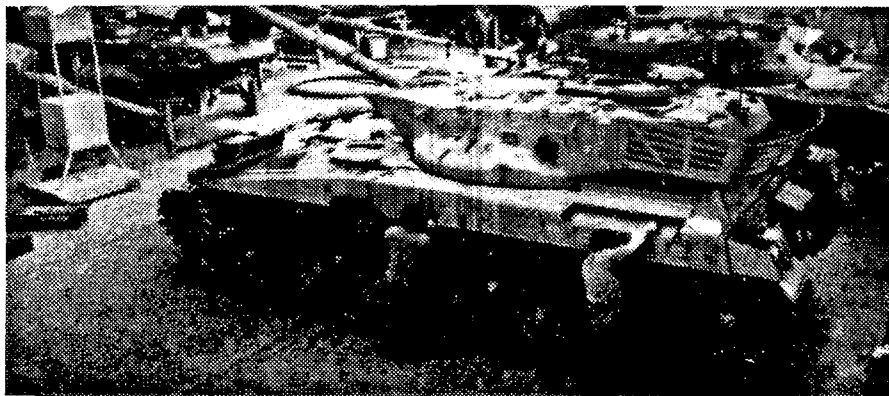
Als „Israels lukrativstes Geheimnis“ hat Prof. Shahak, ein israelischer Antizionist, den Waffenexport bezeichnet. Laut New York Times steht Israel an siebter Stelle in der Welt. Der Anteil am Gesamtexport

beträgt nach Schätzungen 40%; vorzugsweise beliefert Israel reaktionäre Diktaturen in Lateinamerika und die Republik Südafrika (Bericht von Shahak, veröffentlicht in Palästina Bulletin 33 – 36/81).

Eine weitere Quelle der Bereicherung für Israel sind die besetzten Gebiete selbst: der fruchtbare Boden, das Wasser und die Menschen. Etwa 32% aller Beschäftigten der besetzten Gebiete arbeiten direkt oder indirekt für die israelische Wirtschaft. Diejenigen, die sich als Tagelöhner in Israel verdingen müssen, zahlen hohe Steuern und Sozialabgaben, aus denen sie jedoch keine Leistungen erhalten. Handel und Finanzen der besetzten Gebiete sind weitgehend unter israelischer Kontrolle. Israel exportiert dorthin Güter, die es selbst importiert hat, allerdings zu weit höheren Preisen. Da Israel die palästinensische Industrie unterdrückt, müssen die Palästinenser viele israelische Industrieprodukte importieren, vor allem Haushaltswaren, die 70% teurer sind als andere ausländische Waren. Israel versucht, sich über die besetzten Gebiete auch Zugang zu arabischen Märkten zu verschaffen. Nicht zuletzt durch Beschlagnahmen, Enteignungen und Geldstrafen gegen Palästinenser fließt dem israelischen Staat Geld zu.

Völlig unübersichtlich und nicht abzuschätzen sind die Unsummen, die aus Spenden zionistischer Organisationen im Ausland stammen. Hollstein hat recherchiert, daß im Jahr des „Sechs-Tage-Krieges“ allein der United Jewish Appeal 319 Mio. Dollar und der Verkauf der „Israel Bonds“ 712 Mio. Dollar erbrachte, bis 1965 kamen z.B. „privat“ siebenmal soviel wie von der US-Regierung.

Quellen: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Febr. 1982; Weltwirtschaft im Jahreswechsel 1981/82, Israel. Palästina Bulletins, Hrsg. ISPA Bonn. Palestine, Vol. 8, No 1, Jan 1981. PLO Informationsbulletin. Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt 1972.



Inzwischen ist die Rüstungsindustrie der Hauptexporteur Israels



„Reds“

## Ein Hollywood-Film über John Reed – gedehntes Liebesdrama mit Revolutionskulisse

1913 nahm der US-Journalist John Reed an der Seite der Revolutionäre um Pancho Villa am mexikanischen Bürgerkrieg gegen den US-hörigen Diktator Diaz teil (John Reed: Mexiko in Aufruhr, Damnitz-Verlag). In den USA unterstützte er den Aufbau der klassenkämpferischen Gewerkschaft IWW (International Workers of the World) und focht gegen die Teilnahme der USA am Weltkrieg. Im Herbst 1917 – das aus dem Sturz des Zarismus hervorgegangene Kerenski-Regime stand vor dem Zerfall – fuhr er mit seiner Frau Louise Bryant nach Rußland und wurde Augenzeuge der Oktoberrevolution. Seine Reportage darüber („Zehn Tage, die die Welt erschütterten“, Dietz-Verlag, 10,50 DM), 1919 in den USA erschienen und millionenfach verbreitet, erschwerte die Imperialistenhetze gegen die junge Sowjetmacht. 1920 reiste Reeds unter großen Gefahren erneut in die von den Imperialisten militärisch eingekreiste SU. Er starb im Herbst und wurde im Kreml beigesetzt.

Mit großem Finanzaufwand und in geschmacklicher schönen Farben, Kulissen und Kostümen hat Hollywood das Leben Reeds zu einem dreieinhalbstündigen Liebesdrama verarbeitet. Hauptschauplatz des Films ist zunächst das Künstler- und Intellektuellenmilieu im Greenwich Village in New York, wo Reed mit Louise Bryant lebt. Man ist gegen

den Krieg und unterstützt Woodrow Wilson, der sich bei seiner Wiederwahl zum US-Präsidenten 1916 gegen den US-Kriegseintritt ausspricht. Man ist für Sozialismus und freie Liebe, diskutiert Freud, liebt Ragtime-Jazz und genießt das lockere Leben. John Reed mittendrin, aber doch nicht ganz: Denn als Idealist reist er für die Sache der Arbeiterbewegung im Lande umher, worüber es zu ständigen Konflikten mit Louise kommt, die weniger am Sozialismus als an der Frauenemanzipation interessiert ist.

Als sich dann die Oktoberrevolution ankündigt, fahren John Reed und Louise Bryant ins damalige Petrograd. Sie besuchen Revolutionsversammlungen, auf denen hauptsächlich gejubelt wird. Sie sprechen mit Lenin, Trotzki und Sinowjew – erst dreinblickenden, kühlen Männern (die Absonderung der Bolschewiki von den Massen ist schon angelegt!). Sie sind dabei, als die Regierungsgebäude ruckzuck gestürmt werden. Dann ziehen die siegreichen Revolutionäre unter roten Fahnen durch die Straßen, und die Kamera blendet dezent den Liebesakt des Journalistenpaares ein, unterlegt mit den Klängen der Internationale.

Zurück in den USA und verfolgt von der US-Justiz, die jeden Sowjet-Kontakt unter Strafe stellt, halten die beiden Vorträge über die Oktoberrevolution. Aber der Film streift nur die politische Situation in

den Staaten nach dem 1. Weltkrieg, im Zentrum steht wiederum die Liebesbeziehung, die nun unter Reeds Einsatz für die Gründung einer kommunistischen Partei – als bedeutungslose Sekte dargestellt – leidet. In deren Auftrag schlägt sich Reed 1920 trotz totaler Blockade wieder in die SU durch, nimmt dort an Kongressen teil und wird mit dem breit ausgemalten „revolutionären Alltag“ – Hunger, Mißwirtschaft, Bürokratie – konfrontiert. Aber Reed bleibt ein etwas realitätsblinder Idealist. Er ist inzwischen schwer krank und verstirbt in Moskau, nicht ohne daß ihn Louise – auf abenteuerlichen Wegen ihm in die Sowjetunion nachgereist – nochmal geliebt hätte.

Bei allem Liebeshandel: Der Film verbreitet linksliberale Sympathie für den als Idealisten abgestempelten Reed und für die Oktoberrevolution. Und obwohl z.B. die eingestreuten Erinnerungen von Zeitgenossen hauptsächlich Stimmungen vermitteln, verbreitet der Film auch ein paar Tatsachen: die Ausstrahlung der Oktoberrevolution, die versuchte Erdrosselung der SU durch die Imperialisten, die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in den USA. Das ist selten bei jüngeren Produktionen der US-Filmindustrie und deutet an, daß sich in der US-Öffentlichkeit eine Gegenströmung gegen die Woge von Antikommunismus und Chauvinismus bildet.

## „Die Schönen sind noch nicht geboren“

Der Ullstein-Verlag hat jetzt das 1968 erstmals veröffentlichte Buch „Die Schönen sind noch nicht geboren“ von Ayi Kwei Armah herausgegeben. Der Autor schildert die Lage der Volksmassen zur Zeit der Regierung Nkrumahs, kurz bevor er von rechten Kräften gestürzt wurde. Das ghanesische Volk hatte sich 1957 als erstes schwarzafrikanisches Volk von den Kolonialisten befreit, aber die von den Imperialisten hinterlassene Monokultur und Abhängigkeit von den Imperialisten verschlechterten die Lage des Volkes. Im Buch wird das Leben eines kleinen Eisenbahnbeamten geschildert, der seine Familie von seinem Lohn nicht ernähren kann. Ein Schulkamerad von ihm wurde Parteifunktionär bei der Partei Nkrumahs, der CPP, und verschaffte sich durch Schmiergelder ein schönes Leben. Die Frau des Eisenbahnmannes, Oyo, verlangt von ihrem Mann ebenfalls, daß er durch Korruption das Familieneinkommen aufbessern soll. Dagegen sträubt sich der Eisenbahnbeamte, kommt aber in große Bedrängnis, weil es seiner Familie sehr schlecht geht. Als Nkrumah durch den Militärputsch gestürzt wird, muß der Klassenkamerad mit Hilfe des Eisenbahners fliehen. An der Lage der Eisenbahnerfamilie ändert sich nichts. Leider beschreibt der Roman nur die Gefühle der Leute und gibt keine Aufklärung über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, so daß man über die Ursachen von Armut und Korruption nichts erfährt.

Armah, Die Schönen sind noch nicht geboren, Ullstein 20178, 6,80 DM

## Kriminalroman über Uganda

Der Verfasser, S. Joshua L. Zake, war von 1962 – 1971 Erziehungsminister in Uganda. Während der Regierung Idi Amins emigrierte er in die USA, wo er heute Botschafter seines Landes ist. Die durchgehende Perspektive in seinem Kriminalroman „Gold-Safari“ bilden die Ermittlungen des Polizei-Chefinspektors Kayira, der ausgestattet mit der Mentalität eines Beamten, aber auch einem gewissen Mut, Verbrechen auch dann weiter verfolgt, wenn sie ihn auf die Spur der höchsten Regierungskreise führen, zu dem „bösen Mann“, der wegen eines Lastwagens voll Gold Dör-

fer terrorisiert und Morde begehen läßt. Am Schluß setzt der Inspektor sich ab, als das Gold gefunden, aber wieder im Treibsand zusammen mit den Räubern versunken ist, wo es nach seiner Ansicht auf bessere Zeiten warten soll. Er bringt sich und seine Familie außer Landes.

Diese Perspektive allerdings wird durchbrochen, und das macht die Geschichte lohnend zu lesen. Der Dorfbewohner Tasubwa, der sich selber eines Mordes bezichtigt und von den Behörden zunächst für verrückt erklärt wird, ist der eigentliche tragische Held, der die Leiden des Volkes, aber auch seine moralische Kraft verkörpert. In Wirklichkeit hat er einen Schwarzen mit dem Speer getötet, der seine Verlobte überfallen hatte. Dies will er jedoch nicht zugeben, um sie zu schützen. Während des Prozesses wird das Mädchen, das für ihn aussagen soll, ermordet. Was Tasubwa in der Haft mit seinem Bruder, der wie das ganze Dorf zu ihm hält und seine Beweggründe billigt, spricht, erfährt nur der Leser. Seine Verwandten bringen ihn von der Idee, er müsse seine Strafe auf sich nehmen, ab, sprechen ihm Mut zu und erschweren die Ermittlungen.

Dem Inspektor bleiben diese Gespräche verborgen, wenn er auch der Wahrheit hinreichend nahekommt, um die Goldräuber aufzuspüren: die gierige Witwe des toten Amerikaners, ihren Helfer, ein verkommenes Überbleibsel aus der englischen Kolonialzeit, bestechliche Schwarze und die Regierung samt ihrem Militärapparat.

S. Joshua I. Zake, Gold-Safari, Goldmann  
Reihe Krimi Nr. 4920, München 1982, 4,80  
DM

## Faschistische Propaganda im SF-Roman

Heinleins „Sternenkrieger“ erschien in den USA bereits 1959, als die US-Imperialisten den offenen Krieg gegen das vietnamesische Volk vorbereiteten. Erst 1979 wurde das Buch, an dem sich eine ganze Richtung der Science-Fiction-Literatur orientiert, auch in der BRD aufgelegt. Welchen Grund die 20jährige „Verspätung“ auch hatte: Zu diesem Zeitpunkt paßt sich sein Erscheinen nahtlos in die Bemühungen der westdeutschen Bourgeoisie ein, die reaktionäre Mobilisierung in Gang zu setzen.

Die „menschlichen Rasse“ befindet sich im Krieg mit dem

„totalen Kommunismus“ der außerirdischen Bugs. Einen besonderen Grund dafür erfährt man nicht. Auch vermeidet der Autor die platte Propaganda, daß die Menschen „gut“ und die Bugs „böse“ sind. Stattdessen entwickelt er, daß der Krieg als höchste Form der Konkurrenz und damit die Konkurrenz selbst ein Naturgesetz ist: „Entweder wir dehnen uns aus und verdrängen die Bugs, oder sie expandieren und merzen uns aus – weil beide Rassen hart, zäh und intelligent sind – und das gleiche Grundstück haben wollen.“ Alle „Moral“ also leitet sich aus der Konkurrenz ab oder, in Heinleins Worten, aus dem „Selbstbehauptungsinстинт“. Gut ist, was hart macht, was zum Überleben befähigt, das Individuum selbst und vor allem die „Rasse“, der sich der einzelne unterzuordnen habe. Denn: „Überleben (hat) einen noch stärkeren moralischen Anspruch ... als nur das Überleben deiner eigenen Person. Das Überleben deiner Familie zum Beispiel ... deines Volkes ...“

Heinleins „menschliche Rasse“ jedenfalls behauptet sich schlußendlich gegen die Bugs. Den Grund ihrer Überlegenheit erfährt der Leser anhand des ausführlich und in der Ich-Erzählung geschilderten Werdegangs eines jungen Mannes, der vom verwöhnten, egozentrischen Bourgeoisöhnchen zum „Mann“ reift – indem er Soldat wird, sich drillen läßt und den „inneren Schweinehund“ überwinden lernt. Weil er Soldat wird, erreicht er in der Hierarchie der „Moral“ – „Eigennutz, Familiensinn, Vaterlandspflicht, Verantwortlichkeit gegenüber der menschlichen Rasse“ – die höchste Stufe. Und weil die Geschichte grausam gelehrt habe, daß ein Volk dem Untergang geweiht ist, wenn der Einzelne auf seine Rechte pocht, anstatt seine Pflicht zu tun, ist Heinleins Gesellschaft, die die Bugs besiegt, ganz nach dem Prinzip organisiert, daß nur, wer seine Pflicht erfüllt, d.h. als Soldat sein Leben einzusetzen bereit ist, das Recht erhält, am politischen Geschehen mitzuwirken. Wer nicht, der nicht. Daß in dieser Gesellschaft „ausgemerzt“ wird, wer die Regeln nicht einhält, versteht sich – die Propaganda offener Unterdrückung im Inneren ergänzt nur die Propaganda der zügellosen Vernichtungskonkurrenz nach außen.

Robert A. Heinlein, Sternenkrieger, Bastei-Lübke, 6,80 DM

## Reagan-Memoiren

# Die „Wandlung“ des R. Reagan Ein Denunziant als „Patriot“

Ronald Reagans „Erinnerungen“, 1965 erstmals in den USA erschienen, seien der Bericht eines Mannes, „der seinen Lebensweg als Sohn eines Schuhvertreters in einer kleinen Stadt in Illinois begann und aufstieg ins höchste Amt der amerikanischen Nation“. So wirbt der Verlag Langen Müller für die jetzt erschienene deutsche Ausgabe und fährt fort, besonders „aufschlußreich“ sei die darin von Reagan selbst geschilderte „Wandlung vom liberalen Demokraten zum konservativen Republikaner“.

In der Tat: „aufschlußreich“ ist diese „Wandlung“. War sie doch verbunden mit dem lumpigen Verrat von wahrscheinlich Hunderten seiner Schauspielerkollegen an die berüchtigten antikomunistischen „Ausschüsse gegen antiamerikanische Umtriebe“ der McCarthy-Ära. Lassen wir Ronald Reagan selbst berichten, von einer Begebenheit im Jahre 1946, als er noch „liberaler Demokrat und Antifaschist“ war und vor allem: Vorstandsmitglied der Schauspielergewerkschaft „Screen Actors Guild“ (SAG) in Hollywood.

„Ich bekam Besuch von drei Männern aus einer wichtigen Regierungsbehörde. Ihre Namen und ihre Auftraggeber sollen hier anonym bleiben. Es klingelte also an der Tür. Ich machte auf und stand drei Männern gegenüber, die sich sorgfältig auswiesen. Ich bat sie herein und bot ihnen Kaffee an. Der eine sagte: ‚Wir haben Informationen, die für Sie nützlich sein könnten. Vielleicht haben Sie Informationen, die für uns nützlich sein können.‘ Mein alter liberaler Instinkt erwachte, und ohne Zögern und fast mechanisch sagte ich: ‚Ich habe mit der Hatz auf die Roten nichts im Sinn.‘ ‚Wir auch nicht,‘ sagte der zweite. ‚Darum geht es gar nicht. Es geht vielmehr um die Frage der nationalen Sicherheit. Sie waren bei der Air Force; Sie wissen, was Spione und Saboteure sind.‘ Ich kapierte ... Als sie sich verabschiedeten, hatten wir stundenlang Informationen ausgetauscht.“

Ronald Reagan muß an diesem Abend viel „kapiert“ haben: Wo der Brotkorb hängt, nach dem er sich zu strecken hat; die Drohung mit „Spionen und Saboteuren“ wie die Aufforderung zur schnellsten „Umkehr“ von antifaschistischen Flausen, und schließlich, daß diese „Umkehr“ am besten damit zu beweisen ist, daß er sein Wissen als Vorstandsmitglied der SAG nutzt, um sämtliche der Unterstützung der Kommunistischen Partei beschuldigten Kollegen ans Messer der Reaktion zu verraten. So entschieden ist die „Umkehr“ des Ronald Reagan und mit ihm der Mehrheit des Vorstands der SAG, daß dieser noch 1946 bekanntgibt, daß er „auch künftig ... mit aller Kraft und allen ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln gegen jede faschistische und kommunistische Unterwanderung der Filmindustrie vorgehen wird“ – und sich umgehend an der Niederschlagung eines angeblich „kommunistisch inspirierten“ Streiks von 12000 Arbeitern der Filmstudios beteiligt. In den folgenden Jahren unterstützten Reagan und der SAG-Vorstand offiziell die Anlegung von „schwarzen Listen“ über angebliche „Kommunisten“ unter den Schauspielern durch die Filmkapitalisten. 1951, als Hunderte von Schauspielern, Autoren und Regisseuren wegen angeblicher oder tatsächlicher Unterstützung der KP gefeuert, verhaftet und verurteilt sind und Reagan zum Vorsitzenden der SAG aufgestiegen ist, erklärt der SAG-Vorstand: „Jeder, der sich an der internationalen Verschwörung der Kommunistischen Partei gegen unser Land beteiligt, ist als Staatsfeind und als Feind unseres Regierungssystems anzuprangern“ – und, versteht sich, als Schauspieler und SAG-Mitglied untragbar.

Zusätzlich ist Reagan bis dahin bereits persönlich an der Vernichtung mindestens dreier Organisationen wegen „kommunistischer Unterwanderung“ beteiligt, denen er nach 1945 als „liberaler Demokrat“ beigetreten war. Zudem ist er entschiedenster Gegner aller Versuche, eine Einheitsgewerkschaft aller Lohnabhängigen in der Filmindustrie aufzubauen.

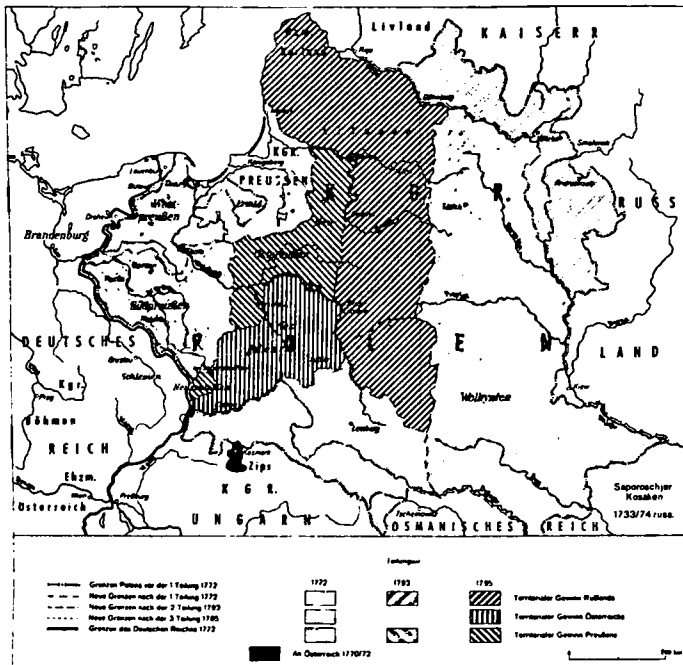
Die Grundlage der weiteren Karriere des Ronald Reagan ist so gelegt. 1954 verläßt er die Schauspielergewerkschaft und beginnt eine achtjährige Laufbahn als Propagandist des Elektro- und Rüstungsmonopol General Electric, wo er den „letzten Schliß“ und die nötigen „Verbindungen“ für seine anschließende politische Laufbahn bekommt. Die „Umkehr“ hat sich gelohnt.

Ronald Reagan, Woher ich komme, Verlag Langen Müller, München, 34 DM

# Preußisch-deutsche Ostexpansion und Polenunterdrückung (I)

Als Preußen, Rußland und Österreich 1772 in der 1. Teilung Polens ein Viertel dieses Staates annektierten, war Preußen die treibende Kraft und konnte endlich Westpreußen in seinen Besitz bringen. Das eroberte Gebiet sicherte ihm nicht nur den Weg für Waren und Truppen nach dem bislang abgeschnittenen Ostpreußen, sondern wurde zu einer ansehnlichen Geldquelle für die preußischen Junker und ihren Staat. Zwanzig Jahre später besei-

Die Teilungen Polens 1772 – 1795



Aus: Die große Illustrierte Weltgeschichte, Bd. II, Geschichte der Neuzeit, hrsg. v. H. Michaelis, Gütersloh: Rheda 1967, S. 466

tigten dieselben Großmächte mit der zweiten und dritten Teilung Polens dessen politische Existenz bis 1918, wobei sich Preußen zusätzliche 115000 qkm mit ca. 2,1 Millionen Menschen unter den Nagel riss. Zwar verlor Preußen bei der vernichtenden Niederlage gegenüber den napoleonischen Truppen, denen sich die polnischen anschlossen, einen Teil der Beute wieder, aber letztlich sanktionierte der Wiener Kongreß 1815 die Teilung Polens, wobei Preußen im Besitz von Westpreußen und Posen blieb.

Zielstrebig gingen Friedrich II. und seine Nachfolger sofort 1772 an die Besitzbefestigung und Ausplünderung der eroberten Gebiete: Sämtliche polnischen geistlichen und ehemaligen Kron-güter wurden konfisziert und an verdiente preußische Adlige verschenkt, als königliche Domäne behalten oder zum Verkauf freigegeben, wobei sich z.B. der bayerische Fürst von Thurn und Taxis mehrere tausend Hektar aneignete. Im Netzedistrikt wurden so bis 1793 20 Domänenämter gebildet, die einen Reingewinn von 50000 Talern abwarfen, und in Posen bis 1801 35. Ferner wurden höhere Steuersätze als in den übrigen preußischen Provinzen erhoben.

Um dem polnischen Gebiet einen deutschen Anstrich zu geben und es v.a. den wirtschaftlichen und politischen Interessen nutzbar zu machen, rief Friedrich II. aus allen Teilen Deutschlands Kolonisten in den Netzedistrikt, die verschiedene Vergünstigungen erhielten und deren Aufgabe im Bau des Bromberger Kanals, der Beförderung der königlichen Wälder, dem Ausbau des Verkehrsnetzes (Berlin – Königsberg) und der Arbeit in der Landwirtschaft bestand. Bis 1806 waren auf 51439 Morgen Land 1111 Kolonistenfamilien angesiedelt.

Posen dagegen genoß von 1815 bis 1830 einen Sonderstatus als Großherzogtum: Die Polen hatten gewisse Rechte in Bezug auf

ihre Sprache und der polnische Adel Einfluß auf die Lokalverwaltung. Auch hier wurden aber um 1820 große Kapitalien angelegt, kauften preußische Bürger und Adelige wie der Finanzminister v. Motz große Ländereien auf, ließen sich Kolonisten in den Städten nieder.

Als sich 1830 an dem Aufstand im russischen Teilungsgebiet auch Polen aus Posen beteiligten, wurde dort ein neuer Oberpräsident, Flottwell, eingesetzt. Als erstes hob er die bisherigen Rechte für die Polen auf, trieb den Ausbau des Schulwesens in deutscher Sprache sowie des Verkehrswesens voran. Sodann stellt ihm die Regierung 1 Mio. Taler für den Aufkauf von polnischen Gütern zur Verfügung, aus denen u.a. 30 deutsche Rittergüter gemacht wurden.

Erfolg der preußischen Besiedelungs- und Aufkaufpolitik war, daß bis 1848 in der Provinz Posen von dem Grundbesitz über 150 ha bereits 600000 ha in deutschem Besitz waren gegenüber 900000 ha in polnischem, und 1857 von den 1662 Gütern (davon 1401 Rittergüter) 702 in Händen deutscher Großgrundbesitzer waren gegenüber 960 bei polnischen. Auch bei der Bevölkerungsentwicklung (ca. zwei Drittel polnisch, ein Drittel deutsch) war ein Anwachsen des deutschen Anteils zu verzeichnen.

Die Bauernbefreiung zwischen 1807 und 1816, die sich insgesamt für die preußischen Junker zu einem einträglichen Geschäft gestaltete, war ein solches auch in den neuen Provinzen. Dadurch, daß die Bauern für die Entlassung aus Erbuntertänigkeit entweder ihr Land abgeben oder den 25fachen Wert dafür zahlen mußten, brachten die Junker riesige Geld- und Landmassen (1,5 Mio. Morgen in den fünf Ostprovinzen) in ihren Besitz. Damit und mit dem Heer von landlos gewordenen Bauern gingen sie zur kapitalistischen Bewirtschaftung ihrer Güter und zur Anlage von Fabriken darauf über. In Posen dauerten die Fronverhältnisse noch bis 1858.

In der Revolution von 1848 ist die deutsche Bourgeoisie bekanntlich aus Angst vor den revolutionären Arbeitern nicht zum Sturz des halbfeudalen Staatsapparates übergegangen, sondern hat sich unter dessen Fittiche begeben und sich mit einigen wirtschaftlichen Vorteilen zufriedengegeben. Daraufhin unternahm der preußische Staat sofort verschiedene Maßnahmen zur Sicherung des junkerlichen Besitzstandes wie: die Beibehaltung der Grundsteuerfreiheit für Rittergüter bis 1861; das Fideikommißrecht, das den Bestand riesigen Großgrundbesitzes garantierte; die Restaurierung der gutsherrlichen Polizeigewalt, was schonungslose Ausbeutung der Landarbeiter erlaubte.

Posen wurde jetzt in den Deutschen Bund eingegliedert. Die Stimmen, die sich auch im bürgerlichen Lager vor 1848 für einen polnischen Staat ausgesprochen hatten, verstummten nach der Devise von Jordan in der Nationalversammlung: Diese „schwachsinnige Sentimentalität“ könne sich der „gesunde Volksegoismus“ nicht leisten, oder nach Bismarck ebendort: Mit der Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 mit Westpreußen, Posen und Ermland „würden Preußens beste Sehnen durchschnitten“. Daran hatten aber weder die dort bereits ansässigen Junker noch die Bourgeoisie, die auf Arbeitskräftereservoir und Absatzmärkte spekulierte, ein Interesse.

Nach 1870/71 nahm die deutsche Industrie einen gewaltigen Aufschwung. Das Hauptmittel, mit dem die deutsche Bourgeoisie bald die führende Stellung auf dem Weltmarkt eroberte, waren die niedrigen Produktionskosten, die sie neben moderner Technologie v.a. durch Niedrigstlöhne erreichte. (1896 lagen sie 60% niedriger als in den USA, 32% niedriger als in England und 13% niedriger als in Frankreich.) Da die Welt zu diesem Zeitpunkt bereits unter den anderen imperialistischen Staaten aufgeteilt war und die deutsche Bourgeoisie nur geringen Kolonialbesitz erobern konnte, richtete sich ihre ökonomische Expansion v.a. nach Osten und Südosten; zum einen als Ersatz für Kolonien, zum anderen, um sich eine starke Ausgangsposition für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu verschaffen. Rußland bot dafür günstige Voraussetzungen als wirtschaftlich rückständiges Land, das zugleich reiche Rohstofflager und Landwirtschaftsprodukte besaß.

Da die zeitweilige russische Schutzzollpolitik dagegen ein Hemmnis war, benutzte die Bourgeoisie deutsche Kongreßpolen – das russische Beutestück aus den Teilungen – als Verbindungsglied, um auf den russischen Markt vordringen zu können. Von 1860 bis 1880 investierte sie dort so viel Kapital, daß bald die

Mehrzahl der größten Betriebe in der Textil-, Bergwerks- und Hüttenindustrie in deutschem Besitz waren, was 1887 einen Anteil von 40 bis 60% des gesamten Produktionswertes der polnischen Industrie darstellte. Der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages 1894 schuf der deutschen Bourgeoisie günstigere Bedingungen für einen direkten Vormarsch auf den russischen Markt: Von 1886 bis 1913 stieg der Anteil Deutschlands bei den russischen Importen von 29,4 auf 47,5%, wertmäßig eine Steigerung von 232 auf 978 Mio. Mark. Damit hatte die deutsche Bourgeoisie die erste Stelle bei den russischen Importen. Beim Kapital-export nahm sie nur den zweiten Platz ein, war aber dafür mit der Konzentration in wenigen Branchen entscheidend: 1913 stellte sie 70% des Fremdkapitals in der Gasindustrie, 85% in der Elektro- und 40% in der chemischen Industrie, wobei diese Firmen im wesentlichen Filialen von Siemens, AEG und Farbwerken waren.

Die zweite Expansionsrichtung des deutschen Finanzkapitals war der Südosten, v.a. die Türkei, dann aber auch vermittels Österreich-Ungarns die Balkanländer. In diesem Gebiet sollte unter deutscher Hegemonie eine Großraumwirtschaft entstehen, genannt „Mitteleuropa“, ein Plan, der während des ersten Weltkrieges neben Annexionen eines der Kriegsziele wurde.

Während die Hauptindustrieregionen in Westdeutschland lagen und Rußland wie Kongreßpolen einen entscheidenden Markt für Kapital- und Warenexport darstellten, dienten die preußischen Ostprovinzen, v.a. Posen und Westpreußen, als „Kornkammer“ und Arbeitskräftereservoir. Die Provinz Posen nahm 1913 5,4% der Fläche des Deutschen Reiches ein, stellte 3,2% seiner Bevölkerung, lieferte aber 11,3% der gesamten Roggenproduktion, 8,4% der Gerste-, 10,4% der Kartoffel- und 13,6% der Zuckerrübenproduktion. Infolge der niedrigen Löhne wanderten ständig Deutsche und Polen nach Berlin und in die Westgebiete des Reiches ab; noch 1907 waren es 16,3% der Bevölkerung Westpreußens und 21,3% aus Posen. Im Ruhrgebiet (Düsseldorf, Arnberg, Münster) stieg die Zahl der polnischen Arbeiter von 1890 bis 1905 von 33782 auf 199455. Was den Junkern an Arbeitskräften fehlte, ließen sie von Agenten aus Galizien und Kongreßpolen heranschaffen; 7000 bzw. 10000 Saisonarbeiter kamen von dort jährlich allein nach Posen.

Die eroberten polnischen Gebiete stellten somit für die ansässigen Junker wie für die Bourgeoisie insgesamt eine wichtige Geldquelle dar, die es zu schützen galt gegen die reale oder potentielle Gefahr einer Abtrennung. Die Polen waren seit Mitte des Jahrhunderts, nach den niedergeschlagenen Aufständen 1830, 1848 und 1863, zu wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen übergegangen, indem bewußt die Herausbildung von Bürgertum und Intelligenz durch die sogenannten Marcinkowski-Vereine sowie der Zusammenschluß der Bauern durch ein breit organisiertes Genossenschaftswesen gefördert wurden. Diese Maßnahmen und die gleichzeitig erfolgende deutsche Abwanderung wurden von der preußischen Regierung als „Vordringen des Polentums“ deklariert, das durch „Germanisierungsmaßnahmen“ zu stoppen sei. Dazu gehörten Schulgesetze in den 70er Jahren zur Unterdrückung der polnischen Sprache, die Ausweisung von 30000 nicht-preußischen Polen 1885 (wobei für die Junker Sonderregelungen getroffen wurden) und das Ansiedlungsgesetz 1886. Mit 100 Mio. Mark, später 600 Mio., sollten polnischer Grundbesitz aufgekauft und darauf deutsche Bauern angesiedelt werden. Das Unternehmen wurde zu einem blühenden Spekulationsgeschäft und zur Sanierungsmaßnahme für bankrotte Junker, während es von den polnischen Genossenschaften im wesentlichen konterkariert werden konnte. Die Bülow-Regierung griff deshalb, propagandistisch unterstützt durch den Ostmarkenverein und andere national-chauvinistische Verbände, 1908 zum Enteignungsgesetz. Sie unternahm auch Verschärfungen der Schulgesetze, was zweimal mit Streiks polnischer Schulkinder beantwortet wurde, und besondere Maßnahmen zur „Förderung des Deutschtums“ wie Ostmarkenzulagen für Beamte, Einrichtung deutscher Bibliotheken, Bau von Schlössern als äußerliche Besitztitel – denn trotz aller Germanisierungsmaßnahmen kam doch der Anteil der deutschen Bevölkerung in Posen nicht über 37% hinaus.

Quellenhinweis: M. Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Main/ 1972, FB; L. Mactan, D. Milles, Die Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie, FB; H. Geffcken, Preußen, Deutschland und die Polen seit dem Untergang des polnischen Reiches, Berlin 1960; W. Grabska, Ekonomiczna ekspansja Niemiec na wschod w latach 1870 – 1939, Warszawa 1964 (Ökonomische Expansion Deutschlands nach Osten); M. Marchlewski, Zur Polenpolitik der preussischen Regierung, Auswahl von Artikeln a.d.J. 1897 – 1957; M. Weiß, Die Stellung des Deutschtums in Posen und Westpreußen, Berlin 1919

## Neue Deutsche Welle

# Die Deutschen kommen!

„Ich bin so glücklich. Und mir ist so schwindlig. Wie ein Kettenkarussell. Wie die große Achterbahn. Du hast so schöne blaue Augen. Mein Herz macht bum bum bum.“ Nein, das ist wirklich nicht die neue Nr. 1 der deutschen Schlagerparade, sondern eine Produktion der Gruppe Deutsch-Amerikanische-Freundschaft (DAF). Die Musik läßt es erkennen: Das ist Neue Deutsche Welle. Deutsche Texte sind ab sofort nicht nur für Heino reserviert, sondern haben endgültig ihren Einzug in die Rockmusik gehalten. In deutscher Sprache zu singen, gilt plötzlich nicht mehr nur als chic und dekadent, sondern scheint das Selbstverständlichste von der ganzen Welt zu sein. Die Gruppe Nichts formuliert es ungeschminkt: „Ich find' Deutschland gut, und ich will ohne Scham dazu stehen können. Was hat meine Generation denn mit der ganzen Nazi-Kacke zu tun? Nur weil vor 30 Jahren irgend so 'n Arschloch gelebt hat, ist es heute extrem tabu, stolz zu sein, daß man Deutscher ist.“ Das lohnt sich dann gleich in einem Lied zu verarbeiten: „Stolz sein ist mir verboten. Ich bin hier geboren. Mich trifft keine Schuld.“ Die Gruppe DAF scheint die Vergangenheit auf ebenso unbeschwerte Art und Weise zu bewältigen, mit Hintergedanken? „Geh in die Knie. Klatsch in die Hände. Tanz den Mussolini. Wackle mit den Hüften. Tanz den Jesus Christus. Dreh dich nach rechts. Tanz den Adolf Hitler. Beweg deinen Hintern. Tanz den Kommunismus.“ Die Sprache ist zerfetzt, anheizend, sexuell-erotisch gefärbt; menschlich-tierisch-synthetische Juchzer und Schreie im Hintergrund; Schlagzeug und Synthesizer hämmern unbarmherzig und aggressiv. Die Gruppe Oberste Heeresleitung weiß denn auch, was sie nicht will: „Ich will keine Führung, die im Krenn sitzt. Ich will keine BRD, die nur russisch spricht. Ich will eine Mauer, die uns davor schützt, die dem Westen nützt. Keine Hilfe für den roten Staat.“ Und die Gruppe Cotzbrocken macht ihrem Namen zu guter Letzt alle Ehre: „Popper leben nur, um sich herzuzeigen. Damit tun sie sich die Zeit vertreiben. Was werden sie tun, wenn die Russen kommen, ja was werden sie tun?“ Wie erleichternd, wenn die Gruppe Klischee singt: „NATO zerschlagen, Yankes verjagen!“

In der Hausbesetzer-Szene in Westberlin darf auf fast keiner Demonstration Fehlfarbens „Keine Atempause. Geschichte wird gemacht. Es geht voran.“ fehlen. Ironie, daß der restliche Text des Liedes nicht unser, sondern das Voranschreiten der herrschenden Klasse beschreibt. Dunkle Zukunftsvisionen von chromosomengleichen Automatenmenschen, von der Polizei, die Tag und Nacht bei dir sein wird, von der Angst, diese Zeiten durchzustehen, prägen viele Texte der Neuen Deutschen Welle. Extrabreit: „Du bist so frei, verdammt, dich zu entscheiden. Was willst du tun in der Zeit vor dem Krieg. Die Helden von heute sind die Arschlöcher von morgen. Was könnte wichtiger sein als Sex und Musik ... Unsere Zukunft paßt auf keine Fahne. Das Leben ist zu kurz, um es zu verstehen.“ Die No-future-Ideologie findet ihre Entsprechung in einer typischen Innenweltlyrik für extrabreite Landheimaufenthalte: Der sinnliche Genuß, das Hier und Jetzt, ICH und all meine persönlichen Probleme stehen im Mittelpunkt. Es werden Geschichten aus dem täglichen Leben (Sterben) erzählt, ganz banale Sachen, die plötzlich besondere Bedeutung bekommen. Die Sprache ist nicht sentimental geglättet wie im deutschen Schlager, sondern der Umgangsslang der Jugendlichen. Gut sind die Texte meist dann, wenn sie die herrschenden Zustände persiflieren: „In der Zeitung steht immer dasselbe drin. Wir brauchen mehr Benzin und ein freies Berlin ... Die DDR guckt Westfernsehn, ach könnte sie es doch in Farbe sehn, so blond und dick und sahnegeil. Heil heil heil heil!“ (Extrabreit)

Musikalisch läßt sich die Neue Deutsche Welle nicht in eine Schublade packen. Einflüsse aus allen Stilrichtungen der Pop-, Folk- und Rockmusik finden hier Eingang. In mancher Hinsicht stilbildend ist die Gruppe DAF gewesen. In ihrer Bühnenshow wird die Musik als Playback von 20 Cassettenrecordern eingespielt, die aussehen wie ein Computer-Terminal: interessante Mischungen aus elektronisch-synthetischen Klängen. DAF: „Unsere Musik ist genauso wie unsere Umwelt, sehr jetztmässig. Sie klingt nach Elektronik, Selbstbedienung, Neonlampen. Und das ist halt manchmal etwas eintönig.“

## SPD-Parteitag faßt traurige Steuerbeschlüsse

Aus Veröffentlichungen der SPD ergibt sich, daß in Sachen Steuerpolitik der Münchner Parteitag sich gebrauchen ließ, auf Grundlage einer glatten Lüge die Propaganda eines Betruges zum Inhalt sozialdemokratischer Politik erheben. Kaum glaublich, daß die Delegierten wußten, was sie taten. Wahrscheinlich, daß viele von ihnen verschwommen vor Augen hatten, daß die Regierung Geld brauche, wenn sie arbeitsplatzschaffende Gesetze beschließen wolle. Nun, vielleicht auch nicht, beschlossen hat der Parteitag jedenfalls, daß die Politik nahezu jährlicher globaler Steuersenkungen, die in den letzten Jahren stattgefunden habe, nunmehr nicht mehr fortgesetzt werden dürfe (vergl. nebenstehend dokumentierten Antrag, Abs. 13).

Gelogen ist, daß es eine solche Politik globaler Steuersenkungen in den letzten Jahren gegeben habe. Global heißt umfassend, alle und alles betreffend. Richtig ist freilich, daß eine Politik der Steuerentlastung gegenüber den Kapitalisten und den Reichen stattgefunden hat. Für die Lohnabhängigen und da insbesondere für jene, die besonders knapp verdienen, keineswegs.

Wir haben für die fünf Steuerklassen je 300 Steuerlastwerte aus dem Jahre 1975 mit solchen aus dem Jahre 1981 verglichen. Um die Steuerlast vergleichbar zu machen, haben wir sie für Einkommen 1975 und 1981 gleicher Kaufkraft ausgerechnet. Von Senkungen der Steuerlast kann für die Steuerklassen I, II, IV und V nichts gefunden werden. Von einer Entlastung kann nur für die Steuerklasse III geredet werden. Sie wird, wegen der gestiegenen Steuerlast in V, nur in jenen Fällen wirksam, in denen tatsächlich nur ein Familienmitglied arbeiten muß. Wie die Schaubilder zeigen, ist die Erhöhung der Steuerlast nicht gleichmäßig. Sie fällt je nach Steuerklasse und Lohnhöhe recht verschieden aus. Deswegen wird sich in der Bekanntheit eines jeden auch ein Fall finden lassen, in dem von Entlastung geredet werden könnte. Aber das macht die Lüge von den globalen Steuersenkungen nicht wahr, sondern bloß insoweit haltbar, als nun wirklich nicht jeder die Zeit und die Mittel hat, beiläufig dreitausend Steuertabellenwerte sich zu einer Gesamtübersicht zusammenzustellen.

In dem ansonsten recht unscheinbaren Antrag Nr. 486 fordert der Parteitag nun den Parteivorstand auf, Schritte zu unternehmen, die in die Diskussion von Einzelfragen zerfallene Steuerreformberatung der Partei zusammenfassend zu koordinieren mit dem Ziel, bis spätestens zur Bundestagswahl 1984 einen geschlossenen Vorschlag für eine umfassende Steuerreform als Bestandteil des Wahlprogramms vorzulegen. Mit diesem Antrag wird die Zeitspanne festgelegt, in der die Regierungskoalition sich durch Ausnutzen der weiter laufenden Inflation mit erheblich wachsenden Geldbeträgen versorgen kann. Offenherzig hätte in diesem Antrag stehen sollen, die Bundesregierung solle bis zur Wahl viel stehlen, damit sie dann auch ordentlich was zu verschenken habe. Die freche Verbindung von der Forderung nach Steigen der Steuerlast mit dem Projekt, dann was auszuteilen, muß man betrügerisch nennen, ein anderes Wort würde den Sachverhalt nicht mehr treffen.

Unserer Meinung nach haben auf diesem Parteitag einige gewiefte Strategen ein Pokerblatt gemischt, um die Gewerkschaftsbewegung auszubluffen. Da nämlich die Unionsparteien eine immer breiter angelegte Agitation wegen des Inflationsbetruges bei der Lohnsteuer entwickeln, wird die Gewerkschaftsbewegung entweder auf Forderungen nach alsbaldiger Reform der Steuergesetze verzichten, oder sich in politischer Nachbarschaft von CDU-Demagogie befinden. Wer will das schon? Also wäre Maul halten und zahlen geboten.

Solch ein Verfahren ist aber politisch illusionär. Denn die wachsende Steuerlast selber treibt das Bedürfnis nach einer alsbaldigen Reform hervor. Entweder die Gewerkschaftsbewegung riskiert den Konflikt in dieser Angelegenheit ruhig auch mit der SPD, oder die Steuerentlastungsdemagogie der Unionsparteien wird sowieso verfangen. Wir glauben, daß von den Sozialdemokraten viele sich über den wirklichen Inhalt dieser Parteitagsbeschlüsse nicht im Klaren sind. Mögen sie doch wenigstens für 1984 eine gesetzliche, regelmäßige Anpassung der Steuerformel an die Inflationsrate fordern und sich den Forderungen nach alsbaldiger Umsetzung wenigstens nicht in den Weg stellen.

## Beschlüsse des SPD-Bundesparteitags 82 zur Finanzpolitik

„Um zur Verbesserung der Beschäftigungssituation zusätzliche öffentliche Investitionen und die Förderung privater Investitionen finanzieren, das soziale Netz sichern und arbeitsmarktpolitische Instrumente stärker nutzen zu können, sind folgende Finanzierungsmöglichkeiten zu überprüfen, und zwar im Hinblick auf ihre Verteilungsgerechtigkeit und ihre ökonomischen Wirkungen:

1. die Einführung einer finanziellen Zusatzleistung aller im Berufsleben Stehenden, einschließlich der Beamten und Selbständigen (Arbeitsmarktabgabe)
2. weitere Einschränkung der Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften
3. Einschränkung des Ehegattensplittings
4. die Abschaffung der sogenannten „windfall-profits“
5. die Verschärfung der Bodengewinn-Besteuerung
6. eine funktionsgerechte Steuerverwaltung durch eine Personalaufstockung des Steuerfahndungs- und Betriebsprüfungsdienstes
7. Wegfall der Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten und Geschenken als Betriebsausgaben
8. Einführung einer zeitlich befristeten Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen und Gewinne
9. Anhebung der Vermögenssteuer
10. gewerbesteuerähnliche Abgaben auf alle Gewinneinkünfte (z.B. freie Berufe)
11. Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung im Luftverkehr
12. Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer und des Körperschaftsteuersatzes
13. Die wichtigste Voraussetzung zur Erhaltung der finanziellen Handlungsspielräume für die Beschäftigungspolitik ist ein Verzicht auf weitere große Steuersenkungsprogramme. Die Politik nahezu jährlicher globaler Steuersenkungen in den letzten Jahren darf nicht fortgesetzt werden, soll einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sozialdemokratischer Reformpolitik nicht die finanzielle Grundlage entzogen werden. Insbesondere müssen weitere globale Steuerentlastungen und -vergünstigungen unterbleiben, die die Unternehmen und oberen Einkommensbezieher einseitig begünstigen, ohne die Schaffung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten.“

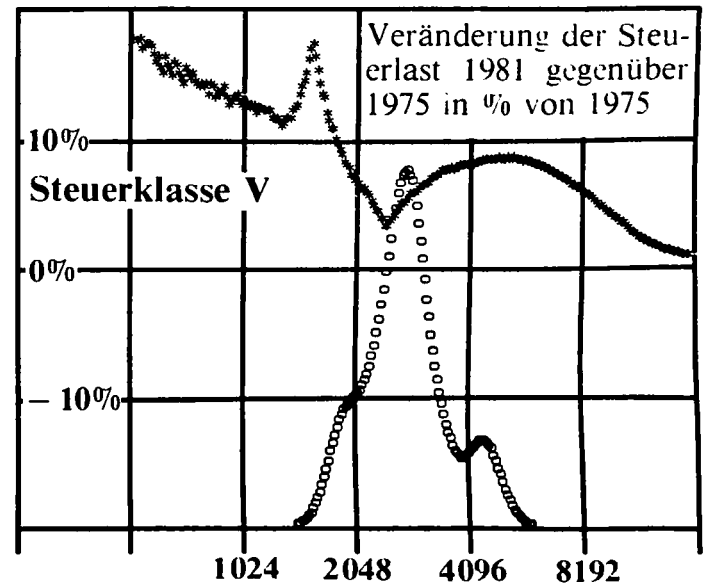
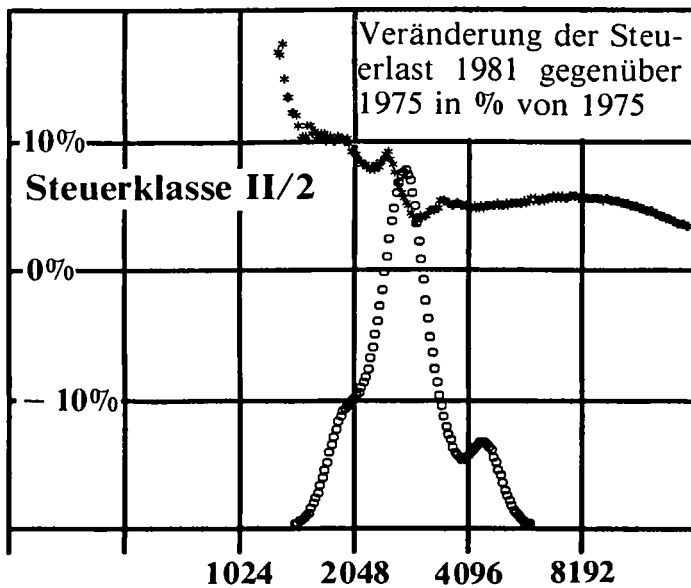
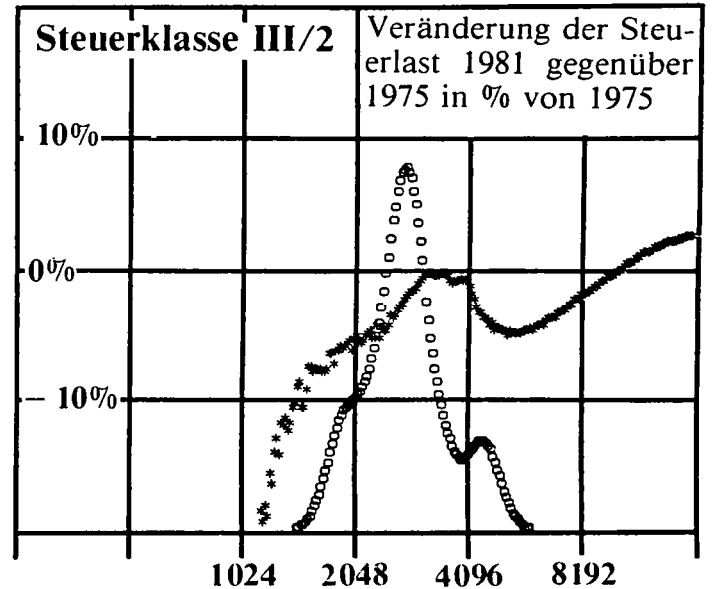
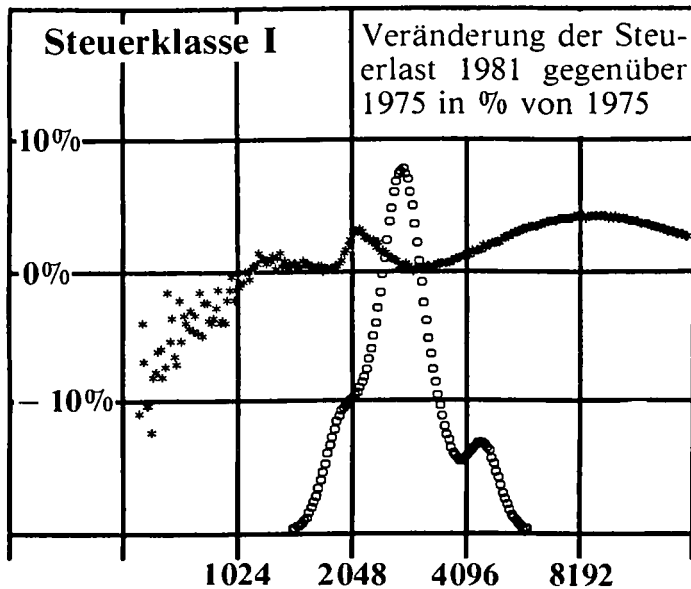
Der Beschluß entspricht einschließlich Punkt 12 dem Vorschlag der Antragskommission, angefügt wurde aus Antrag 404 (Bezirk Niederrhein) der Punkt 13. Mit dem Beschluß wurden Anträge, die eine Entlastung der niedrigen Einkommen z.B. durch eine Berücksichtigung des Preisindex bei der Gestaltung des Steuertarifs forderten, für erledigt erklärt. Anträge gegen die drastische Beschränkung der Sparförderung durch die Haushaltsgesetze 1982 wurden abgelehnt.

**Zur Steuerreform** beschloß der SPD-Parteitag (Antrag Nr. 486):

„Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand der SPD auf, Schritte zu unternehmen, die in die Diskussion von Einzelfragen zerfallene Steuerreformberatung der Partei zusammenfassend zu koordinieren mit dem Ziel, bis spätestens zur Bundestagswahl 1984 einen geschlossenen Vorschlag für eine umfassende Steuerreform als Bestandteil des Wahlprogramms vorzulegen.“

**Zur Finanzierung der Beschäftigungspolitik** heißt es in dem Beschluß „Sozialdemokratische Perspektiven zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung – Arbeit für alle“:

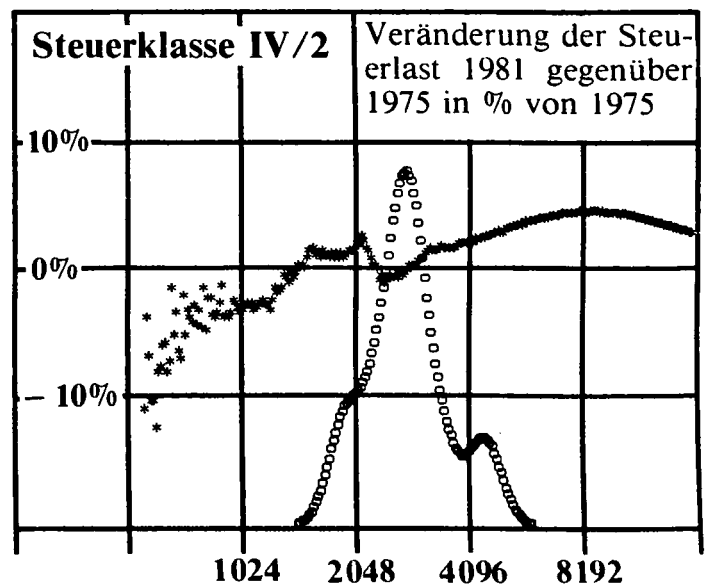
„Im Gegensatz zur Forderung der Konservativen muß auch künftig die Finanzpolitik konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben durch eine kompensatorische Finanzpolitik, also durch höhere Kreditaufnahme auffangen. Sparrunden zum Auffangen konjunktureller Defizite bewegen sich im Kreis ... Die SPD fordert die Bundesregierung auf, durch haushaltspolitische Umschichtung, durch Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen deutlicher als im Haushaltsentwurf 1982 eine beschäftigungsorientierte Finanzpolitik zu betreiben ... Die Finanzierung beschäftigungspolitischer Programme sollte sowohl über die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes als auch über die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte und die Erzielung zusätzlicher öffentlicher Einnahmen, mit denen ausschließlich beschäftigungspolitische Initiativen finanziert werden, erfolgen. Die zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen und eine Arbeitsmarktabgabe stehen für diese Restfinanzierung für uns nach wie vor im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Ungerechtfertigte Steuerprivilegien müssen vorrangig abgebaut werden, dies gilt insbesondere für die weitere Einschränkung der Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften, die Verschärfung der Bodenwertzuwachsbesteuerung, die Begrenzung des Ehegatten-Splitting-Vorteils auf kleine und mittlere Einkommensbezieher und die Abschöpfung von sogenannten Windfall-Profits.“



### Beispiel zur Berechnung der Veränderung der Steuerlast

Angenommen wird ein Monatslohn von 2048 DM in 1981. Unter Berücksichtigung des Index der Lebenshaltungskosten hätten für dieselbe Menge Lebensmittel, für die 1981 2048 DM aufgewandt werden mußten, 1975 1563 DM monatlich gereicht. Laut Steuertabellen ergeben sich für 1563 DM monatlich 1975 bzw. 2048 DM monatlich 1981 folgende Steuerabzüge:

|       | 1 563 DM (1975) |        | 2048 DM (1981) |        |              |
|-------|-----------------|--------|----------------|--------|--------------|
|       | DM-             | %-Last | DM-            | %-Last | Veränderung  |
|       | Abzug           |        | Abzug          |        | %-Last z. 75 |
| I     | 221,00          | 14,1   | 294,60         | 14,4   | + 2,1        |
| II/2  | 155,00          | 9,9    | 223,70         | 10,9   | + 10,1       |
| III/2 | 150,60          | 9,6    | 186,10         | 9,1    | - 5,2        |
| IV/2  | 215,15          | 13,8   | 285,80         | 14,0   | + 1,4        |
| V     | 400,60          | 25,6   | 565,50         | 27,6   | + 7,8        |



## NATO-Gipfel

### Die Überlegenheit der NATO bedroht andere Staaten



Am 10.6. findet in Bonn die Frühjahrstagung der NATO statt. Diesmal wird auch ein Treffen der Regierungschefs stattfinden. Die Konferenz wird sich sicher auch mit der Aggression Großbritanniens gegenüber Argentinien beschäftigen. Nach dem Beitritt Spaniens müssen die Kommandobereiche neu verteilt werden, und eine neue Bevorratung der atlantischen Streitkräfte in Europa steht zur Entscheidung. Kann die BRD ihren Einfluß weiter ausbauen?



## Zimbabwe

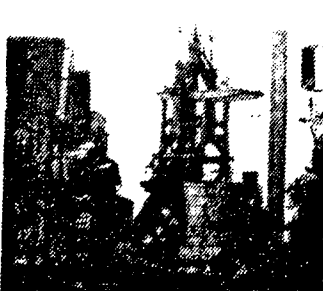
### Erfolge im Wirtschaftsaufbau nach zwei Jahren Unabhängigkeit

Zimbabwe könne ein „Musterland“ für den afrikanischen Kontinent werden, wenn die Regierung Mugabe ihre „pragmatische Politik“ gegenüber den weißen Siedlern und dem ausländischen Kapital beibehalte. So lauteten noch vor einem Jahr die Sirengesänge der Imperialisten. Das unbeirrte Festhalten der Regierung an ihrem Kurs der schrittweisen Zurückdrängung und Kontrol-

le des imperialistischen Kapitals, die Beschleunigung der Landreform und die Ankündigung, so bald als möglich die von den Imperialisten aufoktroiierte Verfassung ändern und eine einheitliche Partei im ganzen Land bilden zu wollen, haben diesen Singsang verstummen lassen. Die Imperialisten verschärfen ihren Druck, um das Land in Abhängigkeit zu halten.

## Nordrhein-Westfalen

### Folgenreicher Strukturwandel des Ruhrgebiets



Knapp 5 Mio. Menschen leben im Ruhrgebiet. Für die westdeutschen Imperialisten zählt es nach wie vor als das größte industrielle Ballungsgebiet. Auf der Grundlage der Kohlevorkommen zwischen Ruhr und Emscher, im letzten Jahrhundert aus dem Boden gestampft, ist es für sie in dieser Hinsicht heute nicht mehr so

interessant. Um so krasser treten die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise hervor: scharfe Rationalisierung und Lohnsenkung einerseits, Betriebsstillegungen und Verödungserscheinungen andererseits. Beherrscht wird das Ruhrgebiet von Anfang an von Monopolen wie Thyssen, Krupp, Mannesmann, Hoesch.

## Portugal

### Regierung bemüht, den Niedriglohnstatus zu erhalten

Vor der Aufnahme Portugals in die EG wollen u.a. die westdeutschen Imperialisten die inneren Verhältnisse des Landes in ihrem Interesse geklärt wissen. Die portugiesischen Arbeiter führten im vergangenen Jahr zahlreiche Kämpfe zur Sicherung ihrer sozialen und politischen Interessen. Die Imperialisten verlangen Sicherheiten von der portugiesischen Regierung, daß ihnen Portugal als „ausgesprochenes Niedriglohnland“ erhalten bleibt.



## Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

## Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

## Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

**Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457